DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

248 22. JAHRGANG Mai 2005 4,50

AUS DEM INHALT:

REPRESSION

Ende März 2005 wurden Hermann Theisen (Heidelberg) und Johanna Jaskolski (Erftstadt) – nach einer Verurteilung durch das Amtsgericht Cochem – vom Landgericht Koblenz freigesprochen. Mit dem Aufruf an Soldaten, sich der nuklearen Teilhabe zu verweigern, hätten er und die anderen Angeklagten eindeutig nicht zu rechtswidrigen Straftaten aufgefordert. Am 22. April 2005 legte ihm die Heidelberger Polizei einen Amtsgerichtlichen Durchsuchungsbeschluss vor. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ist scheinbar unbelehrbar. Sie hat Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt. Vor allem aber hat sie, bevor das Urteil rechtskräftig werden konnte, mit diesem Durchsuchungsbeschluss zu rechtswidrigen Maßnahmen gegriffen, die als Schikane und Einschüchterung begriffen werden müssen. Näheres zum Freispruch auf Seite 2

Und: Bereits seit dem 10. März 2005 läuft der zweite Versuch in der Berufungsverhandlung gegen zwei Aktive aus dem Umfeld der Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen. Über die »Halbzeit« im Berufungsprozess wird berichtet auf Seite 3

MEDIENZENTRUM

Hamburg, Schanzenviertel. Ein unscheinbares Schild weist in der Susannenstraße den Weg in das Medien-Pädagogik-Zentrum, das 1973 gegründet wurde. Während der letzten 32 Jahre ist eine einmalige Sammlung von Videodokumenten über alte und neue soziale Bewegungen zusammengekommen. Seite 5

ZAPATISTISCHER KAFFEE

Die Café Libertad Kooperative entstand 1999 mit dem ersten Import von zapatistischem Kaffee über den Umweg von Denver/Colorado in den USA. Bis zum Ende des Jahres 2000 hat die Kooperative den Vertrieb ehrenamtlich organisieren können. Seitdem haben sich die Umsatzmengen jährlich verdoppelt. Seite 6

PARTIZIPATIVE ÖKONOMIE

Seit mehr als 20 Jahren lehrt Robin Hahnel Politikwirtschaft an der American University. Gemeinsam mit Michael Albert verfasste er 1991 »The Political Economy of Participatory Economics«. Ein Interview zu dessen neuesten Buch auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

»Wir haben rein monetäre Interessen...« sagten sich zehn tapfere Recken und Reckinnen, als sie die erste Gründergenossenschaft aus der Taufe hoben. In Zeiten wackelnder Arbeitsmärkte, einer rasanten globalen Wohlfahrtsverschiebung und der deutschen Züchtung eines neuen Standes: »der Ein-EURO-Sklaven«, schlossen sie sich zusammen, um jeder für sich – und alle gemeinsam – der wild gewordenen Wirtschaft als Selbstständige die Stirn zu bieten. Seite 13

www.contraste.org

21.-24. JULI IN ERFURT: 1. SOZIALFORUM IN DEUTSCHLAND

Forum gegen Neoliberalismus

Noch steht zwar keine einzige ReferentIn im hierfür eingerichteten Pool ihrer Homepage (sozialforum2005.de), aber trotzdem, die in Porto Alegre begonnene Sozialforumsbewegung nimmt nun auch in Deutschland ihren Lauf. 4 Themenkomplexe sollen Diskussionen bündeln. Eine Initiative bereitet einen Frauenraum vor – wieder eine andere organisiert einen Offenen Raum als »Soziaforum von unten«. Einen Überblick über das Themenspektrum bietet unser Schwerpunktthema, das wir mit einer Einführung seitens der Programm-AG beginnen.

Ein Mann mit einem Megaphon

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

von Angela Klein, AG Programm ● Das 1. Sozialforum in Deutschland nimmt Gestalt an. Das Grundgerüst steht. Die Planungen gehen von 5.000 Teilnehmenden aus, aber die Tagungskapazitäten (Räume und Übernachtungen) ermöglichen bis zu 11.000 Beteiligte. Nun hängt alles davon ab, in den kommenden Wochen das Interesse an der Beteiligung, an der Veröffentlichung von Diskussionsangeboten und am Aufspüren von Diskussionspartnern zu wecken. Denn das Sozialforum will nicht nur ein Markt der Möglichkeiten sein – es will vor allem dazu dienen, die Zersplitterung der sozialen Bewegungen und der Linken zu überwinden und aus dem Nebeneinander ein Miteinander zu machen.

Die Örtlichkeit eignet sich bestens dazu. Die mittelgroße thüringische Landeshauptstadt mit der wunderschönen Altstadt bietet nicht nur Schulen, die Fachhochschule, die Zitadelle, den Domplatz und die Thüringenhalle an – sie bietet auch eine Vielzahl größerer und kleinerer öffentlicher Plätze, die sich bestens für künstlerische Darbietungen, Aktionsgruppen und alle Formen von Veranstaltungen eignen, welche den direkten Kontakt zur Bevölkerung suchen.

Für Übernachtungen stehen neben zahlreichen Pensionen und Hotels (Erfurt ist eine Touristenattraktion) ein großer Zeltplatz, Turnhallen und Privatunterkünfte zur Verfügung. Sollte es dennoch zu eng werden, kann man auch ins nahegelegene Weimar ausweichen, der Zug braucht keine 20 min. dorthin.

Erfurt wird am Wochenende vom 21.-24. Juli vom Sozialforum besetzt sein – es finden keine anderen Veranstaltungen parallel statt. So ist es mit der Stadtverwaltung vereinbart, die sich darauf eingestellt hat, das Sozialforum logistisch zu unterstützen. Der Oberbürgermeister ist von der CDU, er verspricht sich aber einen Imagegewinn für Erfurt und sicher auch einen Bonus bei den im Herbst anstehenden OB-Wahlen.

Die Struktur des Sozialforums ähnelt konzentrischen Kreisen. Der Kern gliedert sich entsprechend der Tradition des Europäischen oder Weltsozialforums in vier Themenbereiche, die versuchen, das Diskussionsangebot zu bündeln. Diese lauten:

1. Arbeitswelt und Menschenwürde;
2. Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt;
3. Menschenrechte und politische Teilhabe;
4. Eine lebenswerte Welt – anders leben.

Diese Formulierungen ermöglichen, dass ähnliche Fragestellungen aus ganz unterschiedlichen Milieus und Sachbereichen heraus formuliert werden. Die Diskussion gemeinsamer Themen aus unterschiedlicher Perspektive soll damit verstärkt werden.

Zu den vier Themenbereichen können Arbeitsgruppen, Seminare und auch Großveranstaltungen angeboten werden. Getreu internationalem Vorbild werden Arbeitsgruppen dabei als (meist) kleinere Veranstaltungen definiert (um die 25 Personen), die (auch) von einzelnen Gruppen angeboten werden; Seminare als etwas größere Veranstaltungen (zwischen 80 und 200 Personen), die auf jeden Fall von mehreren Gruppen gemeinsam angeboten werden sollen.

In eigener Regie wird der Vorbereitungskreis des Sozialforums keine Großveranstaltung durchführen. Er hat allerdings die Initiative ergriffen, dass es zu jedem Themenschwerpunkt auf jeden Fall *eine* Großveranstaltung geben soll. Dazu haben sich Arbeitsgruppen gebildet. Den Stand der Vorbereitungen kann man auf der Webseite verfolgen; dort wird auch zur Mitarbeit eingeladen.

Die Veranstaltungen zu den vier Themenbereichen folgen einem Zeitschema von jeweils 2 Stunden in fünf über den Tag verteilten Blöcken (von 9h bis 21h). Kulturbeiträge sind in dieses Zeitschema integriert. Am Ende sollen die Diskussionen in einem Infopool zusammengeführt werden. *Indymedia* wird durch die Aufstellung einer eigenen Computerplattform dabei behilflich sein.

Eine gesonderte Vernetzungsphase am Abend ermöglicht VeranstalterInnen und Teilnehmenden, ihre Wege zu kreuzen, Infos auszutauschen und gemeinsame Initiativen zu verabreden. In dieser Zeit soll auch die Versammlung der sozialen Bewegungen vorbereitet werden.

Das 1. Sozialforum in Deutschland folgt damit dem, was in Porto Alegre als »neue Methodologie des Sozialforums« entwickelt wurde: Weg von passivem Konsum und folgenlosem Ideenaustausch hin zu einer Arbeitsweise, die prozesshaft angelegt ist. Das Sozialforum will Anstöße geben, die über die Zusammenkunft in Erfurt hinausweisen. Denn das Sozialforum ist kein Selbstzweck: Es will den sozialen Bewegungen, die in Opposition zum Neoliberalismus stehen, einen selbstverwalteten Raum bieten, in dem sie gemeinsame Strategien diskutieren und Aktionsvorschläge entwickeln können. Es will sie zur Überwindung der Zersplitterung und zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit ermuntern. Neben dem Kern der vier Themenbereiche gibt es einen Kranz von selbstverwalteten Räumen, die eigene Abläufe haben. Angemeldet wurden bisher ein FrauenRaum und ein Sozialforum von unten.

Über die Stadt verstreut werden vielfältige Kulturveranstaltungen und aktionsbezogene Darbietungen stattfinden. Die OrganisatorInnen sind in Verhandlungen mit

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

AUF DER SUCHE NACH EINEM NEUEN STANDORT: DAS DRESDNER SOZIALE ZENTRUM

Vom Arbeitshaus zum Sozialen Zentrum

Die Räumung zweier besetzer Häuser am Dresdner Martin-Luther-Platz war Anlass für die Gründung der Initiative für ein Soziales Zentrum (siehe CONTRASTE Nr. 244). Diese will nun das ehemalige Arbeitshaus auf der Königsbrücker Straße als Soziales Zentrum nutzen.

von Paul Hering, indymedia ● Nach der Räumung der besetzten Häuser war es still um das Bemühen um ein Soziales Zentrum geworden. Die Arbeit der letzten Monate fand im Stillen statt: Gespräche mit VertreterInnen der Stadtratsfraktionen, dem Ortsamt, sowie dem Liegenschaftsamt wurden geführt, verschiedene Immobilien wurden besichtigt, Rechtsformen- und Finanzierungsmodelle wurden erarbeitet, neue Initiativen und Vereine stießen zur Kerngruppe hinzu.

Paul Hering, von der Initiative: *»Seit der Räumung sind wir immer mehr geworden: der Internationale Garten, KünstlerInnen, die Radioinitiative, - gemeinsam werden wir das Soziale Zentrum verwirklichen.«*

Nun ist es soweit: pünktlich zum Bierschluß hat die Initiative für ein Soziales Zentrum am 19. April ein 35-seitiges Nutzungskonzept für das Gelände Königsbrücker Straße 117a/119 beim städtischen Liegenschaftsamt eingereicht. Im Konzept wird detailliert dargestellt, wie sich die Wandlung vom früheren Arbeitshaus zum Sozialen Zentrum vollziehen kann. Im Konzept gibt es Details zu den Beteiligten, zu der geplanten Nutzung, zu Rechtsform und Finanzierung, und zu den geplanten Sanierungsabschnitten. Gebotener Kaufpreis: ein symbolischer Euro.

Das Gelände ist mit dem Hauptgebäude und den zahlreichen Nebengebäuden geradezu ideal für die angestrebten unterschiedlichen Nutzungsformen wie Bildhauerwerkstätten über Radiostudios bis hin zum Wohnbereich. Die Anlage des Geländes ermöglicht verschiedenste Nutzungsformen, und eine schrittweise Sanierung. Es bringt mit seiner Größe, seiner guten Anbindung an den ÖPNV und seiner fußläufigen Erreichbarkeit aus Hechtviertel und Äußerer Neustadt die richtigen Voraussetzungen für ein Soziales Zentrum mit sich.

Selma Lindhorst von der Initiative: *»Mit dem Nutzungskonzept sind wir der Verwirklichung des Sozialen Zentrums einen guten Schritt näher gekommen. Nun ist es an der Stadt, das übrige zu tun.«* Paul ergänzt: *»Wir freuen uns auf das Soziale Zentrum. So oder so.«*

Neben der späteren Nutzung als Wehrkreiskommando, Bußgeldstelle und Vermögensamt, diente das Objekt Königsbrücker Straße 117a/119 ursprünglich als Arbeitshaus. Als es 1878 seinen Betrieb aufnahm, sollte es zunächst 190 männliche und 72 weibliche »Detinirte« (*) dazu anhalten, sich *»sittlich zu bessern und thunlichst an eine Lebensweise zu gewöhnen, welche sie fähig und geneigt macht, sich und die Ihrigen durch Arbeit selbständig zu ernähren.«* Durch das Armenamt Dresden wurden hier *»auf freiwilliges Ansuchen oder polizeiliche Empfehlung arbeitsscheue, arbeitsfähige, erwachsene Personen beiderlei Geschlechts, die durch Müßiggang, Liederlichkeit, Trunk- und Händelsucht hilfsbedürftig (arbeits- oder obdachlos) geworden sind und öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen, oder die Pflichten als Ernährer der Ihrigen vernachlässigen oder böswillig diese Pflichten nicht erfüllen«*, wie es noch in einem Adressbuch aus dem Jahre 1920 heißt.

Mit unserem Projekt greifen wir die ganz spezifische Geschichte des Hauses auf. Gegen das Modell des Arbeitshaus des späten 19. Jahrhunderts, in dem sozial schwache Bürger gemaßregelt und weggeschlossen werden sollten, setzen wir unsere Vision eines Hauses, das Arbeiten und Leben verbindet, das Freiräume schaffen und so offen wie nur irgend möglich sein soll. Unser Ziel ist es, neue Wege in der Verknüpfung von sozialen, politischen und kulturellen Aktivitäten zu beschreiten.

Die Häuser denen, die sie brauchen! ●

(*) von detinere = auf-, zurück-, festhalten, abhalten, beschäftigen, fesseln, eine Zeit ausfüllen, vorenthalten, sein Leben fristen.

Das Nutzungskonzept und eine Kurzversion davon sind auf der Website zu finden: www.soziales-zentrum-dd.de.vu

FREISPRUCH IN DER BERUFUNGSVERHANDLUNG

»Nukleare Teilhabe« Deutschlands könnte rechtswidrig sein

Die Vorsitzende Richterin Wild-Völpel am Landgericht Koblenz hob am 29.3.2005 zwei Urteile des Amtsgerichts Cochem auf und sprach die Angeklagten – Johanna Jaskolski (Erftstadt) und Hermann Theisen (Heidelberg) – frei.

Elke Steven, Köln ● Der »Aufruf an alle Bundeswehrsoldaten des Jagdbombergeschwaders 33 (Büchel)« (Rheinland-Pfalz) sei nicht rechtswidrig. Die Angeklagten hätten damit eindeutig nicht zu rechtswidrigen Straftaten aufgefordert und dies auch gar nicht gewollt.

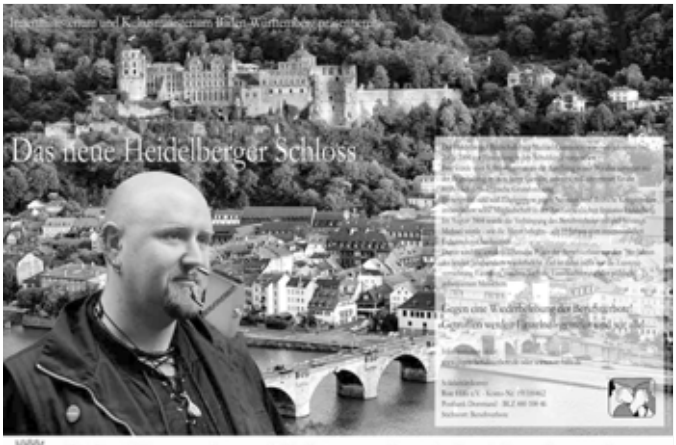
Im Gegenteil argumentierte Richterin Wild-Völpel in der mündlichen Urteilsbegründung, es sei eine »respektable und diskutable« Rechtsauffassung, dass die Lagerung von und Drohung mit Atomwaffen, die nukleare Teilhabe, verfassungs- und völkerrechtswidrig sei. Daraus wiederum sei auch gemäß Wehrstrafgesetz die Rechtsauffassung abzuleiten, dass Soldaten diesbezügliche Befehle nicht befolgen brauchten. Das Flugblatt sei als Appell an das Gewissen der Beteiligten und an die Öffentlichkeit zu verstehen. Es sei durch das Recht auf Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) legitimiert.

In dem inkriminierten Aufruf wird gegen die »völker- und grundgesetzwidrige nukleare Teilhabe der Bundeswehr« argumentiert. Gemäß dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 8. Juli 1996 und nach Artikel 2 Nichtverbreitungsvertrag sei die Stationierung von Atomwaffen und die Bereitstellung von Trägermitteln in der Bundesrepublik Deutschland völkerrechtswidrig. Die »nukleare Teilhabe« verstieße zudem gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2, Satz 1 GG), sei folglich verfassungswidrig. Die in Büchel stationierten Bundeswehrsoldaten werden aufgefordert, sich nicht an der Wartung, Instandhaltung, an Einsatzübung und Bereithaltung der Tornado-Kampfflugzeuge zu beteiligen, insoweit sie als Trägermittel dem Einsatz von Atombomben dienten. Sie werden darauf hingewiesen, dass sie als Soldaten an Völkerrecht und Grundgesetz gebunden sind und dem entgegenstehende Befehle nicht befolgen dürfen.

Die Staatsanwaltschaft behält sich vor, gegen dieses Urteil Rechtsmittel einzulegen.●

HAUSDURCHSUCHUNG

Drei Schweinderl auf Abwegen



Redaktion Heidelberg ● Vier Polizeibeamte und ein Vertreter der Stadt Erlangen fanden sich am Morgen des 21. Aprils beim Büro des Erlanger Vereins zur Förderung alternativer Medien zur Hausdurchsuchung ein. Eine Richterin des Amtsgerichts Erlangen hatte diesen Besuch angeordnet. Als »Beweismittel« wurden drei Plakate beschlagnahmt und mitgenommen. Eines davon hing im Schaufenster und ist nach Ansicht des Erlanger Gerichts Anlass genug, um die Büroräume durchstöbern zu lassen. Dieses bundesweit verteilte Plakat der Roten Hilfe thematisiert ein Berufsverbot gegen einen Heidelberger Realschullehrer. Nebenbei: Beispielsweise im Internet unter www.gegen-berufsverbote.de kann es bestellt und angesehen werden.

Unter der Schlagzeile »Das neue Heidelberger Schloss« ist vor der Kulisse des Heidelberger Schlosses eine Person mit Vorhängeschloss an den Lippen abgebildet. Die Fußzeile ist – auf den ersten Blick – mit einem kleinen Wappen von Baden-Württemberg versehen. Allerdings vermisst man beim näheren Hinsehen die drei Löwen als Bestandteil des Emblems, sie wurden durch drei Schweine ersetzt. Das sei, behauptet das Erlanger Gericht, strafbar als Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole. Gegen den Vereinsvorstand wird nun ermittelt, ob er diesen Plakatanschlag veranlasst oder gebilligt habe.●

AKTION 2005

Die aktuelle Deckungslücke ...

... ist immer noch sehr groß und es bereitet nicht sehr viel Freude, Monat für Monat darauf hinzuweisen. Kostendeckend kann trotz aller Sparsamkeit erst dann gearbeitet werden, wenn die dafür notwendigen 139 Abos zusammenkommen. Uns fehlen in diesem Jahr noch 4.096,89 Euro an Spendengeldern, um auch ohne Abozuwachs wirtschaften zu können. Weitere 1.300 Euro werden für den langsamen Altschuldenabbau benötigt.

Redaktion Heidelberg ● Dabei würden uns auch viele Kleinspenden helfen. 500 X 10 EUR – und wir hätten unser Ziel für dieses Jahr fast erreicht. Folgende Spenden gingen im Monat April auf unserem Spendenkonto ein:

● Petra Milhoffer, Bremen (38 EUR)
● Kai Böhne, Göttingen (48 EUR)
Herzlichen Dank!

Abo-Kampagne 139+

Vier Abos wurden gekündigt, drei neue kamen hinzu. Das Ziel der Abokampagne liegt jetzt bei 139+. Da hilft auch weiterhin die verstärkte Werbung durch Euch. Ein gutes Werbemittel sind Schnupper-Abos, denn das Produkt selbst ist immer noch die beste Werbung. Herzlichen Dank an alle, die uns durch Werbung, verschenken von Schnupper-Abos, Spenden und durch ihre Fördermitgliedschaft helfen!

Fördermitgliedschaften

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Umgestellt hat sein Abo ab Januar 2006:
● Jörg Sommer, Heidelberg (62 EUR)
Das bringt uns im nächsten Jahr zusätzliche 17 EUR.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter
Tel. (0 62 21) 16 24 67.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt 2005 5.396,89 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 139+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

KURT'S SURF CENTER: RADIKALE KOMMUNKIATION ERWÜNSCHT

Memefest/05

Gegenöffentlichkeit im Zeitalter der neuen Medien braucht wirklich neue Ansätze. Warum aber soll die Werbungs- und Medienindustrie alle Talente mit innovativen Potenzial aufsaugen? Dort wird kreatives Know-How zur Verbreitung dessen, was wir nicht brauchen, einfach missbraucht und verheizt. Also schaffen wir besser unsere eigenen Ressourcen und entwickeln subversive, aber auch schlagkräftige und radikale Ideen in Ton, Text und Bild, die Furore

Für alle Ein- und Aussteiger des Medienrummels veranstaltet daher die slowakische Initiative Memefest bereits zum 4. Mal ein elektronisches Festival der radikalen Kommunikation, welches Studenten

und Graduierten der Kommunikationswissenschaft, Soziologie, von Grafik und Design, aber natürlich auch Nicht-Studenten ermöglicht, ihr Talent einer kollektiven Gegenkultur zur Verfügung zu stellen.

Im letzten Jahr hieß das Thema im Textbereich »Cyberwar is Coming« (nach einem Text von 93, der Informationsmissbrauch von Regierungen zur ideologischen Kontrolle anprangerte) und im visuellen Bereich »Design is Not Enough« zum Spannungsfeld von gemeinsamer Artikulation und der Identität des Designers. Immerhin 350 Projekte aus 36 Ländern in allen Kontinenten dieser Erde nahmen teil.

In diesem Jahr werden die Textler (Kommunikationswissenschaftler und Soziologen) sich an Rushkoffs »Nowhere to Hide« (einer Breitseite gegen die subversiven Attacken der Werbefritzen, auch die zynischsten und verärgertsten Konsumenten zu umgarnen) abarbeiten müssen. Visuell geht es um die »People's Communications Charter« und damit um eine Art Manifest, wie die Mängel und die Gewalt sowie die damit einhergehenden Vorurteile vom Medienrummel und seiner Technologie korrigiert werden können. Deadline der Einsendungen ist der 20. Mai.

Nichtstudenten treten sozusagen in einer Art »Offenen Klasse« an und können textlich und visuell beisteuern, was ihnen einfällt. Es muss nur gegen den Mainstream wirken.

Der Begriff »Meme« kommt von der Kulturtheorie. Nach der memetischen Theorie existiert die Idee nie isoliert, sondern nur in der Umwelt. Daher kann sie sich in der neuen Mediengesellschaft wie ein Virus verbreiten, sofern sie denn Menschen fasziniert. Zur falschen Zeit am falschen Ort bleibt sie hingegen fruchtlos und findet daher keine Überträger. Hat sie jedoch einmal eine genügende Anzahl von Personen infiziert, ist ihre Verbreitung nicht mehr aufzuhalten.

Nun ja, Mao meinte schon mal ähnliches: »...aus einem Funke kann ein Steppenbrand entstehen« (so zumindest in der bäuerlichen Sprache des großen Vorsitzenden, als Menschen- und Computerviren noch unbekannt waren). Jedenfalls: Infiziert von der Idee eines solchen Festivals können wir nur hoffen, dass in diesem Jahr ordentlich meme geschafft wird. Information gibt es (bisher leider nur auf englisch und slowakisch) unter www.memefest.org, wo auch Beiträge eingereicht werden können.

Also, Kommunikationsguerillas, worauf warten wir. Adelante!●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

BERICHT ZUM POLITISCHEN PROZESS IN GIESSEN

»Halbzeit« beim Berufungsprozess

Seit dem 10. März 2005 läuft der zweite Versuch in der Berufungsverhandlung gegen zwei Aktive aus dem Umfeld der Projektwerkstatt. In erster Instanz wurde eine Person dabei zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Nach einem gescheiterten Berufungsauftakt im Juni 2004 folgt nun ein Versuch, der sich über mindestens zwei Monate erstrecken wird – wahrscheinlich bis zu zehn oder mehr Verhandlungstage wird es wieder um Sachbeschädigung (veränderte Wahlplakate, farbveränderte Halle vor Koch-Besuch), Hausfriedensbruch (Transparent in Stadtverordnetensitzung) und weitere Anklagepunkte gehen.

Espi Twelve, Red. Selbstorganisation von Unten ● Während von Seiten der Repressionsorgane umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen »geboten« werden, begleiten justizkritische Kreise die Prozessmonate mit einer großen Veranstaltungsreihe gegen Justiz und Strafe. An dem Verfahren hängt viel. Polizei, Justiz, Politik und Teile der örtlichen Presse, die bereits mehrfach für eine Bestrafung warben, versuchen kritische Menschen mundtot zu machen und dabei vor allem Widersprüche zur in Gießen und Hessen aktuell verwirklichten Sicherheitspolitik zu stoppen. Den Angeklagten geht es dagegen um die Demaskierung einer Kriminalisierung, die mit Erfindungen, Fälschungen und Hetze arbeitet. Insofern bietet der Prozess auch eine Plattform für die Auseinandersetzung zwischen autoritärer Politik und Justiz sowie dem Protest gegen Macht und Repression.

Politischer Hintergrund des Verfahrens: Kreativer Widerstand gegen die autoritären Verhältnisse

In den letzten zweieinhalb Jahren wurde Gießen zeitweise von einer bunten Mischung direkter Aktionen »überrollt« – im Mittelpunkt stand der Widerstand gegen die autoritäre Zuspitzung von Politik. Ein wichtiger Aufhänger war die Ende 2002 verabschiedete »Gefahrenabwehrverordnung« der Stadt Gießen, aber auch verschiedene Wahlen. Weitere Themenfelder bildeten Rassismus, Reichtumsverteilung und Schulkritik. Die Ideen kreativen Widerstands waren dabei häufig mit einer grundsätzlichen Herrschaftskritik verknüpft, bei der auch die Repressionsorgane nicht ausgenommen waren. Besonders genervt waren Obrigkeit und Polizei durch das Konzept der Subversion, d.h. die geschickte Verdrehung von Machtmitteln gegen die Mächtigen selbst: Immer wieder gab es gefälschte Behördenschreiben, veränderte Wahlplakate oder verstecktes Theater in der Innenstadt (z.B. ein sog. »Kamera-Gottesdienst«). Polizei und Politik standen dem überraschend hilflos gegenüber und konnten die subversiven Akte nicht stoppen – wild um sich schlagende Repression und erfundene Tatvorwürfe zwecks Kriminalisierung der Handelnden waren später ihre Antworten. Insbesondere der hessische Innenminister und damalige CDU-Kreisvorsitzender Volker Bouffier ist dabei als Scharfmacher aufgetreten. Mit dem umfangreichen Verfahren gegen zwei Aktive aus dem Umfeld der Projektwerkstatt sollen alle eingeschüchtert werden, die sich den sich ausbreitenden »law and order«-Konzepten widersetzten.

Zum bisherigen Verlauf des Verfahrens

Die erste Instanz des »Mega«-Verfahrens vor dem Amtsgericht Gießen liegt weit über ein Jahr zurück: Im Dezember 2003 wurden die beiden Aktivisten nach einer elfstündigen Verhandlung zu neun Monaten ohne Bewährung bzw. zu Tagessätzen (100 Tagessätze á 20 Euro) verurteilt. Gegen das skandalöse, platt begründete Urteil hatten die Betroffenen Berufung eingelegt. Der erste Versuch der Berufungsverhandlung vor dem Gießener Landgericht im Juni 2004 endete unerwartet. Aufgrund zahlreicher juristischer Fehler rund um eine peinliche Gerichtsbesetzung – zwei befangene CDU-Schöffen waren ausgelost worden, eine wollte unbedingt mitrichten – wurde das Verfahren nach zwei Tagen ausgesetzt, da eine »umfangreiche Neuplanung« notwendig geworden sei.

Neuer Versuch: Berufung »reloaded«

Seit dem 10. März läuft das Berufungsverfahren vor dem Landgericht – fünf Prozesstage sind inzwischen vergangen, in denen vieles passiert ist – natürlich kann dieser Text nur »Highlights« beleuchten (ausführliche Berichte sind über www.projektwerkstatt.de/prozess abrufbar).

Tag 1:
Aussetzungsantrag, Streit um Beiordnung und überraschende Mandatsniederlegung

Nach der Aufnahme der Personalien wurde ein Antrag zur Einsicht der Schöffenliste gestellt – Hintergrund waren peinliche Fehler beim ersten Versuch der Berufung, wo befangene CDU-Schöffen und Fehler beim »Ersetzen« der Schöffen den Prozess zum Platzen brachten. Dieser Antrag wurde vom Gericht zurück gestellt. Danach folgte sogleich ein Antrag zur Aussetzung des Verfahrens. Im Antrag wurde darauf hingewiesen, dass auch die Polizeiführung in das Lügengebäude vom 27.3.2003 integriert war und mit eigenen Falschbehauptungen auf sich aufmerksam machte. Für Staatsanwalt Vaupel war der Gail-Komplex erwartungsgemäß kein Hindernis für die Hauptverhandlung. Er beschwerte sich, dass eine »Verschwörung« unterstellt wurde und schlug vor, die Wahrheitsfindung auch zu den Gail-Lügen im laufenden Prozess zu versuchen: »Wir können ja alle Zeugen hören, die dazu etwas zu sagen haben.« Die Vorsitzende Richterin Brühl betonte ebenfalls, dass das alles irgendwie in der Hauptverhandlung ermittelt werden könne. Es folgten Streitgespräche zu diesem Punkt, dann wurde das erstinstanzliche Urteil verlesen. Nach der Mittagspause ging es mit einer Gegenvorstellung seitens der Verteidigung weiter. Das Gericht lehnte auch diesen und alle Folgeanträge ab. Dazu gehörte der erneute Antrag, den Angeklagten eine Pflichtverteidigung zu erlauben, da die jetzt selbst von Staatsanwalt und Gericht vorgeschlagenen weiteren Untersuchungen die Verfahrenslage weiter verkomplizieren. Daraufhin legten die von den Angeklagten selbst finanzierten VerteidigerInnen ihr Mandat nieder. Der Prozess wurde unterbrochen bis zum nächsten Verhandlungstermin am 21.3., damit die Angeklagten ihre prozessorale Situation neu klären können.

Tag 2:
Antragsschlachten, politische Erklärungen und Einlassungen

Am 21.03.05 fand der zweite Verhandlungstag statt. Am Anfang standen wieder – vom Gericht abgelehnte – Unterbrechungsanträge und einige Pausen. Danach folgten politische Erklärungen der beiden Angeklagten, die sich gegen Justiz als solche richteten, aber auch detailliert die konkreten Gründe benannten, warum kein faires Verfahren zu erwarten ist. Und noch mehr Anträge. Nach der Mittagspause äußerten sich die Aktivisten zum Vorwurf der Sachbeschädigung an Wahlplakaten.

Foto: Redaktion

Tag 3:
Polizist ohne Erinnerung und Abtrennungsanträge

Am dritten Prozesstag gab es den ersten Zeugen – vernommen wurde ein Polizist zum Vorwurf, dass die Angeklagten acht Wahlplakate mit Überklebern gegen Stellvertretung verschandelt hätten. Dabei zeigte dieser wenig Erinnerungen an die drei Jahre zurück liegenden Ereignisse. Der andere Beamte war krank – daher blieb es bei einer recht kurzen Verhandlung. Die Entscheidung über einen von einem Angeklagten gestellten Abtrennungsantrag wurde vertagt – Hintergrund des Antrags ist, dass der andere Angeklagte der einzige Entlastungszeuge für den Tatvorwurf des Widerstands bzw. der Körperverletzung ist, der in Zusammenhang mit einer Festnahme am 09.01.2003 steht.

Tag 4:
Staatsschutzchef und LKA-Auftritte

»Puff kommt – Der Ex-Staatsschutzchef vor Gericht« verkündeten Sprachblasen auf vielen Plakaten im ganzen Stadtgebiet Gießens. Und Puff kam tatsächlich: Über eine Stunde stand er Richterin und den Angeklagten Rede und Antwort – nicht ohne seine Spezialität: Das Erfinden immer neuer Straftaten, garniert mit allerhand Lügen. Rundherum gab es Anträge und Erklärungen der Angeklagten, eine weitere Polizistenvernehmung und einen feschen Vortrag eines LKA-Beamten über die Technik der Analyse von Fußspuren. Krönender Abschluss: Staatsanwalt Vaupel zeigte überraschende Aktivität und präsentierte stolz drei beschlagnahmte Tonbänder – die von der umstrittenen Stadtverordnetensitzung mit den Lügen des CDU-Stadtverordnetenvorstehers Gail.

Foto: Redaktion

Tag 5:
Befangenheitsantrag und sich sträubende Polizeizeugen

Ein sehr zäher Verhandlungstag. Ein zu Beginn gestellter Befangenheitsantrag gegen die SPD-Schöffin wurde gar nicht behandelt und sofort zu langen Zeugenvernehmungen übergegangen, die den fünften Verhandlungstag prägten. Vier Polizeizeugen zu den Vorwürfen rund um den 09.01.2003 (Grafitti vor Koch-Besuch und angebliche Widerstandshandlungen bei einer Festnahme) und einer zum Komplex »veränderte Wahlplakate« wurden intensiv vernommen. Deutlich erkennbar war, dass sich einige Polizisten im Vorfeld abgesprochen hatten, sehr vage Aussagen machten und sich deutlich weigerten, Fragen der Angeklagten überhaupt zu beantworten. Dabei wurden sie immer wieder von der Vorsitzenden und dem Staatsanwalt in Schutz genommen. Zudem gab es zahlreiche Beweisanträge der Angeklagten, da bei beiden Tatkomplexen das »Pflichtprogramm« erfüllt ist und unklar ist, ob es dazu eine weitere Beweisaufnahme gibt.

Schikanen rund um den Prozess: Uni kündigt Räume und wechselt Schlösser aus

Aktivität entfaltete sich nicht nur im Gerichtssaal: Rund um den Prozess hatten verschiedene Gruppen Veranstaltungen zu justizkritischen Themen organisiert. Dafür waren unterschiedliche Räume, u.a. in Fachhochschule und an der Uni angefragt worden. Für die Phase nach jedem Prozess waren zudem Räume einer Fachschaft in Absprache mit dieser erschlossen worden, wo gekocht und geklönt werden sollte – ein paar Verhandlungstage funktionierte das auch. Das Rahmenprogramm zum Verfahren war jedoch einigen ein Dorn im Auge. Als erstes agierte die Spitze der Fachhochschule und sperrte die dortigen Räume mit der Unterstellung, sie hätten herausgefunden, die Humanistische Union sei eine Tarnorganisation der Projektwerkstatt. Das ist nicht nur eine Lüge, sondern entbehrt auch jeder Begründung, denn die FH erklärte nicht, warum die Projektwerkstatt oder Menschen von dort in der FH nichts zu suchen hätten. Das bedeutete aber: keine Räume in der FH für Veranstaltungen, die irgendwie mit Menschen aus dem Umfeld der Projektwerkstatt zu tun hatten. An der Uni dauerte es etwas länger und bedurfte eines denunzierenden Textes des Stadtredaktionschefs der Gießener Allgemeine, Guido Tamme. Dort geißelte er die Liberalität der Uni, solchen Elementen Räume zu geben. Gemeint war das Bildungssyndikat (also die FAU), die er auch mit seltsamen Worten umschrieb, um den Verdacht zu erregen, es sei ein Tarnbegriff der Projektwerkstatt. (1) Ob nun daraufhin oder auf anderen Wegen in den Eliten geklärt reagierte die Unileitung: So wurde der Veranstaltungsraum für eine Diskussionsrunde zu »Gesellschaft ohne Strafe?« am 4. April 2005 gekündigt, obwohl hier eine im AStA vertretene Gruppe angemeldet hatte. Gesteigert wurde dieser Vorgang durch das Auswechseln der Schlösser für die Räume, wo sich Menschen nach dem Prozess immer trafen, kochten und diskutierten. Weder die diese Räume nutzende Fachschaft noch die Projektgruppe oder nicht mal der Fachbereich wurden informiert. Die Unileitung handelte einfach autoritär von oben herab – Meinungsfreiheit und abweichende Ansichten sind offenbar nicht erwünscht.

Einschätzung zum bisherigen Verlauf

Eine Einschätzung zum Gesamtverfahren fällt schwierig: Das Gericht erscheint streckenweise bemüht, sich ein genaues Bild zu verschaffen und auch in den Zeugenvernehmungen kritisch nachzufragen. Gleichzeitig wird mit Anträgen seitens der Angeklagten eher nach dem Motto »Aufschieben und vergessen« verfahren – mindestens auch deshalb, um den angekratzten Zeitplan halbwegs einhalten zu können. Eine kritische Begleitung des Prozesses durch Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen ist auch weiterhin geboten.●

Informationen zum Prozess und zum Rahmenprogramm:
www.projektwerkstatt.de/prozess

Kontaktadresse zu den Angeklagten:
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11
D-35447 Reiskirchen-Saasen
☎(0 64 01) 90 32 83, Fax -5
E-Mail: saasen@projektwerkstatt.de

(1) Auszüge aus dem Zeitungsartikel und kritische Auseinandersetzung um den Stadtredakteur:
http://www.hetzer-tamme.de.vu

Anzeige

solidarität macht stark

ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

VERDEN: NEONAZISZENE IN NIEDERSACHSEN

Aktionstag gegen Rechtsextremismus

Spätestens seit dem Kauf des ehemals als Kaserne genutzten Heisenhofes (siehe Infokasten) in Dörverden durch den Neonazianwalt Jürgen Rieger scheint sich der Landkreis Verden zum bevorzugten Zielgebiet der Neonaziszene in Niedersachsen zu entwickeln. Erfreulicherweise führen die verstärkten Aktivitäten der rechten Szene auch zu einem Zusammenrücken breiter Bevölkerungsschichten, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Ein Beleg dafür war der Aktionstag gegen Rechtsextremismus, der am 2. April in Verden stattfand.

Uwe Ciesla, Red. Selbstorg. Lebensgemeinschaften ● Anlass des Aktionstages war ein Aufmarsch der NPD durch die Stadt. Da sich dieser nicht verbieten lies, rief Bürgermeister Lutz Brockmann (SPD) gemeinsam mit dem Verdener Bündnis für Demokratie und Toleranz zu einem Aktionstag mit dem Motto »Verden ist bunt – nie wieder Faschismus« auf. Der NPD gefiel dies überhaupt nicht und sie versuchte den Bürgermeister auf Unterlassung von Aktionen gegen ihre Partei zu verklagen. Allerdings erfolglos, da Brockmann erklärte, dass sich der Aktionstag nicht gegen die NPD sondern gegen Rechtsextremismus im allgemeinen richte.

Die Resonanz auf den Aufruf war überwältigend: Über 100 verschiedenste gesellschaftliche Gruppen und Vereine beteiligten sich an der Organisation und Durchführung des Aktionstages, der dem Motto entsprechend zu einem bunten Fest gegen die braunen Umtriebe nicht nur in Verden wurde. In der Innenstadt gab es eine Zirkuszeltbühne sowie drei Openair-Bühnen, auf denen überregional bekannte Jazz- und Bluesgrößen, Verdener Nachwuchsbands, regionale Tanz- und Theatergruppen sowie aus Bremen angereiste Punkbands für Unterhaltung sorgten. Die gesamte Fußgängerzone war gesäumt von Mitmach-, Info- und Verkaufsständen. Die Liste der Teilnehmer reichte von kirchlichen Gruppen über Sportvereine wie den regionalen Box- oder Tennisclub bis hin zu Kulturschaffenden sämtlicher Sparten und Ökobetriebe aus der Region. Die Verdener Selbständigen-Vereinigung trug mit einem verkaufsoffenen Sonntag zum Programm bei, mit dem ursprünglich deren 400-jähriges Bestehen gefeiert werden sollte.

Bei herrlichem Frühlingswetter entwickelte das ganze Volksfestcharakter der angenehmeren Art und ohne das dabei der unerfreuliche thematische Hintergrund der Veranstaltung vergessen wurde. Zahlreiche Stände klärten zum Thema auf und bezogen mit Plakaten und Transparenten Stellung gegen Rechtsextremismus. Das örtliche Altersheim lud zu Zeitzeugengesprächen ein, bei denen u.a. die dort wohnende Friedensaktivistin und Bundesverdienstkreuzträgerin Margarethe Harms die Zuhörer zu beeindrucken wusste und auf Einladung der Stadt war Nora Lang vor Ort, die als Überlebende der Bombardierung Dresdens, von ihren Aktivitäten zur Verständigung und Versöhnung der Kriegsbetroffenen auf beiden Seiten berichtete. Ein Signal setzten wollte auch die Gegendemo des Verdener Schülerbündnisses gegen rechts, an der sich auch zahlreiche linke Gruppen wie »solid« oder der »vvn« (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) beteiligten.

Im Gegensatz zu dieser Demo, die direkt durch die gut gefüllte Innenstadt führte, war von dem Umzug der Neonazis wenig zu sehen. Deren Route verlief durch nahezu leergefegte Wohngebiete, da sich die meisten Verdener auf dem Aktionstag in der Innenstadt aufhielten. Die Antifa-Szene hatte sich im selbstverwalteten Verdener Jugendzentrum postiert und versuchte hier, wie auch auf der Straße über die Zusammenhänge von Faschismus und dem kapitalistischen Wertesystem aufzuklären und die zahlenmäßig unterlegene NPD durch Gegenaktionen an ihrem Marsch durch Verden zu stoppen. Verhindert wurde dies jedoch durch ein massiv angetretenes und auftretendes Polizei-Aufgebot unter Leitung des Verdener Polizeichefs Axel Rott (CDU). Dieser war diesmal vermutlich besonders bemüht den Tag ohne Zwischenfälle zu beenden, da er wenige Wochen später zum Landrat gewählt werden wollte. Das mag auch der Grund sein, dass er zwar peinlichst bemüht war, die rivalisierenden Gruppen auseinander zu halten, gleichzeitig aber die direkte Konfrontation mit der NPD scheute, die Ohrenzeugenberichten zufolge durch Absingen sämtlicher drei Strophen des Deutschland-Liedes sowie zahlreiche volksverhetzerische Redebeiträge Gründe genug dazu geboten hätte.

So gibt es trotz zusammenrückender Gesellschaftsschichten gegen rechtsextreme Umtriebe noch einiges an dem Umgang mit dem Problem zu kritisieren. Mut macht jedoch, dass selbst die eher konservative Verdener Aller Zeitung den laschen Einsatz der Polizei gegen die Rechtsextremisten in einem Kommentar bemängelte.●

Eine Fotoreportage zum Aktionstag gibt es im Internet unter www.verden-info.de.

Plakat am DGB-Stand auf dem Aktionstag in der Verdener Fußgängerzone Foto: Redaktion

INFOKASTEN: DER HEISENHOF

In der Nähe von Dörverden, fünfzehn Kilometer von Verden entfernt hat der Neonazi-Anwalt und verurteilte Volksverhetzer Jürgen Rieger den Heisenhof erstanden und vieles deutet daraufhin, dass er hier wie einst in Hetendorf bei Celle ein Zentrum für neonazistische Aktivitäten aller Art etablieren will.

Der Heisenhof ist ein ehemals militärisch genutztes Anwesen mit mehren Gebäuden und einem rund 25.000 Quadratmeter großem Gelände. Verkauft wurde er am 3. April 2004 durch die Berliner Firma Deutsche Grundstücksauktionen AG für 255.000 Euro an die Wilhelm-Tiejen-Stiftung für Fertilisation, hinter der, wie sich später herausstelle, Jürgen Rieger steckt. Ziel der Stiftung ist es mit den Geldern des verstorbenen kinderlosen Nationalsozialisten Wilhelm Tietjen Fruchtbarkeitsforschung zu betreiben.

Als erste Aktivitäten brachte Jürgen Rieger jedoch seine Militärfahrzeuge auf den Heisenhof und lässt dort mehrere junge Neonazis aus der Region einziehen, die gemeinsam über ein beachtliches Vorstrafenregister verfügen. Auch eine erste Schulung mit einer illustren Schar von Teilnehmern aus der Kameradschaftsszene und der JN fand bereits auf dem Heisenhof statt.

In Landkreis und Gemeinde hat sich derweil massiver Widerstand gebildet. Den »Neubewohnern« liegen inzwischen Räumungsverfügungen wegen unerlaubter Wohnnutzung vor und der Landkreis hofft die weitere Nutzung mit bau- und nutzungsrechtlichen Verfügungen eindämmen zu können. Wie auch in Verden gibt es hier ein breites Bündnis gegen die Aktivitäten auf dem Heisenhof, das nahezu alle Gesellschaftsschichten umfasst. Zweimal hat das Bündnis bisher zu einem sogenannten Sonntagsspaziergang zum Heisenhof eingeladen, an dem sich jeweils 1.000 und 2.000 Menschen beteiligten. Die Veranstaltungen haben für die Region absoluten Event-Charakter, hier trifft man sich und tauscht die neuesten Infos aus, frei nach dem olympischen Motto »dabei sein ist alles«.

Informationen über den nächsten Sonntagsspaziergang sowie die aktuellen Infos zu den Entwicklungen am Heisenhof gibt es im Internet unter www.heisenhof.info.

LEBEN UND ARBEITEN IN DER »FINKENBURG«

Freiwillig ins Wohnprojekt

Vor gut einem Jahr stieß ich in einer überregionalen Zeitung auf eine Kleinanzeige, die eine kurze Beschreibung einer Einsatzstelle des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) enthielt. Vom Schreiben an einem Kulturmagazin war die Rede, und vom Leben in einem Wohnprojekt. Ersteres klang sehr interessant, letzteres schreckte mich nicht ab.

Sebastian Friederichsen, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Ich spielte ohnehin mit dem Gedanken, an einem freiwilligen Jahr teilzunehmen, deshalb nahm ich per E-Mail Kontakt zu Uwe Ciesla, dem verantwortlichen Redakteur des Kulturmagazins auf, erfuhr dadurch aber nichts, wodurch ich eine klarere Vorstellung der Stelle gewinnen konnte. Die wenigen Informationen, die ich hatte, reichten jedoch für ein gesteigertes Interesse meinerseits. Meiner Bewerbung folgte die Einladung zu einem Kennenlerntreffen. Da ich ohnehin von Schleswig in Schleswig-Holstein nach Achim bei Bremen fahren musste, bot Uwe mir einen Schlafplatz an. Ich machte mich also auf den Weg, mit eben den wagen Vorstellungen, die man von neuen Gesichtern und unbekannten Orten hat.

Als ich ankam, gefielen mir die ersten Eindrücke: Ein schönes, großes Wohnhaus mit dem romantischen Namen »Finkenburg«, viele Bewohner und die Arbeit an dem Kulturmagazin »Överblick« im hauseigenen Büro. Am Abend habe ich Uwe und meinen Vorgänger Janosch zum Osterfeuer auf einem nahegelegenen Bauernhof begleitet, und nach Stunden waren wir die Letzten, die wieder gingen. Das war zumindest kein durchschnittliches Bewerbungstreffen.

Bei meinem ersten Besuch waren nicht alle acht Bewohner (7 Erwachsene und ein 11-jähriges Mädchen, das hier mit seiner Mutter lebt) in der Finkenburg, deshalb kam ich noch einmal und blieb für zwei Nächte, und spielte, sprach und kochte mich in die Gunst der Bewohner. Im Gegensatz zu anderen FÖJ-Stellen muss hier nicht nur eine Person, sondern alle BewohnerInnen dem Bewerber grünes Licht geben, da sie schließlich ein Jahr mit ihm zusammen leben werden. Ich bekam das »O.k.«, entschied mich gegen eine andere Stelle und konnte im August 2004 einziehen.

Hier zu leben bringt eine Reihe von Unterschieden zum konventionellen Wohnen mit sich. Ich bezahle wie alle anderen Bewohner jeden Monat einen festen Betrag in die Haushaltskasse, aus der hauptsächlich Lebensmittel und die Telefonrechnung bezahlt werden. Der Mietbeitrag wird den FÖJlern in der Finkenburg erlassen. Ich habe ein Privatzimmer und nutze und betreue ein Badezimmer. Die zwei Küchen und Wohnzimmer werden gemeinsam genutzt. Außerdem stehen uns mehrere leere Zimmer für Gäste und ein Saal für besondere Anlässe zur Verfügung. Hier finden z.B. Feiern und Filmabende statt. Auch Treffen mit Arbeitgruppen meiner FÖJ-Kollegen habe ich dort schon abgehalten.

An sechs Tagen der Woche wird in der Finkenburg von einer bzw. zwei Personen Küchendienst gemacht und eine warme Mahlzeit für alle zubereitet. So kann man an sechs Tagen warm essen, muss aber nur an einem kochen – einer der Vorteile des Zusammenlebens mit mehreren Menschen. Unsere Lebensmittel beziehen wir unter anderem von einem Bio-Großhandel, dessen Mengenrabatt es größeren Gemeinschaften ermöglicht, sich vergleichsweise preiswert und ökologisch nachhaltig zu ernähren. Auch das ist in einem Ein- oder Zwei-Personen-Haushalt ökonomisch schwieriger, für mich wäre es in meiner jetzigen Lebenssituation fast unmöglich und ich würde mich alleine wahrscheinlich in Discountern mit Nahrung versorgen.

Außer Wasser aus der Leitung und Tee vom Bio-Großhandel ist hier im Haus das Hauptgetränk Apfelsaft, bei dessen Herstellung in der Mosterei in einem der Nebengebäude der Finkenburg ich mitwirken konnte. Zwei meiner MitbewohnerInnen und ehemalige Bewohner der Finkenburg mosten im Herbst Äpfel und andere Früchte für private Kunden. Neben der Mosterei und dem »Överblick«-Büro, in dem ich arbeite, gibt es in einem Nebengebäude der Finkenburg eine Töpferei. Dort stellt Silvia, Uwes Freundin, keramische Kunst her, die sie ab Hof und auf zahlreichen (Mittelalter-)Märkten verkauft. Andere Mitbewohner gehen ihrer Arbeit u.a. als Gärtner oder Sozialpädagoge außerhalb der Finkenburg nach.

Jeden Mittwoch findet das Hausplenum statt. Auf diesem werden Dinge rund ums Haus und ums miteinander Leben besprochen, die alle Bewohner betreffen. Ob Hühner weggegeben, ein Dach repariert, neues Feuerholz geholt oder Küchendienste getauscht werden, sind Punkte, die auf dem Plenum besprochen werden. Über zukünftige Mitbewohner wird auch hier entschieden. Alle Entscheidungen des Plenums werden nur im Konsens beschlossen.

Die Finkenburg liegt außerhalb des nächsten Dorfes in der Wesermarsch; bis zur nächsten Stadt – Achim – sind es 6 km. Dort liegt auch der nächste Bahnhof. Diese Abgeschiedenheit empfinde ich aber nicht als großen Nachteil, da ich mit dem Fahrrad Achim jederzeit erreichen kann. Die sozialen Kontakte hier in Niedersachsen sind weit verstreut, so dass ich ohnehin mit der Bahn fahren muss, um jemanden zu besuchen. Ich mag das Leben ohne direkte Nachbarn und mit viel Platz. Ich empfinde es unabhängiger und selbstbestimmter als in einer Siedlung. Und alleine ist man in diesem Haus eigentlich nie. Die Erfahrung, in einer Großstadt zu leben, möchte und werde ich sicher auch noch machen. So lange ich hier wohne, genieße ich den räumlichen Abstand zu der modeorientierten und bedenkenlos konsumierenden Gesellschaft.

Im Januar kam ein neuer Mitbewohner dazu: Ole wurde geboren und lebt jetzt hier bei seinen Eltern. Etwas schade ist es, dass niemand in meinem Alter hier wohnt (ich bin 21 und alle anderen Erwachsenen sind über dreißig) – jemand, der den gleichen Lebensabschnitt mit mir teilt, der ähnlichere Erfahrungen, Fragen und Wünsche hat, wie ich und mir auf diese Weise näher steht. Vorher, bei meinen Eltern, war das meine dreieinhalb Jahre jüngere Schwester. Wohl deswegen sitze ich sehr häufig abends, wenn alle anderen in ihren Zimmern sind, mit einem Glas Apfelsaft, einer Schachtel Zigaretten und dem Telefon im Wohnzimmer und spreche mit Freunden, anderen FÖJlern, Verwandten – und meiner Schwester.

Gesellschaftsspiele oder Volleyball spielen, kochen, Holz holen, über Gott und Fußball reden, feiern, rätseln, Schlittschuh laufen und rodeln kann ich auch hier. Und meine MitbewohnerInnen um Briefpapier, Tabak oder eine bestimmte CD bitten – die Wahrscheinlichkeit, dass mir jemand helfen kann, ist meistens groß.

Neben der Arbeit am »Överblick« und den zum FÖJ gehörenden Seminaren auch noch das Leben und Wohnen in einem alternativen Wohnprojekt kennenzulernen, ist für mich auf jeden Fall eine Bereicherung. Durch diesen Einblick ist ein anderes Zusammenwohnen als das »normale Wohnen« für mich eine reelle und greifbare Möglichkeit für die Zukunft geworden.●

INFOKASTEN

Freiwilliges Ökologisches Jahr in Niedersachsen

Für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr in Niedersachsen kommen Menschen von 16 bis 27 Jahren in Frage, die Teilnehmer/innen erhalten ein Taschengeld von 155 Euro im Monat, eine kostenlose Bahncard sowie 4 bis 5 kostenlose Seminare zu ökologischen Themen. Bewerbungsunterlagen sind zu bekommen bei der Alfred Toepfer Akademie, Am Flugplatz 16, 31137 Hildesheim, Tel. (0 51 21) 50 97 63.

In der Einsatzstellenliste der Akademie ist auch der Överblick zu finden. Genaueres über die FÖJ-Stelle auf der Finkenburg kann man auch direkt unter Telefon (0 42 04) 689 80 03 oder im Internet unter www.oeverblick.de erfahren. Das FÖJ beginnt am 1. September, besetzt wird die Stelle allerdings bereits am 15. Mai.

32 JAHRE MEDIEN-PÄDAGOGIK-ZENTRUM HAMBURG

mpz – Ein linkes, selbstverwaltetes Medienzentrum

Ein unscheinbares Schild weist im Hamburger Schanzenviertel in der Susannenstraße den Weg ins mpz, gelegen in einem Hinterhof zwischen dem guten türkischen Restaurant Lokma und einem Asia-Laden. An zwei Abenden die Woche hat dort das selbstorganisierte Medien-Pädagogik-Zentrum geöffnet.

Gaston Kirsche ● Donnerstags abends tagt das Plenum, es gibt einen langen Tisch, eine Ecke mit rotem Sofa und Sesseln, die so alt sein könnten wie das mpz selbst, das 1973 gegründet wurde von ein paar Studierenden der Hochschule für bildende Künste: »Mit Hilfe von Medien sollten aktuelle gesellschaftspolitische Konflikte aufgegriffen und Initiativen unterstützt werden. Ausgehend von der Erfahrung, dass sich die bestehenden Massenmedien vom realen erfahrbaren Leben entfernt hatten oder das Leben nur in seinen Sensationen und Ausnahmen darstellten und den »einfachen Menschen« keine Möglichkeit gaben, ihre Meinung zu äußern, ging es darum, die »Benachteiligten«, »Betroffenen« zu Wort und ins Bild kommen zu lassen«, so die Grundidee, wie sie auch heute noch im Konzeptpapier des mpz steht.

In über 30 Jahren ist so eine in Hamburg einmalige Sammlung von Videodokumenten über alte und neue soziale Bewegungen zusammengekommen – linke Zeitgeschichte, von Werftbesetzungen bis hin zu sieben selbstproduzierten Filmen zur Solidarität mit den Hausbesetzungen in der Hafenstraße. Beinahe an jeder Wand stehen Regale voller Videokassetten: Das mpz-Archiv umfasst mehrere tausend Videos. Interessierte können während der Öffnungszeiten in den Ordnern nach passenden Videos zu einem Thema suchen und Filme sichten. Eine Ausleihe ist vor Ort oder per Post möglich. Genutzt wird das mpz vor allem von GewerkschafterInnen, Bürgerinitiativen und LehrerInnen, die den reichhaltigen Fundus an Videos gerne auch an KollegInnen weiterempfehlen. So wird das Angebot des mpz konstant angenommen – aber ausgelastet war das mpz nur in Hochzeiten politischer Bewegung.

Seit März 2005 findet in unregelmäßigen Abständen die neu eingerichtete »mpz-lounge« statt. Im mpz selbst wird ein Video aus dem mpz-Archiv gezeigt, anschließend besteht die Möglichkeit zum Gespräch über den Film. So sind Videos zu sehen, die allein schon wegen ihrer Länge kaum ins Kino kommen, vom Thema her sperrig sind, von der Machart auch mal quer zu den üblichen Sehgewohnheiten liegen und in keiner kommerziellen Videothek erhältlich sind. Getragen wird das mpz durch die unbezahlte Arbeit der acht Vereinsmitglieder. Einer von ihnen, Olaf Berg, stand freundlicherweise für Fragen zur Verfügung.●

INTERVIEW MIT OLAF BERG VOM MPZ:

» ... so dass aus dem anschauen des kollektiv hergestellten Films auch wieder etwas kollektives entstehen kann.«

Wann und wie bist du zum mpz gekommen?

Olaf Berg: 1982 als Schüler. Ich musste ein dreiwöchiges Berufspraktikum machen und habe mir die Adresse aus dem Anti-Akw-Kalender geholt. Dann bin ich in ein gerade laufendes Videoprojekt eingestiegen und einfach hängengeblieben.

Ihr seid unabhängig geblieben und habt, im Gegensatz zu anderen linken Videoläden immer konsequent auf jede staatliche Förderung ebenso verzichtet, wie darauf, als mpz von der Filmproduktion leben zu wollen, Geld zu verdienen. War das die richtige Entscheidung?

Die Entscheidung hat uns jedenfalls bis heute unsere Unabhängigkeit gesichert. Sicherlich sind dadurch auch manche Dinge nicht möglich. Für teure Geräte fehlt uns das Geld, und weil wir außerhalb des mpz unser Leben finanzieren müssen, haben wir auch nicht immer die Zeit für das mpz, die wir gerne hätten. Andererseits steht am Beginn eines Filmprojektes nicht die Frage: rechnet sich das? Lässt sich das verkaufen? Ich habe auch schon für das Fernsehen professionell Filme gemacht. Dabei habe ich mindestens die Hälfte meiner Energie auf das Verkaufen des Films verwandt, für die inhaltliche Vorbereitung auf den Dreh blieb mir kaum Zeit. Im mpz kann ich einfach Anfangen und es gibt dann eine inhaltliche Diskussion über das, was ich da mache.

Dann seid ihr als Basisinitiative weiterhin auch für die Mitarbeit von »Nicht-Profis« offen?

Ja, wir begreifen uns als ein offenes Zentrum, in dem jederzeit interessierte Leute mitmachen können. Aber nicht wie beim offenen Kanal, wo einfach jede und jeder aneinander vorbei nach dem Prinzip Warteschlange seinen Kram machen konnte. Wer mitmachen will, muss auch bereit sein, für den Erhalt des Zentrums Verantwortung zu übernehmen, sich am Zentrum als ganzen zu beteiligen.

Seht Ihr Euch als eine Art Gedächtnis der sozialen Bewegungen?

Viele der Filme, die im Laufe der letzten 30 Jahre den Weg in unser Archiv gefunden haben, haben mittlerweile auch einen historischen Wert. Gerade mit unseren eigenen Produktionen waren wir oft viel näher an den sozialen Bewegungen dran, als das dem Fernsehen oder auch Dokumentarfilmern gelang. Das bringt aber auch seine Probleme mit sich. Als wir letztes Jahr aus Anlass unseres 30 jährigen Bestehens im *3001 Kino* an drei Abenden Filmausschnitte aus unserer eigenen Produktion zeigen wollten, war beim ersten Sichten schnell klar, dass wir die alten Filme nicht einfach so zeigen können. Was damals allen klar war, etwa der Geschehensablauf einer Demonstration gegen das AKW Brokdorf oder das politische Personal in den Auseinandersetzungen um die Hafenstrasse, muss heute ganz anders erklärt und eingeführt werden. Wir haben dann jeweils aus dem alten Material neue Filme zusammengeschnitten, die auch beim jüngeren Publikum gut ankamen.

Ein Konzept von Gegenöffentlichkeit, was bedeutet dass für euch?

Gegenöffentlichkeit heißt zunächst einmal, denjenigen, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht oder nur verzerrt zu Wort kommen, und dazu zählen wir uns als gesellschaftskritische Linke selber, einen eigenen Raum zu schaffen, ihre Erfahrungen aufzuzeichnen, zu ordnen und zu vermitteln. Gegenöffentlichkeit ist also nicht nur das fertige Produkt »Videofilm«, sondern auch der ganze Prozess der gemeinsamen Herstellung und dann der Einsatz des Films. Uns geht es dabei darum, nicht so folgenlos zu bleiben wie das Fernsehen. Da können tausende einen Film sehen, aber alle für sich allein zu Hause. Unsere Filme verleihen wir vorrangig an Initiativen, Leute in Bildungseinrichtungen, etc. die damit Veranstaltungen machen, sich die Videos gemeinsam anschauen, danach darüber reden, so dass aus dem anschauen des kollektiv hergestellten Films auch wieder etwas kollektives entstehen kann. Das macht für mich auch den Unterschied aus zu gerade modischen Konzepten, die den subversiven Gebrauch der bürgerlichen Medien propagieren und meinen, Gegenöffentlichkeit sei überflüssig, weil die Öffentlichkeit

ja schon alles abdeckt. Natürlich kann es gelingen mit spektakulären »mediengerechten« Aktionen auf sich aufmerksam zu machen, wie dies Greenpeace tut, oder auch im subversiven Gebrauch die Medien in ihrer eigenen Logik zu packen und dabei etwas rüberzubringen. Das kann alles gut und sinnvoll sein. Aber in diesen Formen der Öffentlichkeit entsteht kaum ein Raum dafür, dass Menschen zusammenkommen, dass über Medien eine direkte Kommunikation zwischen Menschen entsteht, und ich denke, das ist nach wie vor sehr wichtig, um eine gesellschaftsverändernde Kraft zu entwickeln. Gegenöffentlichkeit bedeutet, zu einem wesentlichen Teil der Vereinzelung, die den KonsumentInnen in der bürgerlichen Öffentlichkeit widerfährt, etwas entgegenzusetzen.

Gibt es diese Vereinzelung nicht auch in linker Öffentlichkeit, wenn zum Teil das Internet als Informationsmedium die politischen Saalveranstaltungen ersetzt?

Ich glaube kaum, dass das Internet eine Saalveranstaltung ersetzen kann. Es ist einfach etwas anderes, ob ich mich mit Menschen an einem Ort treffe und diskutiere, oder ob ich in einem virtuellen chatroom oder über postings auf einer mailingliste kommuniziere. Das eine kann das andere nicht ersetzen, das sind zwei Formen der Kommunikation und Informationsverbreitung, die sich ergänzen und nicht ausschließen.

Neben dem Internet gibt es über 30 Fernsehkanäle, und auf linken Veranstaltungen wird oft auf das Zeigen eines Videos verzichtet, auch wenn ihr gute Filme zum Thema habt. Kennen euch die jüngeren politisch Aktiven?

Die Ausweitung der Fernsehkanäle hat sicher eine Auswirkung auf unseren Verleih gehabt, aber mehr noch die Verbreitung von Videogeräten in fast jedem Haushalt. Heute haben doch viele schon ihr eigenes kleines Videoarchiv und machen ihre eigenen kleinen Filmchen mit Digitalkamera und Schnitt am heimischen PC. Das hat Auswirkungen auf das mpz. Was uns dann für viele immer noch attraktiv macht, ist die lange Geschichte, dass es bei uns eben auch Filme von vor 20 oder mehr Jahren gibt. Und eine Erfahrung, die wir schon immer gemacht haben: Wenn bei uns in einem Bereich ein Film gemeinsam mit Aktiven entsteht, dann kommen auch wieder mehr Leute. Es gibt da einen sehr direkten und gar nicht so überraschenden Zusammenhang: Je mehr wir machen, um so mehr werden wir auch wahrgenommen.

In Euren Anfangsjahren war Video eine neue, teure Technologie, die nur bei kollektiver Nutzung bezahlbar war. Heutzutage rennen viele Leute mit kleinen Camcordern herum. Bedeutet dass auch weniger gemeinschaftliche Herstellung von Videos?

Das viele Menschen Zugang zur Videotechnik haben, ist erst mal gut so. Ich denke zwischen der Verbreitung der Technik und einen Rückgang an Kollektivität gibt es keinen direkten Zusammenhang. Sicherlich hat das Arbeiten mit Spulengeräten und Stoppuhr, wie ich es in den 80er Jahren noch im mpz gelernt habe,uns dazu gezwungen, zusammen zu schneiden, weil das anders gar nicht ging, man brauchte mindesten drei Hände. Andersrum ist das Bedienen eines Schnittprogramms am Heim-PC zu zweit eher schwierig, das verführt dazu, es alleine zu machen. Wenn, dann ist es also eher die Technik, die vereinzelt. Aber ich glaube noch nicht einmal das ist das entscheidende, entweder Du willst mit anderen zusammen etwas machen, oder willst es nicht. Und wenn Du versuchst etwas gemeinsam zu entwickeln und auch etwas anspruchsvoller zu werden was die Filme angeht, dann suchst Du dir automatisch Leute, mit denen Du das diskutieren kannst, die Dir helfen, wo zusammen etwas entsteht. Das ist dann nicht unbedingt das mpz.

Mit der »mpz-lounge« wollt ihr jetzt offene Diskussionsabende über politische Videos anbieten?

Die mpz-lounge hat mehrere Ziele. Das gemeinsame Sichten von Videos und anschließende Reden darüber ist sicher ein Aspekt. Es geht uns aber auch darum, einfach mehr Aufmerksamkeit für unser Zentrum und die bei uns vorhandenen Filme zu bekommen. Dann gibt es noch einen internen Grund. Auf unserem 14-tägigen Plenum kommen wir kaum noch dazu, gemeinsam Videos anzuschauen. Die Lounge ist also auch ein Versuch, unter uns wieder mehr Filme zu sehen und zu diskutieren.

Nach welchen Kriterien sucht ihr die Videos aus, die ihr im Rahmen der »mpz-lounge« zeigen wollt?

Das oberste Kriterium ist, dass wir einen Film interessant finden. Es geht ums Sichten. Wenn etwas ganz und gar nicht gefällt, kann man auch abbrechen und etwas neues aus dem Archiv holen. Die »mpz-lounge« hat einen Werkstatt-Charakter, in gemütlicher Atmosphäre politische Filme anschauen.

Die ersten beiden Filme, die ihr gezeigt habt, beschäftigen sich mit Zwangsarbeit im Nationalsozialismus und mit oppositioneller Gewerkschaftsarbeit. Ist das Zufall, oder sind NS und Arbeiterbewegung Schwerpunkte eurer Tätigkeit?

Klar, die Filmauswahl hat etwas mit unseren Interessen und Schwerpunkten zu tun. Der Film über Zwangsarbeit ist nicht direkt im mpz entstanden, aber von jemand aus dem mpz, der ihn als Auftragsarbeit hergestellt hat. Die Sichtung steht in Zusammenarbeit mit einem Videoprojekt an dem wir im mpz gerade arbeiten, bei dem es um die Unterstützung eines Altenheims auf der Krim für ehemalige Zwangsarbeiter geht.

Tja, und der zweite Film: Im mpz gibt es eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit Gewerkschaftskollegen, insbesondere aus dem Hamburger Hafen. Von daher interessiert uns der Bereich Betrieb und Gewerkschaft natürlich. Die Diskussion um die Bedeutung von Arbeitskämpfen ist ja in den letzten Jahren wieder etwas belebter in der Bewegungslinken, selbst der 1. Mai kehrt unter dem Stichwort »mayday« wieder in das Bewusstsein zurück. Da tut es gut, einmal etwas über die kontinuierliche Arbeit von Betriebskollegen zu erfahren.

Wie kann mensch sich bei euch ein Video aussuchen und ausleihen?

Eine Ausleihe ist sehr einfach. Unser Archiv ist ein Präsenzarchiv, dass heißt die Originalaufzeichnung verlässt nicht das Haus, kann aber bei uns in der Regel sofort eingesehen werden. Für eine Ausleihe machen wir dann soweit dies rechtlich möglich ist eine Kopie. Was die finanzielle Seite angeht, scheitert keine Ausleihe am Geld, aber wir sind darauf angewiesen, dass diejenigen, die das Zentrum nutzen ihren Möglichkeiten entsprechend einen Beitrag zum Erhalt des Zentrums leisten.

Vielen Dank, Olaf!●

Die Fragen stellte Gaston Kirsche

mpz, Susannenstraße 14d, D-20357 Hamburg
Tel. (0 40) 439 72 59
Geöffnet Dienstag und Donnerstag 17 bis 19 Uhr
Web: www.mpz-hamburg.de

Kasama-Widerstandsarchiv in Zürich

Der Infoladen Kasama und das dazugehörige Widerstandsarchiv sind seit Ende 2003 an einem neuen, relativ chic renovierten Standort im traditionsreichen Züricher Stadtteil Aussersihl untergebracht. Eine enge Kooperation besteht mit dem direkt benachbarten alternativen Lokalradio LoRa. Eine genauere Beschreibung zur teilweise turbulenten und bis 1986 zurückreichenden Geschichte des Infoladen und der verschiedenen, jetzt im Widerstandsarchiv zusammengeführten Archive findet sich auf der Website des Kasama.

Das Archiv sammelt relativ eng vor allem Materialien aus der radikalen undogmatischen und aus der antiimperialistischen Linken, Archivalien von reformistischen linken Strömungen oder der neuen sozialen Bewegungen werden im Grunde nicht gesammelt. Themen sind die in der Geschichte der Schweizer Protestbewegungen relevanten und aktuellen: Vor allem Internationalismus, Antifaschismus/Antirassismus, Frauen- und nicht zuletzt Häuserkampf. Ein Schwerpunkt ist natürlich die sog. Züricher Jugendbewegung 1979-1981.

Der Bestand an Zeitschriften beträgt über 250 Titel, er ist zur (Deutsch-)Schweiz umfangreich, im Bereich der BRD gibt es nennenswerte bis größere Lücken. Ungefähr ein Drittel der laufend bezogenen und im Infoladen zur Lektüre ausliegenden Zeitschriftentitel ist aus der BRD.

Die Erschließung der vielen vorhandenen thematischen Dossiers und Fachordner ist wie in vielen vergleichbaren Archiven nur relativ grob organisert, wird aber noch verbessert werden. Ferner gibt es eine sortierte Plakatsammlung. In den Räumen des Widerstandsarchivs werden zur Zeit die Sendungsmitschnitte des LoRa digitalisiert.

Das Kasama ist ein wichtiger Wissensspeicher, da es wohl kaum einen Ort in der Schweiz geben dürfte (ausser dem Archiv des Infoladen im Kulturzentrum Reithalle in Bern), an dem so viel einschlägiges Material versammelt ist.●

www.kasama.ch

Bernd Hüttner

ZAPATISTISCHER KAFFEE

Ein Kaffee für den täglichen Aufstand

Die Café Libertad Kooperative entstand 1999 mit dem ersten Import von zapatistischem Kaffee über den Umweg von Denver/Colorado in den USA. Bis zum Ende des Jahres 2000 haben wir den Vertrieb ehrenamtlich organisieren können. Als die Umsatzmengen sich jedoch jährlich verdoppelten, wollten auch wir versuchen, uns eine ökonomische Basis aufzubauen. So entstand die Café Libertad Kooperative als Kollektiv im Rahmen einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (die Rechtsform einer Genossenschaft war uns viel zu bürokratisch und damit auch teuer).

Café Libertad, Hamburg ● Alle Kollektivmitglieder sind gleichberechtigt, unabhängig von der Höhe unserer Kapitaleinlage oder Arbeitsleistung und treffen alle wichtigen Entscheidungen auf regelmäßigen Sitzungen. Wir kalkulieren unsere Arbeit kostendeckend als non-profit-Engagement, eine private Aneignung von eventuell anfallenden Gewinnen ist vertraglich ausgeschlossen, Überschüsse verbleiben in der Firma und werden bei einer Auflösung gespendet.

Umsätze – Vertriebswege

Den Umsatz haben wir von 2002 von 140.000 auf 318.000 Euros im Jahre 2004 steigern können – in diesem Jahr importieren wir bereits 4 Container Rohkaffee (70 Tonnen). Die Exporte der beiden Kaffeekooperativen erreichten 2004 ca. 18 Container Rohkaffee.

Die Vertriebsstrukturen sehen wie folgt aus: über einen Online-Shop auf unserer Internet-Seite erhalten wir die meisten Bestellungen; wir machen keine Unterschiede zwischen Endverbrauchern und Wiederverkäufern, Welt- oder Bioläden – es gibt nur eine Kalkulation, die keine Belieferung von Supermärkten, auch nicht von Bio-Supermärkten, anstrebt.

Das RedproZap-Netzwerk

Im Gegensatz zu anderen Strukturen für solidarisches Handeln haben wir von Anfang an ein europäisches Vertriebsnetz für den zapatistischen Kaffee aufgebaut. Über die Chiapas-Solidarität haben wir schnell in andern europäischen Ländern Gruppen und Organisationen gefunden, die ebenfalls den Mut Vitz-Kaffee regional und national vertreiben wollten (u.a. Direkte Solidarität mit Chiapas/Schweiz, Col.lectio amb de la Rebel.lio Zapatista/Spanien, Echange Solidaires/Frankreich, Mut Vitz Sverige/Schweden, Ya Basta!Netzwerk/Italien).

Anfangs lieferte Café Libertad Rohkaffee nach Italien, Spanien, Frankreich und Schweden – solange bis die Mengen für diese Länder zu eigenständigen Importen nach Genua, Barcelona und Le Havre führten (ab 2003).

Die Koordinierung der sehr unterschiedlichen Ansätze in den verschiedenen Ländern versuchen wir über das RedproZap-Netzwerk auf jährlichen Treffen zu organisieren. Café Libertad beliefert weiterhin an Abnehmer/innen in Frankreich, Schweden, Belgien, Niederlande, Irland, Großbritannien, Dänemark, Österreich, Griechenland und Polen.

Politische Zielsetzung – Ökonomischer Ansatz

Die Café Libertad Kooperative leistet politische Solidaritätsarbeit mit dem Ziel, die indigenen Gemeinschaften in ihrem Kampf um Würde und Gerechtigkeit zu unterstützen. Dazu wird regelmäßig die Zeitschrift *Tierra y Libertad – Land und Freiheit* herausgegeben. Gleichzeitig wollen wir durch unsere Arbeit den Aufbau einer ökonomischen Alternative stärken, die auf indigenen Erfahrungen, direkter Demokratie, Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit beruht und die Grundbedürfnisse der Menschen nach ausreichender Ernährung, ärztlicher Versorgung und lokaler Infrastruktur erfüllt.

Neben der Unterstützung der zapatistischen Bewegung durch Informationsarbeit wollen wir auch hier aufzeigen, dass eine andere kollektive ökonomische Selbstorganisation möglich ist. Auch wenn uns klar ist, dass der Kaffeehandel letztlich nur eine Nische ist, die durch den hohen Kaffeekonsum existiert. Wir haben uns an die ersten Aufforderungen der EZLN gehalten: Wenn ihr unsere Rebellion unterstützen wollt, dann macht in Euren Ländern Revolutionen. Als Mitglieder der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) verstehen wir uns als Teil einer klassenkampforientierten weltweiten Bewegung, die in kritischer Solidarität zur zapatistischen Befreiungsbewegung steht.

Unseren ökonomischen Ansatz verstehen wir nicht als Gegensatz zur traditionellen Solidaritätsarbeit, die durch Spendensammlung oder direkte Hilfsprojekte vor Ort (wie z.B. durch unsere italienischen Kollegen der USI-Sanitá aus Mailand, die in Chiapas den Aufbau von Mikrokliniken und die Entsendung von Ärzten und Krankenpflegern organisieren) auch zu einem libertären Fürsorgesystem (Paternalismus) führen kann. Die Hilfe zur Selbsthilfe ist für uns ein wichtiger Bestandteil unseres Selbstverständnisses von Autonomie und Selbstverwaltung – hier wie in aufständischen Gemeinschaften in Chiapas.

Probleme mit der kritischen Solidarität

Wie gehen wir mit den Forderungen der zapatistischen Kleinbauern-Genossenschaft *Mut Vitz* um, die uns immer wieder auffordert, doch ihre ökonomischen Projekte zu unterstützen? Wir verweisen darauf, dass der Bau einer eigenen großen Lagerhalle ebenso wie der Wunsch nach einer eigenen Verarbeitungsmaschine (»beneficio«) durch ihre eigene Arbeit erwirtschaftet werden muss, um sich nicht von uns und anderen abhängig zu machen. Im konkreten Fall des Baus einer 500qm großen Lagerhalle hat es *Mut Vitz* durch die Rücklagen aus den Kaffeeverkäufen erreicht, das Projekt aus eigenen Mitteln realisieren zu können.

In einer Diskussion bei unserem Besuch im Februar 2004 haben wir auch die Behandlung und Bezahlung der Tagelöhner angesprochen, die es auch im zapatistischen Kaffeeanbau gibt. Unsere Empfehlung, die Kollegen auch entsprechend des höheren Einkommens als Bio-Bauern zu entlohnen, stieß auf völliges Unverständnis. Die Begründung war ebenso entlarvend wie bekannt: die *jornaleros* hätten ja nichts mit der Kooperative zu schaffen und trügen deshalb auch nicht die gleiche Verantwortung wie die Besitzer von Kaffeepflanzungen ... Diese Argumentation mussten wir erst einmal verdauen.

Spenden

Die Café Libertad Kooperative hat in den letzten vier Jahren über 23.000 Euros Fördergelder erwirtschaftet (wir legen pro verkauftem kg Röstkaffee 40 Cents zur Seite) und diese u.a. für den Aufbau einer zahnärztlichen Notfallklinik in El Mango (Caracol Morelia), die Versorgung der Flüchtlinge im Municipio San Pedro Polhó oder zur Unterstützung der Gemeinden in Montes Azules weitergeleitet. Insgesamt haben wir bereits 16.600 Euro für konkrete Projekte in benachteiligten Gemeinden bereitstellen können. Die Differenz steht für weitere dringend benötigte Projekte zur Verfügung.

Reisebericht 2005

Bei unserem Kurzbesuch im Februar 2005 wurde deutlich, dass die Entwicklung der Kooperative Mut Vitz nach drei, vier Jahren erste sichtbare Erfolge zeigt. Auf den Export von mehr als 16 Containern Rohkaffee im Jahre 2004 sind die *Mut Vitz*-Mitglieder sehr stolz. Für den *café pergamino, calidad órganico* zahlte die Kooperative mit 23 Pesos pro kg den höchsten Preis an ihre Mitglieder, der in Mexiko für die Ernte 2004 gezahlt wurde!

In diesem Jahr holte dann auch den fairen Handel die kapitalistische Wirklichkeit ein. Aufgrund von schweren Missernten in Brasilien stiegen seit Anfang 2005 überall die Kaffeepreise und die Zwischenhändler zahlten auch in Chiapas den dreifachen Preis des Vorjahres – bis zu 21 Pesos pro Kilogramm jeglicher Qualität bar auf die Hand. So kamen auch die zapatistischen Genossenschaften (trotz ihres höheren politischen Bewusstseinsstands) in die unangenehme Situation, möglicherweise mehr Exportverträge abgeschlossen zu haben als sie Kaffee zusammenbringen könnten.

Zu Besuch bei der »Guten Regierung« in Oventic — Foto: Café Libertad

Dadurch, dass der Weltmarktpreis Anfang März dann den TransFair-Preis von 1,21 US$/lbs überstieg, mussten die solidarischen KäuferInnen mehr bezahlen (für Bioqualität statt 1,41 US$ nun 1,45 US$ je libra). Klar ist aber auch, dass nicht erfüllte Verträge die gerade aufgebauten Vertriebswege in den einzelnen Ländern wieder zerstören. Wenn die Importeure in Europa und den USA/Kanada nicht genügend Ware haben, um den zapatistischen Kaffee das ganze Jahr anbieten zu können, brechen Käufer weg und der Aufbau muss völlig von vorne anfangen. Damit hätten sich die zapatistischen Kleinbauern dann selbst die Existenzgrundlage entzogen.

Ausblick

Um den Anforderungen des solidarischen Handels besser gerecht zu werden und die Abhängigkeit der zapatistischen Bauernfamilien von Verkäufen an Zwischenhändler zu verhindern, wollen wir frühzeitig unsere Vorverträge anmelden und eine höhere Vorfinanzierung garantieren. Bisher konnten wir durch private Darlehn bis zu 40 Prozent der bestellten Mengen Rohkaffee mit einer Anzahlung im Oktober vorfinanzieren. Ziel ist, zukünftig mindestens 60% als Anzahlung zu leisten und den höheren Preis des Jahres 2005 zu sichern, auch wenn der offizielle TransFair-Preis (gilt seit 1989!) nicht verändert werden sollte.●

Café Libertad Kooperative GbR, Gaußstr. 194-196 Haus 3, D-22765 Hamburg-Ottensen, Tel/Fax: (0 409 20 90 68 93
Web: www.cafe-libertad.de
E-mail: cafe-libertad@gmx.de

Wie und wo kann ich zapatistischen Kaffee bestellen?

Als Café Libertad Kooperative liefern wir unseren Kaffee direkt an unsere Abnehmer. Ab einer Bestellmenge von 10kg liefern wir versandkostenfrei in Deutschland aus. Bei kleineren Mengen berechnen wir das Porto des Paketdienstes DPD.

Anzubieten haben wir bio-zertifizierten »Mut Vitz-Kaffee«: Filterkaffee 500g gemahlen und 1kg-Beutel ganze Bohnen (Café Libertad), einen milden Espresso 250g gemahlen und 500g ganze Bohnen (Espresso Rebeldía) sowie den Espresso Rebeldía Durito, eine italienische Röstung 250g gemahlen und 500g ganze Bohnen. Hinzu kommen Sonderröstungen wie der Bio-Caracol, ein Perlbohnenkaffee mit sehr mildem Aroma. Aus dem Kaffee in Umstellung der Kooperative »Yach'il Xojoval Ch'ulchan« lassen wir unseren Störtebeker-Kaffee produzieren, den wir über linke Projekte vertreiben und deren 250g-Päckchen als Alternative zu den Agendkaffees gedacht ist. Der festgelegte Verkaufspreis von 3 Euro beinhaltet eine Handelsspanne für die vertreibenden Projekte und Initiativen. Außerdem legen wir 10 Cents pro verkauftes Päckchen in einen Fonds für linksradikale Projekte und Aktionen hier in Deutschland zurück.

Bestellungen nehmen wir über unseren Webshop auf unserer Internet-Seite, telefonisch, per Fax, per Post und per Email entgegen. Wir sind Mo-Fr. jeweils von 10-15 Uhr unter (0 40) 20 90 68 93 erreichbar.

BUKO-KAMPAGNE GEGEN BIOPIRATERIE

Beim diesjährigen Evangelischen Kirchentag in Hannover wird die Kampagne gegen Biopiraterie mit einem größeren Stand in der Themenhalle »Werte – Wirtschaft – Weltgemeinschaft« vertreten sein. Der Kirchentag findet statt vom 25.-29.5 2005; die Halle selber ist geöffnet vom 26.-28.5.

Geplant ist eine Insel der Biologischen Vielfalt. In den drei Bereichen Biologische Vielfalt, Biopiraterie und Widerstand wird den BesucherInnen die Möglichkeit gegeben anhand der vier Pflanzen Mais, Kartoffel, Neem und Cupuaçu zu erfahren, was Biopiraterie ist, wer dahinter steckt und was sich dagegen tun lässt. Außerdem werden verschiedene Gruppen, die zu den Themen Biodiversität und Landwirtschaft aktiv sind, ihre Arbeit vorstellen.

In der Mitte der Insel wird es einen Bereich geben zum Ausruhen, Infomaterial lesen, Spiele zum Thema ausprobieren...●

ARBEITERiNNENSELBSTVERWALTUNG IN PORTUGAL

Redaktion Portugal ● Im November 2004 verschwanden die deutschen Chefs der portugiesischen Bekleidungsfabrik »Afonso – Produção de Vestuário« im nordportugiesischen Arcos de Valdevez spurlos und überließen die Angestellten des hochverschuldeten Betriebes dem Schicksal. Die ArbeiterInnen hatten ihre Direktoren dabei erwischt, als sie bei Nacht und Nebel Maschinen für den Transport zur neuen Produktionsstätte in Tschechien verladen wollten.

Die 42jährige Textilarbeiterin Conceição Pinhão übernahm die Organisation und führt seitdem den Betrieb mit 88 Kolleginnen und 3 Kollegen weiter.

Die derzeit unklare Rechtslage schrecke potenzielle Kunden ab, deshalb möchte die wackere Belegschaft die Fabrik für einen Euro kaufen und die Arbeitsplätze erhalten. Die Angestellten warten seit langem auf 70.000 Euro Lohn und sehen in der Übernahme zu dem symbolischen Preis ihre einzige Zukunftschance, denn seit Beginn der Selbstverwaltung konnten alle Löhne und Rechnungen pünktlich gezahlt werden.●

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.66 | Frühjahr 2005

Rechte in den Parlamenten
Vom rechten Rand der CDU bis zur NPD in Sachsen

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Sozialforum

Forum gegen Neoliberalismus

... dem Kommunalen Kino und dessen Umwandlung in ein Sozialforumskino. Christliche Basisgemeinden bieten Gebete und Meditation an. Es wird einen Raum geben, in dem sich die bestehenden lokalen und regionalen Sozialforen koordinieren können. Und auch das Essen soll nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Versorgung, sondern in seiner Bedeutung als Kulturträger und als gesundheitlicher und ökologischer Faktor thematisiert werden.

Hauptinstrument der Kommunikation wird in den nächsten Monaten das Internet sein. Alle Angebote für Veranstaltungen müssen auf die Webseite gestellt werden. Dort steht auch, wie das Anmeldeverfahren für Unterstützende, VeranstalterInnen und Teilnehmende funktioniert und wie sich das Sozialforum finanzieren will. Als Werbemittel steht ein Einladungsflyer im Netz abrufbar bereit. In einem Internet-Shop können weitere Werbemittel wie Taschen, Käppis, T-Shirts u.a. bestellt werden.

Es wird angeregt, dass der aus dem Verkauf erzielte Erlös für die Unterstützung der Fahrt- und Teilnahmekosten von Menschen mit extrem niedrigem Einkommen (ALGII-Beziehende oder MigrantInnen) verwendet wird. Die Finanzierung des Sozialforums geschieht, wie alles andere auch, aus der Tasche derer, die es aktiv unterstützen. Andere Finanzmittel gibt es nicht. Auch keine Mäzene, die uns großzügig finanzieren. Es stehen deshalb auch nicht von vornherein Finanztöpfe bereit. Manche empfinden das als Belastung. Es ist aber auch ein Stück Freiheit, weil es uns finanziell unabhängig macht. Da wir also für die Unterstützung von Menschen mit sehr geringem Einkommen gesonderte Mittel brauchen, müssen wir diese selber organisieren. Am einfachsten geht es vor Ort, wo die Strukturen bekannt sind, die Interessierten direkt angesprochen und auf zahlreichen Veranstaltungen Sammelaktionen durchgeführt werden können.

Es hat sich herumgesprochen, dass das Sozialforum keine Beschlüsse fasst. Alles, was hier verabredet wird, bindet ausschließlich die Gruppen und Personen, die diese Verabredungen tragen, nicht das Sozialforum als Ganzes. Der Drang, die Niederlage im Widerstand gegen die Hartz-Gesetze aufzuarbeiten, Strategien und Organisationsformen zu diskutieren und die Bewegung gegen den Neoliberalismus ein Stück voran zu bringen, ist jedoch groß. Deshalb wird es am Sonntagmittag eine Versammlung sozialer Bewegungen geben. Diese will vorbereitet sein. Dazu wird auf die Forumsseite der Homepage ein Diskussionsbeitrag eingestellt, der sich mit der Frage befasst: Wie weiter mit den sozialen Bewegungen in Deutschland? Auch diesen Beitrag verantworten nur diejenigen, die ihn unterzeichnen. Er soll aber zu Antworten und Erwiderungen reizen, damit bereits im Vorfeld eine Debatte aufkommt, wie es hierzulande nach der Durchsetzung der Agenda 2010 weiter gehen soll. Ergebnisse dieser Debatte sollen in eine Erklärung einfließen, die auf dem Sozialforum in der Vernetzungsphase diskutiert und auf der Versammlung der sozialen Bewegungen verabschiedet wird. Darüber hinaus sollen Vorschlägen für Aktionen und Kampagnen vorgetragen und über einen kommenden zentralen Aktionstag beraten werden.

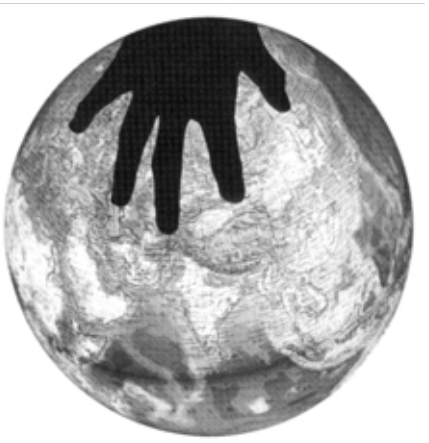


Foto: Volker Derlath

Das Sozialforum beginnt am Donnerstagabend um 18 Uhr mit einer Eröffnungsveranstaltung. Hier stellt sich das Sozialforum dar – eingebettet in das WSF und ESF. Dazu gibt es Redebeiträge aus Brasilien, aus dem europäischen Ausland und vom Thüringer Sozialforum, welches die Einladung nach Erfurt ausgesprochen hat. Eine Begrüßung in den Sprachen, die von den in Deutschland lebenden Nationalitäten gesprochen werden, wird unterstreichen, warum wir von einem Sozialforum in Deutschland, nicht von einem deutschen Sozialforum reden. Die Veranstaltung soll den Charakter eines Open-Air-Festivals haben, auf dem die Kulturbeiträge überwiegen. Sie sollen die Vielfalt der hier ansässigen Kulturen widerspiegeln und verschiedene Generationen ansprechen.

Am Samstagnachmittag von 14.30h bis 16.30h versammeln wir uns zu einer Demonstration, zu der auch die Bevölkerung in Erfurt und in Thüringen eingeladen ist. Abends um 19h schließt sich ein großes Konzert an.

So baut sich das 1. Sozialforum in Deutschland allmählich auf. Als *Forum gegen den Neoliberalismus* will es alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechen, die vom Großkapital angegriffen werden – also »sozial« im umfassenden, nicht im eingeschränkten Wortsinn sein. Letzten Endes geht es darum, nach dem Scheitern des sog. real existierenden Sozialismus und dem Überlaufen der Sozialdemokratie ins Lager des Liberalismus ein neues, gesellschaftsveränderndes Subjekt zu schaffen. Dies ist ein langfristiges Projekt, in dem die sozialen Bewegungen Hauptakteure sein wollen.

Das Verhältnis zu den Parteien ist konfliktbeladen, da braucht man nicht drum herum zu reden. Weniger denn je fühlen sich soziale Bewegungen heute von Parteien vertreten, das gilt auch für die Parteien, die sich in Opposition zu den Parteien im Bundestag sehen. Das ist kein Grund, die Diskussion über das Verhältnis der sozialen Bewegungen zu den Parteien zu vermeiden. Es ist jedoch ein Grund, auch in Deutschland den Grundsatz der Charta von Porto Alegre zu beherzigen, der da heißt: »Weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen.« Konkret bedeutet das, dass Parteien auf dem Sozialforum keine Veranstaltungen durchführen können – nur Jugendorganisationen, Stiftungen und Medien. Auf der Webseite wird eingeladen zu einer Arbeitsgruppe, die den Dialog der sozialen Bewegungen mit den Parteien vorbereitet.

Das Sozialforum in Deutschland sieht sich von Anfang an im Kontext des WSF und des ESF. Das Ausland signalisiert hohes Interesse an Erfurt, und wir wollen unsere Freundinnen und Freunde aus den Nachbarländern und von weiter her einladen, mit uns zusammen zu diskutieren. Denn eine der Grundüberzeugungen, auf denen das Sozialforum beruht, ist, dass wir unsere gesellschaftlichen Probleme nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen lösen können.●

www.sozialforum2005.de

ANTI-ATOM-BEWEGUNG UND GLOBALISIERUNGSKRITIK

Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten!

Dass der Kampf gegen Kernenergie längst nicht mehr als Ein-Punkt-Thema anzusehen ist, wissen wir schon lange, zumindest seit der »Atomstaat« enthüllt wurde. Wie jedoch Anti-Atom-Bewegung und Globalisierungskritik einhergehen, zeigt der folgende Beitrag aus dem kämpferischen Wendland. So wirft er am Schluss auch die Frage auf, ob nicht nach Erfurt das 2. Sozialforum in Deutschland auch einmal dort zu Gast sein könnte. Immerhin gibt es in diesen Teilen des Landes sogar mehrheitliche Unterstützung.

Von Francis Althoff (Pressesprecher BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg) ● Eines der drastischsten Beispiele für das gewaltsame Überstülpen von ökologischer und sozialer Destruktivität sind die von willfähriger Politik auf Händen getragenen global player der Atomwirtschaft. Zur Durchsetzung der finanziellen Konzerninteressen werden mit polizeistaatlichen Methoden die Grundrechte der Bevölkerung kurzerhand außer Kraft gesetzt.

Atomkraftgegner werden kriminalisiert, im Wendland ganze Dörfer eingekesselt und neuerdings sogar Gentests für alle, die »sich in Gorleben anketten«, durchgesetzt.

Die über 60jährige Geschichte der Atomkraft ist eng mit dem militärischen Bereich verknüpft. Die sogenannte zivile Nutzung ist ein späteres Nebenprodukt aus der Atombombenforschung. Aus militärischem Interesse befinden sich in den klassischen Atombombenstaaten deshalb auch die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA), in denen Plutonium abgetrennt wird.

Und kein Kontinent bleibt von den global operierenden Atomfetischisten verschont. Am Anfang der Kette steht der Uranabbau, überwiegend auf den Gebieten entrechteter indigener Völker. Um an das in den Atommeilern spaltbare Uran 235 zu gelangen, werden riesige Mengen uranhaltiges Erz abgebaut. Die AKW's Krümmel und Brunsbüttel verschlingen beispielsweise ca. 44t Uran im Jahr, entsprechend etwa 550t Natururan. Dazu werden je nach Urangehalt zwischen 30.000 bis 1.200.000t uranhaltiges Erz abgebaut. Die gigantischen Abraumhalden verseuchen durch Erosion, Regen, Wind und Staub, zusammen mit dem nächsten Schritt vor der Brennelementfertigung, der yellow cake-Produktion, ganze Landstriche. Die traditionellen und unabhängigen Überlebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung, wie Ackerbau, Jagd oder Fischfang, sind vergiftet. Wer sich hier für den Erhalt der Atomkraftnutzung stark macht, ist global für Menschenrechtsverletzungen und Gesundheitsgefährdung »in der Ferne« mitverantwortlich.

Schon aufgrund ihrer enormen Gefährlichkeit provoziert die Atomwirtschaft wie keine zweite eine polizeiliche und militärische Absicherung. Gleichzeitig hinterlässt sie ihr strahlendes Erbe mit todbringenden Folgen der Nachwelt. Die derzeitige Forderung der Wissenschaft für die Endlagerung ist ein weltweit nicht zu erbringender Sicherheitsnachweis über 1 Million Jahre. Ein unvorstellbarer Zeitraum, voller geologischer Umbrüche, Eiszeiten und diverser anderer Unwägbarkeiten.

Heute geht es den Atomstromern ausschließlich um gigantische Geldsummen. Und selbst an der Entsorgungsmisere lässt sich verdienen: Die deutschen Atommüller haben steuerfrei über 35 Milliarden Euro Rückstellungen für zukünftige Entsorgungskosten aufgehaldet. Ein gigantisches Vermögen, ein gigantisches Machtmittel. Schamlos kaufen sie sich mit den Müllmilliarden in neue monopolartige Stellungen, wie die Wasserwirtschaft oder Verpackungsindustrie ein.

Wie unvereinbar Atomenergie mit einem demokratisch organisierten Gemeinwesen ist, zeigt sich auch deutlichst am immer noch existenten EURATOM-Vertrag. In diesem haben sich seit der EU-Gründung 1958 die Mitgliedsstaaten gemeinsam verpflichtet, die Atomwirtschaft milliardenschwer finanziell zu fördern. Obwohl eine Mehrheit der EU-Bürger gegen die Atomenergie ist und 7 der alten 15 EU-Staaten überhaupt keine Atomkraftwerke haben und weitere vier langfristig aus der Atomenergie aussteigen möchten, bleibt der Vertrag als Bestandteil in der neuen EU-Verfassung erhalten. Zusätzlich wirkt sich dabei die bereitwillige einseitige Förderung zu Lasten umweltschonender regenerativer Energieträger aus.

Der politische Wechsel in Deutschland hat in der EURATOM-Debatte und der allgemeinen Atomproblematik wenig verändert. Eher im Gegenteil, zum ersten mal haben die AKW's eine im »Atomkonsensvertrag« abgesicherte Laufzeitgarantie. Gefeiert werden Stillegungen, die nicht politisch verursacht, sondern aus betriebswirtschaftlichen Gründen der Betreiber stattfinden. Und es gibt neue Atomanlagen! Der FRM 2 in Garching bei München hat unter rotgrün den Betrieb aufgenommen. Die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau erhält eine Kapazitätserweiterung. Während weltweit die militärische Brisanz von UAA's immer mehr als bedrohlich erkannt wird, und dem Iran sogar offen wegen dessen UAA gedroht wird, gibt es keine Debatten über die Urananreicherung und den »Atomausstiegsbeschluss«. Im Gegenteil: Die deutsche Politik lässt zu, dass zukünftig noch mehr AKWs in aller Welt mit Uran aus Gronau versorgt werden.

Die Anti-Atom-Bewegung als soziale Bewegung ist ein wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen die Globalisierung. Gorleben beispielsweise, als sozialer Ort im Widerstand, bietet Visionen und kommunikativen Platz für ein Umdenken. Der Widerstand wird von der Oma bis zum Enkel in einer fantasievollen bunten Mischung mitgetragen. Der inzwischen 27jährige kontinuierliche Kampf für ein gemeinsames Ziel führt die unterschiedlichsten Menschen zusammen und ermöglicht darüber hinaus einen Austausch über viele andere Missstände.

Die gemeinsame Erfahrung der Kriminalisierung und Entrechtung schweißt zusammen. Die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, freie wahrnehmbare Meinungsäußerung und informationelle Selbstbestimmung werden regelmäßig mit Polizeistiefeln getreten. Demonstrationsverbotszonen von 70km Länge und zwischen 100m bis 500m Breite werden regelmäßig gegen die Proteste der Bevölkerung verhängt. Gorleben hat bislang die neun größten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte erlebt. Eines unserer Mobilisierungsflugblätter titelte, *»egal ob Genua, Göteborg oder Gorleben – Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten! Denke global, handle lokal«*.

Der nächste Aufmarsch beim Castortransport nach Gorleben wird wohl im November zu erleben sein. Herzlich willkommen zur Besichtigung des real existierenden Atomstaats! Aber vorher sehen wir uns beim Castortransport von Dresden nach Ahaus, an der Urananreicherungsanlage in Gronau, beim WAA-Transport nach Frankreich oder beim Sozialforum in Erfurt und warum auch nicht im darauffolgenden Jahr auf einem 2. Sozialforum hier bei uns im Wendland?●

Weitere Infos:
www.bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-ahaus.de
www.aku-gronau.de
www.castor.de

Anzeige

Taler Taler
du musst wandern
von der einen Hand
zur andern
das ist schön
das ist schön
die Opfer muss man
ja nicht sehn.

Die Herstellung einer Mine kostet 3 Euro. Die Räumung bis zu 1000 Euro. 40 % der jährlichen Minenopfer sind Kinder unter 15 Jahren.

medico international
Spendenkonto
Frankfurter Sparkasse
Konto-Nr. 1800
BLZ 500 502 01
www.medico.de
T +49 (0)69 94438-0

Bedingungsloses Grundeinkommen

Sozialforum

Plädoyer für eine Alternative zur herrschenden Politik

Ein Existenzgeld wurde in dieser Zeitung schon oft gefordert. In einer Gesellschaft ohne ausreichende Erwerbsarbeit muss anstelle der aufgeblähten Armutsverwaltung eine unbürokratische ausreichende Sicherung treten. Dem Themenkomplex 1 (Arbeitswelt und Menschenwürde) auf dem 1. Sozialforum in Deutschland nähern wir uns deshalb mit einem Beitrag des Netzwerks Grundeinkommen.

Ronald Blaschke, Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen ● Was meint das, Bedingungsloses Grundeinkommen? Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist ein

- jedem Menschen zustehendes,
- individuell garantiertes,
- ohne Prüfung von Einkommen und Vermögen und
- ohne eine Arbeits- oder Tätigkeitsverpflichtung gezahltes,
- existenzsicherndes Einkommen.

Unter Existenzsicherung wird die ausreichende materielle Existenzsicherung und die Möglichkeit der Teilhabe an der Gesellschaft verstanden. Um Existenzsicherung monetär zu beziffern, werden z. B. die Grenze der relativen Einkommensarmut oder ein Warenkorbmodell herangezogen. Beide Ansätze beziffern die Höhe eines existenzsichernden Grundeinkommens für Deutschland derzeit zwischen 800 und 1.000 Euro (ohne pauschale Anteile für Sozialversicherung, ansonsten ca. 200 Euro höher).

Es können zwei Formen des Bedingungslosen Grundeinkommens unterschieden werden: die ex ante ausgezahlte Sozialdividende und die ex post, also nach einer sofortigen Gegenrechnung mit versteuerbarem Einkommen gezahlte Negative Einkommensteuer.

Vergleiche

Um ein Bedingungsloses Grundeinkommen von einer Grund- oder Mindestsicherung zu unterscheiden, bietet sich der Vergleich mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II, Hartz IV) an: Das Alg II ist für Bedürftige, also nicht für alle Menschen. Es wird nicht individuell garantiert, sondern einer Bedarfsgemeinschaft zugesprochen. Die Auszahlung erfolgt nur nach vorheriger Einkommen- und Vermögensüberprüfung der Bedarfsgemeinschaft. Der Anspruch auf Alg II ist mit einer Arbeitsverpflichtung und einem menschenrechts- sowie grundgesetzwidrigen Arbeitszwang verbunden. Das Alg II liegt ca. 300 Euro unter der Grenze der relativen Einkommensarmut.

Die zum Alg II alternativen Grundsicherungs- und Mindestsicherungsvorschläge in Deutschland unterscheiden sich ebenfalls in den genannten Punkten vom Grundeinkommen. Punktuelle Annäherungen an das Grundeinkommen sind möglich.

Grund-/Mindestsicherungen sind mit einer hohen (Arbeits-)marktabhängigkeit und Abhängigkeit der Menschen von staatlicher Bürokratie verbunden. Im Gegensatz zur neoliberalen Rhetorik (schlanker Staat) werden staatliche Bürokratien und Kontrollapparate mit Grund- und Mindestsicherungen in der Regel aufgebläht, wie jüngst bei dem Alg II. Grundeinkommen dagegen bedeuten Abbau von Bürokratie und staatlicher Kontrolle über Menschen.

Angst vor sozialem Absturz lähmt

Weil die Menschen mit einem Grundeinkommen als Bürger befördert werden, kann staatliches Handeln durch bürgerschaftlich-politisches Engagement ergänzt bzw. teilweise ersetzt werden: Die Bürger sind frei von Existenznöten, können ihre Erwerbsarbeitszeit verkürzen – haben also die materiellen und Zeitressourcen für das Engagement.

Grund-/Mindestsicherungen befördern im Gegensatz zum Bedingungslosen Grundeinkommen keine individuellen Arbeitszeitverkürzungen. Im Falle des Alg II wird sogar eine Arbeitszeitverlängerung befördert. Die Angst vor dem sozialen Absturz in die Arbeitslosigkeit lähmt nicht nur das bürgerschaftlich-politische Engagement der bürgerlichen Mitte, befördert nicht nur rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft, sondern macht den Arbeitnehmer auch erpressbarer bezüglich der Forderungen der Unternehmer bzw. Aktionäre. Das ist der Hintergrund der aktuellen Lohn- und Urlaubsverzichte sowie Arbeitszeitverlängerungen. Das Bedingungslose Grundeinkommen dagegen befördert individuelle Arbeitszeitverkürzungen, besitzt einen starken Mindestlohneffekt, bestärkt die Verhandlungsmacht der Arbeitskraftanbieter gegenüber den Unternehmern und Aktionären. Gleichzeitig ist die Motivation und Einsatzbereitschaft der Arbeitnehmer in der Arbeitswelt erhöht. Ist doch der Arbeitsplatz, die Arbeitsaufgabe freier wählbar mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen im Rücken. Das Recht auf Arbeit, was laut Menschenrechten ein Recht auf eine frei gewählte Arbeit ist, wird durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen erst ermöglicht.

Das Bedingungslose Grundeinkommen stärkt und pluralisiert auch das Unternehmertum. Unternehmer im alternativökonomischen und non-profit-Bereich sind durch ein Grundeinkommen geschützter vor den Zumutungen und Zwängen des erbarmungslosen, globalisierten Konkurrenzkampfes und Profitstrebens.

Ein Grundeinkommen ermöglicht die eigenverantwortliche und multiaktive Lebensführung der Menschen – die arbeitsgesellschaftliche Fixierung auf die zunehmend brüchig werdende Erwerbs-/Lohnarbeit wird aufgehoben. Ein Grundeinkommen ist auch Voraussetzung der bitter nötigen Entschleunigung. Muße, Innehalten und öffentlicher Diskurs sind Gebote der Stunde – um das Warum und das Wie unseres Tuns und gesellschaftlicher Prozesse auf dem gefährdeten Planeten neu zu bestimmen.

Die politische Durchsetzbarkeit einer wirklichen Reform der Sicherungssysteme ist entscheidend davon abhängig, wie viel und in welchem Maße verschiedene Bevölkerungs- und Interessengruppen von dieser Reform profitieren würden. Genannte Beispiele verweisen darauf, dass viele Bevölkerungs- und Interessensgruppen mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen gewinnen. Grund- und Mindestsicherungen haben nicht einen solchen gruppenübergreifenden Effekt.

Tätigsein in Freiheit

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen wird sicher keine konfliktfreie Gesellschaft schaffen – aber es ermöglicht allen Menschen ein Tätigsein in Freiheit von existenzieller Not, von staatlicher Bevormundung und von den Einschränkungen durch den (Arbeits-)Markt. Das ist schon sehr, sehr viel.

Die Notwendigkeit eines Bedingungslosen Grundeinkommens ergibt sich aus der schon lange bestehenden Unfähigkeit des (Arbeits-)Marktes ausreichende Einkommen und gemeinwohlförderliche und ökologisch verträgliche Tätigkeiten zu ermöglichen. Die seit Jahrzehnten erfolgenden Beschwörungen von Wirtschaftswachstum und -innovationen verschleiern diese Unfähigkeit nur. Einher geht die benannte Unfähigkeit des (Arbeits-)Marktes mit dem Ausbau des repressiven, lohnarbeitszentrierten Sozialstaates (Verschärfung des menschenrechts- und grundgesetzwidrigen Arbeitszwanges, Verschärfung der familiären, geschlechterspezifischen und staatlichen Abhängigkeiten). Je weniger existenzsichernde Erwerbsarbeit zu verteilen ist, um so mehr wird mit Faulheits- und Aktivierungsdebatten und entsprechenden Politiken einer Ausweitung der Armut, der Armutsarbeit und damit einer Spaltung der Gesellschaft ideologisch der Weg geebnet.

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen gründet sich auf eine superreiche und hochproduktive Gesellschaft. Die Produktivität verlagert sich zunehmend in die Köpfe der Menschen und in die Mensch-Technik-Organisations-Netzwerke. Wissen, Kompetenz und Fähigkeiten bilden sich aber jenseits der Erwerbsarbeit. In der modernen High-Tech-Produktion ist es immer weniger möglich Wertschöpfung einer individuellen »Leistung« zuzuordnen. Alle greifen verstärkt auf das in Verfahren und Technologien gespeicherte Wissen vergangener Generationen sowie auf Netzwerk-Kooperation zurück.

Mit all diesen Argumenten lässt sich eine Entkopplung von individueller Arbeit und individuellen Einkommen – in Form eines Bedingungslosen Grundeinkommens – begründen.

Ost-Pendlerinnen, unterwegs zum Matsushita-Werk in Lüneburg — Foto: H. Schwarzbach/argus

Recht auf Existenzsicherung

Aber auch menschenrechtlich lässt sich ein Bedingungsloses Grundeinkommen begründen: Jeder Mensch hat unabhängig von seinem »Nutzen« für die Gesellschaft das Recht auf eine Existenzsicherung und auf die Teilhabe an der Gesellschaft. Erich Fromm beschrieb dies so: *»Das garantierte Einkommen würde nicht nur aus dem Schlagwort 'Freiheit' eine Realität machen, es würde auch ein tief in der religiösen und humanistischen Tradition des Westens verwurzeltes Prinzip bestätigen, dass der Mensch unter allen Umständen das Recht hat zu leben. Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft 'von Nutzen ist.'«*

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist Grundlage einer Gesellschaft, die der Würde und Freiheit aller Menschen verpflichtet ist. Dazu gehört, dass das Grundeinkommen keineswegs ein Modell nur für die reichen Länder in Europa und Amerika sein soll. Das Basic Income Earth Network (BIEN, www.basicincome.org) sowie die globalisierungskritischen und entwicklungspolitischen Netzwerke diskutieren, wie und in welcher Form das Grundeinkommen als globales Modell möglich ist – natürlich unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und kultureller Besonderheiten.

In dem im Juli 2004 gegründeten deutschen Netzwerk Grundeinkommen (www.grundeinkommen.de) wirken Mitglieder verschiedener Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen und verschiedener Arbeitnehmerorganisationen, Mitglieder von attac, WissenschaftlerInnen und Pioniere des Grundeinkommens aus verschiedenen Initiativen und Parteien zusammen.

Vom 07. bis 09. Oktober 2005 wird es in Wien einen Kongress zum Bedingungslosen Grundeinkommen geben – gemeinsam veranstaltet von attac Österreich und Deutschland, dem österreichischen und deutschen Netzwerk Grundeinkommen (www.grundeinkommen2005.org).

Verschiedene deutsche Bundesjugendorganisationen bereiten einen Jugendkongress zum Wandel der Arbeitswelt und zum Grundeinkommen vor (17. bis 19. März 2006).●

Literatur/Internetseiten zum Grundeinkommen

Ronald Blaschke: Garantiertes Grundeinkommen. Entwürfe und Begründungen aus den letzten 20 Jahren, Frage- und Problemstellungen, www.labournet.de/diskussion/ arbeit/existenz/blaschke/pdf

Ronald Blaschke: Garantierte Mindesteinkommen. Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich. Dresden/Meißen 2005, auch unter www.archiv-grundeinkommen.de

Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Berlin 2005

www.grundeinkommen.de,
www.archiv-grundeinkommen.de,
www.grundeinkomen.at,
www.labournet.de/arbeit/existenz/index.html,
www.freiheitstattvollbeschäftigung.de,
www.existenzgeld.de,
www.basicincome.org,
www.attac.de/genug-fuer-alle/seiten/grund.php,
www.attac.at/visionattac.html

WIRTSCHAFTLICHE SELBSTHILFE

Über die Notwendigkeit solidarischen Wirtschaftens

In ungezügeltem Reformrausch wird Deutschland einem Strukturanpassungsprogramm unterworfen, mit weitgehender Abschaffung sozialstaatlicher Strukturen und Regelungen. Die Sachzwanglogik von Standortsicherung und Sparzwang bedroht die Lebensqualität eines großen Teils der BürgerInnen dieses Landes. Mit der Privatisierung staatlicher Infrastrukturen wird politische Gestaltungsmacht aufgegeben, den Zugang zu Leistungen der Daseinsfürsorge regeln zukünftig die Marktgesetze von Angebot und Nachfrage. Unter dem Label »Hartz IV« erfolgt ein Frontalangriff auf die Lebenssituation aller Menschen, die darauf angewiesen sind, von ihrer Arbeitskraft zu leben.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Wir erleben heute in Deutschland die Anfänge dessen, was den Ländern der sog. Dritten Welt in der Vergangenheit von IWF (Internationalem Währungsfonds) und Weltbank aufgezwungen wurde. Und was dort zu massiver Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und wirtschaftlicher Strukturen führte. Gemeinsam mit den herrschenden Klassen dieser Länder plünderten internationale Konzerne die Staatskassen und stürzten Millionen Menschen in Elend und Hunger. Dagegen wirkt das, was hierzulande passiert, noch harmlos. Aber die Zugriffsformen ähneln sich, und ein Ende der Reformen ist nicht absehbar.

Nach der Wende konnten wir die Ausgrenzung von Menschen nichtdeutscher Herkunft erleben, vollzogen durch rassistische Flüchtlingspolitik, ausländerfeindliche Gewalttaten und Pogrome. Jetzt werden die Feindbilder erweitert. Seit einigen Jahren betreibt Bundeskanzler Schröder Mobbing gegen die Bevölkerung, so im März 2001 mit der Faulenzerdebatte, letztes Jahr mit dem Vorwurf der Mitnahme-Mentalität. Eine Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 08.04.05 verkündet: »Vorfahrt für Vermittlung! In Deutschland kann und muss sich jetzt eine neue Kultur der Vermittlung in Arbeit entwickeln.« Es bleibt der Fantasie überlassen, sich die Formen von Gewalt vorzustellen, mit denen Erwerbslose nun in nicht vorhandene Arbeitsplätze vermittelt werden sollen.

Protest regt sich nur noch spärlich, ein Großteil der Menschen scheint resigniert. Die Ideologie der persönlichen Schuld an der eigenen Situation scheint zu greifen. Kein selbstbewusst-kämpferisches Aufbegehren der Marginalisierten, wie wir es aus anderen Ländern kennen. Nur kleine Gruppen, die mit Engagement und Kreativität Protestaktionen durchführen, immerhin. Aber wenn diese AktivistInnen sozialer Bewegungen nach Hause gehen, sind sie allein mit der Frage nach ihrer materiellen Existenzsicherung. Die politischen Aktionen werden kollektiv geteilt, aber die Armut mit all ihren Folgen muss individuell bewältigt werden.

Das war in wirtschaftlichen Krisenzeiten der Vergangenheit anders. Vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik entstanden Konsum- und Wohnungsgenossenschaften, die ArbeiterInnen legten ihr Geld zusammen in genossenschaftlichen Sparvereinen. Diese demokratischen Unternehmen im gemeinsamen Besitz waren getragen von Klassenbewusstsein und Solidarität.

Forsetzung nächste Seite

FRAUENRAUM

Sozialforum

Reichtum vererbt sich – Armut auch

– Die Notwendigkeit für ein SozialForum in Deutschland aus feministischer Sicht

Die Klassen- oder Schichtunterschiede haben sich in den letzten Jahrzehnten auch oder gerade in der reichen Bundesrepublik Deutschland zunehmend verschärft. Freilich laufen sie nicht mehr entlang der traditionellen Linien. Die Proteste gegen den Paradigmenwechsel der Bundesrepublik in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik scheinen dennoch abgeflacht zu sein. Diejenigen, die noch am 3.4.2004 lautstark riefen: »Aufsteh'n, damit es endlich besser wird«, scheinen sitzen zu bleiben. Und nicht nur sie. Auch die vielen hoffnungsvollen Bündnisse zwischen GewerkschafterInnen und AktivistInnen der außerparlamentarischen sozialen Bewegungen scheinen im Sande verlaufen zu sein.

Von Gisela Notz ● Die zahlreichen Aktionen des Spätsommers 2004 haben es dennoch gezeigt: Viele Menschen wünschen sich eine sozialere und gerechtere Politik, doch sie haben Zweifel daran, wie es anders und besser werden soll und welche Akteure diese Politik umsetzen wollen. Mit Demonstrationen und Resolutionen alleine ist eine Zurücknahme des sozialen Kahlschlags ohnehin nicht zu erreichen. Was fehlt, ist eine Vision davon, wie die andere Welt, von deren Möglichkeit zunehmend mehr Menschen überzeugt sind, aussehen soll. Es wird also höchste Zeit ein SozialForum in Deutschland zu veranstalten. Eines der Ziele des Forums soll es sein, die Zersplitterung der Linken und der sozialen Bewegungen zu überwinden. Soziale Ungleichheit hat immer auch ein geschlechtsspezifisches Gesicht. Soll eine Verstetigung der Widerstandsarbeit erreicht werden, wird man diese Facette nicht weiter unter den Teppich kehren können. Ob ein separater »Frauenraum« genügen wird, muss sich zeigen.

Schaut man sich den neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an, so wird der Zusammenhang zwischen Klasse, ethnischer Herkunft und Geschlecht nach wie vor deutlich.

Warum ist Armut (oft) weiblich?

Binnen fünf Jahren ist die Armutsrisikoquote in der BRD von 12,1% (1998) auf 13,5% (2003) gestiegen. Die geschlechtsspezifische Differenzierung ergibt eine Risikoquote von 14,4% für Frauen und von 12,6% für Männer. Von der Einkommensarmut sind in erster Linie Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Erwerbslose betroffen. Frauen sind unter diesen Gruppen nicht nur überproportional anzutreffen, sondern sie sind es auch, die meist mit dem wenigen Geld wirtschaften müssen.

Hinter den statistischen Zahlen über das Ausmaß der Armut stehen viele Einzelschicksale. Die Diskriminierung von Frauen beginnt früh und endet im Alter nicht. Der gegenwärtige Abbau von sozialen Leistungen trifft Frauen in Ost und West besonders hart. Die Verknappung von existenzsichernden Arbeitsplätzen und die Tatsache, dass Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik an einem Familienmodell orientiert sind, das für Männer die »Haupternährerrolle« und für Frauen die Rolle der »Zuverdienerin« vorsieht, verdrängt Frauen aus dem regulären Arbeitsmarkt in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Egal, wie Frauen leben: Von der Möglichkeit, sich eigenständig zu ernähren, sind viele ausgeschlossen. 70% der Armen sind Frauen – weltweit.

Die Armut der Frauen hat auch in der reichen Bundesrepublik viele Gesichter: Frauen werden arm, weil ihnen der Zugang zu Bildung und Ausbildung versperrt wird. Obwohl junge Frauen gleich gute und bessere Schulabschlüsse als Jungen haben, sind zwei Drittel aller Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, Mädchen. Auch wenn Erwerbslosigkeit nicht grundsätzlich mit Bildungsdefiziten verknüpft ist, sind die »geringqualifizierten« Frauen besonders betroffen. In den neuen Bundesländern ist die Erwerbslosenquote der Frauen ohne Berufsausbildung mehr als doppelt so hoch, als die der Männer ohne Ausbildung. Für Frauen weist auch die Jugendarbeitslosenquote generell deutlich ungünstigere Werte auf. Nicht erst bei der »Berufswahl« werden sie auf die »Alternativrolle« in der Familie oder auf Ausbildungsplätze in der Hauswirtschaft hingewiesen.

Frauen werden arm, weil sie erwerbslos sind

In der BRD waren im Januar 2005 über 5 Millionen Erwerbslose registriert. Rechnet man die Dunkelziffer dazu, so fehlen fast 9 Mio. Erwerbsarbeitsplätze. Erwerbslose sind es aber, die nach dem 2. Armutsbericht ein wesentlich höheres Einkommensrisiko (40,9%) gegenüber ArbeitnehmerInnen (7,1%) haben. Besonders in den neuen Ländern sind Frauen wesentlich stärker von Erwerbs- und Langzeiterwerbslosigkeit betroffen als Männer. Nach Inkrafttreten des ALG II werden noch mehr Frauen arm und abhängig von (Ehe)Partnern.

Frauen werden arm, weil sie unbezahlte Arbeit leisten

Frauen, die in der Familie hilfsbedürftige Menschen versorgen und pflegen, erhalten keinen Lohn, sieht man von völlig unzureichenden und für Männer unattraktiven »Löhnen« wie Erziehungsgeld und Pflegegeld ab.

Fast alle Mütter nehmen zumindest einen Teil der dreijährigen Elternzeit, obwohl sie von 307 Euro Erziehungsgeld, das nur für zwei Jahre gezahlt wird und abhängig vom Einkommen des Ehemannes ist, nicht leben können. »Elternzeit« ist nach wie vor »Frauenzeit«. Sie macht Frauen arm und abhängig vom (Ehe)mann, bzw. vom Staat und bürdet ihnen Einschränkungen in der beruflichen und rentenbezogenen Biografie auf.

Foto: Rolf Zöller

Auch die Übernahme von Pflegeleistungen erweist sich als Armutsfalle. Das Ausmaß der Pflege, die zu Hause geleistet wird, übersteigt mit rund 70% bei Weitem das Ausmaß der Pflege, die in Heimen geleistet werden. 80% aller pflegenden Angehörigen sind Töchter, Schwiegertöchter, Ehefrauen, Mütter und Freundinnen.

Ganz ohne Lohn arbeiten auch Frauen, »ehrenamtlich« in der sozialen Arbeit und im Gesundheits- und Kulturbereich.

Frauen werden arm, weil sie in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten

Der Zuwachs an Frauenarbeitsplätzen in den letzten Monaten ist fast ausschließlich auf (nicht existenzsichernde) Teilzeitarbeit, 1-Euro-Jobs, Mini-Jobs und Ich-AGs zurückzuführen. Um Haus- und Sorgearbeiten und Berufsarbeit zu vereinbaren, weil Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen oder weil ihnen kein »ganzer« Arbeitsplatz angeboten wird, nehmen Frauen diese Arbeitsverhältnisse. Armut – spätestens dann, wenn der »Haupternährer« wegfällt, ist die Folge.

Durch das Inkrafttreten der Hartz-Gesetze wird ein weiterer Ausbau prekärer Beschäftigung verbunden mit einer Ausweitung des Niedriglohnsektors und einer Aushebelung des Kündigungsschutzes möglich.

Frauen werden arm, obwohl sie »Unternehmergeist« entwickeln

Viele »selbständige« Frauen sind jetzt und im Alter arm, weil sie kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften. Frauenbetriebe arbeiten meist mit geringem Kapitaleinsatz und Jahresumsatz, weit überwiegend im Dienstleistungsbereich und im Handel. Mit der Einführung der »Ich-AGs« sollen erwerbslose Frauen, ihre Beschäftigungs- und Versorgungsperspektiven eigenständig regeln. Verstärkt gilt das für die »mithelfenden Familienangehörigen«, die durch die Familien-AG rekon-

Fortsetzung auf Seite 10

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Selbstverwaltete Betriebe

Die westdeutschen Kollektivbetriebe der 1970/80er Jahre entsprangen dem Wunsch, dem als schlecht erkannten Bestehenden etwas Eigenes, Besseres entgegen zu setzen. Als Alternative zur Ausbeutung in entfremdeten Arbeitszusammenhängen entstanden selbstverwaltete Unternehmen im gemeinsamen Besitz. Beeinflusst durch Ökologie- und Eine-Welt-Bewegung wurden die Auswirkungen auf die Umwelt und die Herkunft der Rohstoffe hinterfragt, ebenso wie die Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen in den Herkunftsländern. Lange bevor Nachhaltigkeit zu einem oft zwar unterbelichteten, aber halbherzig akzeptierten Thema in der Politik wurde, war deren zentrale Forderung nach Gerechtigkeit – zwischen den Menschen in den Metropolen und denen in den Peripherien, zwischen den Geschlechtern, zwischen heutigen und zukünftigen Generationen – Triebfeder der AktivistInnen in sozialen, alternativen Bewegungen.

Mit dem aktuellen Abbau des Sozialstaats verschärft sich für die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen die Notwendigkeit, ihre materiellen Lebensgrundlagen in die eigenen Hände zu nehmen. Statt als Ich-AG allein zu kämpfen, bietet sich die Kooperation mit anderen an, um z.B. Werbung oder Einkauf gemeinsam zu organisieren. Oder es wird ein gemeinsames Unternehmen gegründet, wenn ein aussichtsreicher Markt gefunden werden kann. Zur Deckung des täglichen Bedarfs in Selbstverwaltung eignen sich Konsumgenossenschaften und Tauschringe. Am nächsten an der Utopie einer Welt ohne Geld scheinen Projekte einer Gratisökonomie wie z.B. Linux oder Umsonstläden, jedoch sind deren AktivistInnen auf monetäres Einkommen außerhalb ihres Projekts angewiesen. Weitere Möglichkeiten sind z.B. die Privatisierung bisher staatlicher Infrastruktureinrichtungen in die Hände der NutzerInnen, anstatt sie auf dem Weltmarkt zu verschleudern. Genossenschaftliche Kinderbetreuungseinrichtungen, lokale Wasserversorgung oder Projekte gemeinschaftlichen Wohnens im Alter bieten Gestaltungsmöglichkeiten unter dem Aspekt des Nutzens statt des Profits.

Diese Vielfalt der Formen wirtschaftlicher Selbsthilfe stellt einen Reichtum dar, der sich tendenziell der Beherrschbarkeit und kapitalistischen Verwertung entzieht, weil er auf dem sozialen Zusammenhalt der AkteurInnen basiert. Es ist ein Reichtum der nicht käuflich ist, sondern dann entsteht, wenn Menschen sich aus der Vereinzelung in die Solidarität, ins gemeinsame Tun begeben. Wenn sie sich in ihrem Lebensumfeld zusammenschließen und ihr Arbeitsvermögen einsetzen für das, was sie selbst als notwendig erachten. Damit haben diese Menschen eine Chance, sich gemeinsam ein Stück Lebensqualität und Selbstbestimmung zu erobern.

In etlichen Ländern Europas existieren bereits sozialwirtschaftliche Sektoren, so z.B. in Italien oder Frankreich, die seitens der Regierungen anerkannt und unterstützt werden. In Lateinamerika entwickelt sich ein breiter Genossenschaftssektor, und in etlichen Ländern Asien und Afrikas schließen sich KleinstunternehmerInnen zu Kooperativen zusammen.

Keimformen soldarischer Wirtschaft

Solche genossenschaftlichen Betriebe und Projekte wirtschaftlicher Selbsthilfe können als Keimformen nachhaltigen, solidarischen Wirtschaftens Mut machen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken. Anders leben ist möglich, schon heute, und die Sozialforen sind eine gute Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über diese Praxis und zur gegenseitigen Unterstützung.

Leider hatte ich weder Zeit noch Geld in Porto Alegre dabei zu sein. Aber was ich hinterher lesen konnte, macht mir Mut. So schreibt Elmar Altvater: »Ein Thema wird die Linke in den nächsten Jahren mehr denn je beschäftigen müssen: die »solidarische Ökonomie«. Dazu gehören Genossenschaften im ländlichen Raum wie in Brasilien, demnächst möglicherweise in Venezuela, das fundamentale Recht auf angemessenen Wohnraum, die Vergabe von Mikrokrediten für soziale Projekte, Sinn oder Unsinn von Tauschringen..... Die solidarische Ökonomie erweist sich daher als Alternative zur globalen Konkurrenzökonomie.« (1)

Schon vor einem Jahr veröffentlichte CONTRASTE ein Interview mit dem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Michael Albert (2), der mit Parecon ein Modell für eine weltweite partizipative Ökonomie zur Diskussion stellt. Es ist getragen von den vier Säulen: ProduzentInnen- und KonsumentInnenräte, Entlohnung nach der Schwere der verrichteten Arbeit, gerechte Verteilung angenehmer und unangenehmer Arbeiten zwischen den Menschen, und partizipative Planung einer bedarfsorientierten Produktion als Alternative zu Markt- oder Planwirtschaft.

Orientierung auf Selbsthilfe

Die Notwendigkeit einer anderen, solidarischen Ökonomie scheint auch in Deutschland langsam mehr zu werden als ein Nischenthema – dem sich ja diese Zeitung nun schon seit über 20 Jahren widmet! Zum Beispiel veröffentlichte die angesehene Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftler/-innen Ende letzten Jahres die Imshäuser Erklärung »Wege in eine andere Ökonomie« (3). Selbst die Berliner rot-rote Landesregierung in Berlin formulierte in ihrer Koalitionsvereinbarung 2001 die Absicht, Produktiv- und Stadtteilgenossenschaften fördern zu wollen, und der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg unterstützt Genossenschaftsgründungen ausdrücklich. Das EU-geförderte Projekt innova – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften (4) hat innerhalb von drei Jahren eine Reihe genossenschaftlicher Modellprojekte in Gang gebracht, die Berliner Stadtteilgenossenschaft Schöneberg (5) steht kurz vor der Gründung. Vielleicht ist es noch zu früh, von einer neuen Genossenschaftsbewegung zu sprechen, aber das Interesse an wirtschaftlicher Selbsthilfe nimmt deutlich zu.

Wichtig ist dabei die Orientierung auf Selbsthilfe, auf die gemeinsamen Möglichkeiten und das gemeinsame Tun. Selbsthilfe in diesem Sinne hat nichts zu tun mit der Forderung, es müsse »ein Ruck durch Deutschland gehen«. Ich sehe die Achillesferse des Genossenschaftsgedankens heute in seiner Vereinnahmbarkeit durch neoliberales Gedankengut. Wenn Menschen in die Armut geschickt werden, ist die Forderung nach Selbstverantwortung und Selbsthilfe nur zynisch. Daher dürfen wir weder den Staat aus der Verantwortung entlassen, noch uns die Gewerkschaften als einzige Klassenorganisation nehmen lassen.

Um nicht neoliberal vereinnahmt zu werden, ist es aus meiner Sicht für Projekte wirtschaftlicher Selbsthilfe unabdingbar, sich als Teil einer politischen Strategie gegen Armut und Ausgrenzung zu begreifen, und die eigenen oft kräftezehrenden Vorhaben wenigstens im Kontakt und in gegenseitiger kritischer Reflektion mit politischen Gruppen durchzuführen. Die Sozialforen können ein Ort sein, an dem solche Reflektionen in größerem Rahmen möglich sind.●

1) Elmar Altvater: Steinerne Gäste – Fünftes Weltsozialforum in Porto Allegre, in: Freitag, 04.02.05
2) Ein partizipatives Wirtschaftssystem (aus Poland Watch), CONTRASTE Mai 2004
3) Imshäuser Erklärung im Web: www.sopos.org/aufsaetze/41a53ea3bed32/1.html
4) www.innova-eg.de
5) www.stadtteilgenossenschaft-schoeneberg.de

Rede auf einer Antifa-Demo

Sozialforum

Gegen Krieg, Faschismus und Sozialabbau!

Zur Rolle Deutschlands in der Welt in Zusammenhang mit der Globalisierung beobachten wir besonders kritisch den wachsenden Einfluss der Nazis auf soziale Kämpfe bis zu ihrem Einzug in den sächsischen Landtag. Da braut sich mal wieder etwas im Zentrum Europas zusammen. Einen Einstieg zu diesem Thema bietet folgender Redebeitrag (Schriftversion) einer Würzburger Demo im vergangenen Jahr, indem er Krieg, Faschismus und Sozialabbau in ihrem Zusammenhang analysiert...

von Michael Kraus (ATTAC Würzburg) ●

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

kaum ist das Verbotsverfahren gegen sie eingestellt, geht die NPD mit ihrer rechtsradikalen Propaganda wieder auf die Straße. Heute möchte sie in Würzburg angeblich für den Frieden demonstrieren. Wir wissen jedoch: Nazis stehen nicht für Frieden, sie stehen für Krieg und Faschismus, für Ausbeutung, Massenmord und Vernichtung; nicht zuletzt stehen die Nazis auch für die Beseitigung des Sozialstaats. Und dagegen protestieren wir heute!

Wer das braune Gefahrenpotential in Würzburg realistisch einschätzen möchte, muss über die NPD hinausschauen. Ich möchte daher konkret auf die Ideologie einer der rechtsradikalen Kaderschmieden in Deutschland, auf das rechtsextreme *Deutsche Kolleg* (www.deutsches-kolleg.org) eingehen, deren intellektuelle Köpfe Reinhold Oberlercher und Horst Mahler sind. Der ehemalige RAF-Terrorist Mahler hat die NPD beim Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten.

Der Organisator des Deutschen Kollegs und zugleich wichtigste Kontaktmann zu den zahlreichen rechtsextremen Gruppierungen in Franken, Uwe Meenen, lebt hier in Würzburg. Die faschistischen Artikel des rechtsextremen Schulungszentrums *Deutsches Kolleg* erscheinen unter der Würzburger Postfachadresse des Ex-NPD-Mitglieds Uwe Meenen. Eine bedeutende Größe der Nazis in Deutschland lebt also direkt hier vor Ort.

Welche Ideologie vertritt das NPD-nahe *Deutsche Kolleg*? Trägt sie, wie die Nazis bei ihrer heutigen Demonstration behaupten, zum Frieden bei? Nein, das *Deutsche Kolleg* ist sehr für Krieg und steht in der Tradition der NSDAP. Dies werde ich kurz an einigen Beispielen belegen:

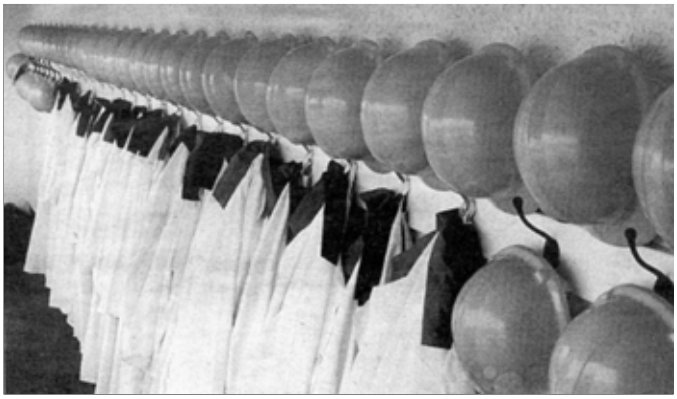
1. Das »Deutsche Kolleg« ist für Krieg

a) Gewalt als Mittel zum Erreichen der eigenen rechtsextremen Ziele ist für die Nazis des *Deutschen Kollegs* selbstverständlich.

So fordert das *Deutsche Kolleg* unter anderem die in einem »Kulturkampf« durchzusetzende Ausweisung aller Ausländer und Juden aus Deutschland, um den »Völkermord am deutschen Volk« zu stoppen. Denn Zuwanderung ist für das *Deutsche Kolleg* »Völkermord«. »Ausländer und Juden raus!« lautet also der altbekannte, sogenannte »Friedenswunsch« der Nazis. Ein sehr deutscher, rassistischer »Friede« soll es sein – ein ewiger »Friede« über den Gräbern.

Auch fordert das rechtsradikale *Deutsche Kolleg* die Abschaffung der Demokratie, die nur die Interessen des »judäo-amerikanischen« Finanzkapitals vertrete, und die Errichtung eines national-sozialistischen Führerstaats. Horst Mahler möchte die »Endlösung der Judenfrage«, so der Titel eines seiner rechtsextremen Aufsätze. Unter diesem Begriff plante Adolf Hitler mit Unterstützung der Deutschen im Zweiten Weltkrieg die Vernichtung aller Juden. Damit ist klar: Horst Mahlers *Deutsches Kolleg* möchte die bürgerlichen und politischen Freiheiten in Deutschland abschaffen und er plant einen neuen Holocaust. Dass zur Durchsetzung dieser faschistischen Ziele Gewalt unabdingbar ist, versteht sich für das *Deutsche Kolleg* von selbst. Wer aber faschistische Ziele mit Gewalt durchsetzen will, vertritt selbstverständlich nicht die Sache des Friedens. Wir stellen uns diesen verbrecherischen Absichten entschieden entgegen!

Die internationale Anti-Kriegs- und Friedensbewegung tritt im Gegenteil dazu für friedliche Konfliktlösung und Abrüstung ein. Während die Nazi-Ideologen des *Deutschen Kollegs* Menschenrechte für »Völkermord« und die parlamentarische Demokratie für jüdische Kapitalherrschaft halten, fordern wir von der Anti-Kriegs-Bewegung Frieden, Menschenrechte und Demokratie für alle Menschen weltweit!



Nazis wollen Massenarbeitslosigkeit zur Machtergreifung nutzen — Foto: Achim Werner

b) Ziel des rechtsextremen *Deutschen Kollegs* ist die Errichtung eines »Vierten Reichs«. Die »verlorenen Ostgebiete« sollen »heim ins Reich« geholt werden. Diese revanchistischen, völkerrechtswidrigen Ziele sind natürlich nur mit Krieg zu erreichen. Um Unterstützung für diese kriegstreiberische Haltung zu bekommen, wird die jüngere deutsche Geschichte auf groteske, nationalsozialistische Weise umgeschrieben:

Das *Deutsche Kolleg* leugnet und verharmlost die Verbrechen des deutschen Faschismus. Die deutschen Angriffskriege von 1914 und insbesondere von 1939 werden als Angriffe auf Deutschland dargestellt. Die Deutschen, in ihrer Mehrzahl Mittäter beim Vernichtungswerk von Zweitem Weltkrieg und Holocaust, werden bei Oberlercher und Mahler zu Opfern der feindlichen Mächte. Mit dieser unglaublichen, faschistischen Umdeutung des deutschen Vernichtungskriegs in einen jüdisch angezettelten, »antideutschen Vernichtungskreuzzug« rechtfertigt das *Deutsche Kolleg* die Kriegspolitik Adolf Hitlers sowie den Holocaust.

Diese Geschichtsverfälschung dient vor allem einem Ziel: Deutschland soll – wie zur Nazi-Zeit ab 1933 – mit Gewalt und Krieg die vorherrschende Macht in Europa und auf der Welt werden. So sieht die sogenannte »Friedenspolitik« des Deutschen Kollegs aus, das ist letztlich die »Friedenspolitik« aller deutschen Nazis einschließlich der NPD. Zu dieser dreisten Geschichtsklitterung und zu diesen verbrecherischen Plänen sagen wir heute hier in Würzburg mit dieser Demonstration entschieden NEIN!

2. Das »Deutsche Kolleg« will Krieg nach außen und innen

Das *Deutsche Kolleg* sieht die Globalisierung (im Nazi-Duktus »Globalismus« genannt) als »judäo-amerikanische« Verschwörung gegen alle Nationen, insbesondere gegen Deutschland. Für Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit machen die Nazi-Ideologen letztlich »die Ostküste« der USA verantwortlich – insbesondere das internationale Finanzkapital, das von »den Juden« dominiert sei. Der »Lösungsvorschlag« der Nazis lautet: Zerschlagung des »Anti-Imperiums der Anti-Nation«, also ein Angriffskrieg gegen die USA und die Vernichtung Israels sowie der Juden. Das ist der »Friede«, den das »*Deutsche Kolleg*« sich wünscht: einen neuen Welt- und Vernichtungskrieg.

Das *Deutsche Kolleg* fordert außerdem staatlichen Arbeitszwang zum Hungerlohn und die Zerschlagung des Sozialstaats:

a) Die Faschisten des *Deutschen Kollegs* planen ein Zwangsarbeitssystem zum Sozialhilfesatz. Dies erinnert fatal an den ausbeuterischen nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienst, mit dem der Deutsche Faschismus den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust vorbereitete, und der nahtlos in das System der Arbeits- und Konzentrationslager überging.

b) Alle staatlichen Sozialleistungen außer der Sozialhilfe werden abgeschafft. Nur »Volksdeutsche« haben überhaupt Anspruch auf Sozialleistungen. Die Rentenversicherung wird gestrichen, Rentner sollen von ihrer Familie ernährt werden (oder mangels Angehöriger sterben, aber das trauen sich die Nazi-Ideologen wohl nicht zu sagen).

Neben dem Krieg nach außen – gegen USA und Israel – wollen die »Vordenker« des Deutschen Kollegs also einen Krieg nach innen entfachen. Denn dass die vorgeschlagenen Maßnahmen einen sozialen Bürgerkrieg in Deutschland auslösen würden, ist voraussehbar. Wie also können die Nazis trotz dieses Kriegs- und Vernichtungsprogramms heute für Frieden eintreten?

Werbe-Bonbons der NPD
Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

3. Rechtsextremen wird von der Politik zugearbeitet

Die Nazis wollen – wie in den 1920er und 1930er Jahren – auch heute die soziale Schieflage und die Massenarbeitslosigkeit zur Machtergreifung in Deutschland nutzen. Sie wollen die (neue) soziale Frage zu einer nationalen Frage umbiegen. Dabei arbeiten ihnen die Bundesregierungen seit 20 Jahren materiell wie ideologisch zu:

a) Materiell, indem zum einen jeder siebte NPD-Führungskader als V-Mann von verschiedenen deutschen Verfassungsschutzbehörden alimentiert wird. (Daran scheiterte letztlich auch vor kurzem das Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.) Zum anderen demontieren schwarz-gelb ebenso wie rot-grün (nicht zu vergessen der brutale Sozialabbau von SPD und PDS im Bundesland Berlin) seit 20 Jahren Stück um Stück das Sozialsystem und betreiben eine Politik, als deren Folge die Arbeitslosigkeit stetig wächst. Wie gefährlich es ist, wenn Jugendliche keine Perspektive haben – momentan fehlen in Deutschland nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit rund 140.000 Ausbildungsplätze! –, wie gefährlich Massenarbeitslosigkeit bei ungenügender sozialer Absicherung werden kann, wissen wir aus der deutschen Geschichte.

b) Aber es wird den Neonazis auch ideologisch zugearbeitet. Die neoliberale Ideologie ist das Leitbild unserer Zeit: Die Ellbogengesellschaft wird zum Vorbild ausgerufen, ein »Kampf« um Arbeitsplätze und Karriere wird beschworen und der Wettbewerb stetig verschärft. Menschen werden als »Humankapital« betrachtet und wer nichts mehr leistet oder keinen Arbeitsplatz hat, ist auch nichts wert. Maßgebliche Vertreter der großen Parteien – ob Union, FDP oder SPD – betreiben Hetze gegen »Faulenzer« und »Drückeberger«, gegen »Asylbetrüger« und »Sozialschmarotzer«. Der bayerische Innenminister Beckstein (CSU) fordert »Wir wollen mehr Ausländer, die uns nützen, statt solche, die uns ausnützen.« Und die rotgrüne Bundesregierung macht aus dieser Forderung ein »Zuwanderungsgesetz«. Wer solches menschenverachtende Gedankengut verbreitet oder in Gesetzform gießt, braucht sich nicht zu wundern, wenn die neoliberale Saat bei Skinheads und Nazis ankommt. Der Sozialdarwinismus wird von ihnen dann praktisch mit Baseballschlägern und anderen Waffen umgesetzt.

Darum sagen wir heute entschieden NEIN zur neoliberalen Ideologie! Die Menschenwürde ist unantastbar. Jeder Mensch hat das Recht auf eine menschenwürdige und angemessene Beschäftigung, jeder Mensch hat Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt und auf demokratische Mitwirkung. Arbeitslose dürfen nicht als Sündenböcke für eine verfehlte neoliberale Politik aufgebaut werden!

Halten wir dem braunen, menschenverachtenden Nationalismus und Rassismus der Nazis, halten wir der neoliberalen Ideologie unsere bunte, demokratische und menschenrechtliche internationale Solidarität entgegen.

Und darum lasst uns gemeinsam kämpfen

· Für weltweite Abrüstung – beginnen wir mit der Zerstörung aller Massenvernichtungswaffen und mit der radikalen Abrüstung der Bundeswehr zur reinen Landesverteidigungsarmee! Wir wollen keine NATO als Weltordnungs- und Kriegsbündnis – die NATO soll ein reines Verteidigungsbündnis sein!

· Gegen Faschismus – Keine Toleranz für die Feinde der Demokratie!

· Gegen Sozialabbau – für mehr Ausbildungs- und Ar-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 9

struiert werden.

Frauen werden arm, weil sie weniger verdienen als Männer

Dort, wo Frauen arbeiten, verdienen selbst auf gut bezahlten Arbeitsplätzen durchschnittlich etwa 25% weniger als Männer. Frauen sind in den unteren Lohngruppen zu finden, arbeiten in Branchen, die Niedriglöhne zahlen (z. B. Textil, Handel, niedrigbewertete Dienstleistungen). Hauptgrund der Diskriminierung ist, dass auch gut ausgebildete Frauen immer noch als »Zuverdienerinnen« angesehen werden. Das trifft auch Frauen, die niemals Ehefrau waren oder werden wollen.

Frauen werden arm, weil sie nicht in einer »Normalfamilie« leben

Ein Abweichen von der »Normalbiographie«, zu der Ehe und festgelegte Geschlechtsrollen gehören, führt oft zu Armut. Eine Umgestaltung des Ehegattensplittings, das vor allem den Tatbestand der Ehe und alleinverdienende Ehemänner subventioniert, steht nicht (mehr) auf der Agenda der Regierungsparteien. Geschiedene und alleinlebende Frauen sind weit eher von Armut betroffen als »Familienfrauen« und haben auch im Alter keine besseren Aussichten. 2,5 Millionen »Eineltern-familien«, 85% sind Mutterfamilien, leben in Deutschland, 26% sind auf Sozialhilfe angewiesen. Der Armutsrisikoquotient beträgt bei Alleinerziehenden 35,4%, während er bei »Normalfamilien« (2 Erwachsene mit Kind/ern) 11,6% beträgt.

Frauen werden arm, weil sie als »Fremde« oder »Andere« angesehen werden

Gemessen an der Erwerbslosenquote in der BRD sind Menschen ausländischer Herkunft nach dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht doppelt so stark von Erwerbslosigkeit und damit auch vom Armutsrisiko betroffen, wie die Gesamtbevölkerung. Arm sind vor allem Migrantinnen, die noch immer kein eigenständiges Aufenthaltsrecht haben. Misshandlungen oder Gründe, die einer Frau die Rückkehr in das Heimatland unmöglich machen, werden oftmals nicht als »Härtefälle« von den Gerichten anerkannt.

Frauen werden arm, weil das Rentensystem an ihrer Lebensrealität vorbeigeht

Die Benachteiligung im Erwerbsleben wird im sozialen Sicherungssystem fortgeschrieben, das sich an der Norm männlicher Erwerbsbiographien orientiert. Das heißt, eine ausreichende Absicherung im Alter, bei Krankheit und Erwerbslosigkeit ist nur bei durchgehender Vollzeiterwerbstätigkeit und bei durchschnittlichem Einkommen gewährleistet. Die ohnehin schon weit verbreiteten Lücken in den »typisch weiblichen« Patchworkbiografien vergrößern sich künftig, weil Frauen, die aus dem Leistungsbezug herausfallen, nur noch von ihren Ehemännern abgeleitete Leistungsansprüche haben. Das ist zu berücksichtigen, wenn der 2. Armuts- und Reichtumsbericht unter dem Stichwort »Generationsgerechtigkeit« weitere Kürzungen bei den RentenerInnen empfiehlt.

Was folgt daraus?

Wenn es beim Sozial-Forum um die Entwicklung von Handlungspotentialen gehen soll, wird auch berücksichtigt werden müssen, dass es in unserem reichen Land nicht allen schlechter geht. Die Reichen können nach dem zitierten Bericht einen weiteren Anstieg ihres Vermögens und Einkommens verzeichnen. Fünf Billionen Euro Nettovermögen haben sie inzwischen angehäuft. Ein Zehntel der Haushalte verfügen über 47 Prozent des Reichtums. Reichtum vererbt sich – Armut ebenso. Wenn Armut vor allem durch Erwerbslosigkeit verursacht wird, so wird eine Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen (bezahlt und unbezahlt geleisteten Arbeit) ebenso notwendig, wie eine Umverteilung des Reichtums. Wenn Armut mit dem Abweichen von der »Normalfamilie« zu tun hat, wird es dringend notwendig, dass alle Lebensformen gleiche Existenzbedingungen genießen. Darüber sollten wir diskutieren.●

WIRTSCHAFTSGERECHTIGKEIT: INTERVIEW MIT ROBIN HAHNEL ZU DESSEN NEUEN BUCH

Eine Wirtschaft der gerechten Kooperation

Seit mehr als 20 Jahren lehrt Robin Hahnel Politikwirtschaft (political economy) an der American University. Gemeinsam mit Michael Albert von ZNet verfasste er 1991 »The Political Economy of Participatory Economics«. Das nachfolgende Interview zum Thema »partizipative Ökonomie« wurde von Znet verfasst (www.zmag.de).

Worum geht es in Ihrem neuesten Buch, »Economic Justice and Democracy: From Competition to Cooperation« (Routledge 2005)? Was will es uns sagen?

Robin Hahnel: In »Economic Justice and Democracy« geht es darum, dass wir Progressiven uns am besten wieder an den Konzeptionstisch setzen sollten. Was ist wirtschaftliche Gerechtigkeit überhaupt, was ist Wirtschaftsdemokratie? Wie können wir für beides kämpfen? Im ersten Teil meines Buches argumentiere ich, Wirtschaftsgerechtigkeit, das sei, wenn man im Verhältnis zu seiner Anstrengung, bzw. zu den erbrachten Opfern, belohnt wird. Wirtschaftsdemokratie sei Entscheidungsmacht proportional zum Grad der eigenen Betroffenheit (von der Entscheidung). In diesem ersten Teil nehme ich verschiedene konkurrierende Konzepte für Wirtschaftsgerechtigkeit genauer unter die Lupe – z.B. das Konzept von Robert Nozick oder das von John Rawls – und setze mich mit unterschiedlichen Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie auseinander, siehe Amartya Sen. Im letzten Kapitel dieses Teils meines Buches setze ich mich zudem mit einer Reihe Mythen auseinander, mit denen sich die Linke im 20. Jahrhundert herumschlug. Es wird Zeit, einen Schritt vorwärts zu machen.

Im zweiten Teil übe ich Systemkritik – sowohl am Kapitalismus als auch am zentralistischen Sozialismus. Ich denke, das wird alle Antikapitalisten interessieren, die über den eigenen kleinen Tellerrand hinausblicken und etwas zu sagen haben. Dieser Teil handelt von den Stärken und Schwächen der Sozialdemokratie und des undogmatischen Sozialismus. Ich biete eine Erklärung an, weshalb Antikapitalisten jeder Couleur – inklusive der demokratischen Sozialisten – am Thema »gerechte Kooperation« scheiterten und es zuließen, dass Habgier und eine wettbewerbsorientierte Wirtschaft das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts dominieren konnten. Nachdem ich Stärken und Schwächen der sozialen Marktwirtschaft und einer gemeindeorientierten (community based) Ökonomie untersucht habe, setze ich mich im dritten Teil mit dem Modell der partizipativen Ökonomie auseinander und entwickle es ausführlich. Ganz konkret wird hier dargelegt, was partizipative Ökonomie zum Umweltschutz beitragen könnte und wie sie am internationalen Handel und der internationalen Investmenttätigkeit teilhaben könnte, ohne ihre Prinzipien zu verraten. Zum Schluss gehe ich ausführlich auf Vorbehalte und wichtige Kritikpunkte ein, die in den letzten 12 Jahren gegen die partizipative Ökonomie geäußert wurden.

Der vierte Teil handelt von einer Ökonomie der »gerechten Kooperation« – im Hier und Jetzt. Wie könnten Kampagnen, die eine Reform der Wirtschaft fordern, eine solche Ökonomie fördern? Wie könnten bestehende Bewegungen eine solche Ökonomie fördern? Wie alternative Experimente, die Kooperation als Wert über kommerzielle Werte stellen? Welche Möglichkeiten bestehen, dass existierende Bewegungen, die für eine Reform der Wirtschaft eintreten, ihre Basis verbreitern? Welche Möglichkeiten gibt es, diese Bewegungen gleichzeitig zu noch tiefgreiferenden Veränderungen zu motivieren? »Economic Justice and Democracy« ist ein Buch, das sich an Progressive und Aktivisten richtet. Eine ökonomische Vorbildung ist dabei nicht nötig. Für Aktivisten dürfte vor allem der vierte Teil von Interesse sein – der längste Teil des Buches. Darin sind eine Reihe praktischer Vorschläge enthalten, wie sich Aktivisten besser organisieren können.

Sagen Sie uns bitte, wie kam es zu dem Buch? Woher haben sie die Themen genommen? Was hat das Buch zu dem gemacht, was es ist?

Das Buch ist das Resultat meiner fast 40jährigen Arbeit. Während all der Jahre habe ich – als Ökonom und Aktivist – versucht, einen progressiven, sozialen Wandel herbeizuführen. Dieses Buch ist der Höhepunkt jahrzehntelanger Arbeit. Ich habe in dieser Zeit viel über den Kapitalismus gelernt und kann ihn fundiert kritisieren – das Gleiche gilt für dessen wichtigste Gegenkonzepte, den zentralistischen Sozialismus und die soziale Marktwirtschaft. Das Buch ist zudem der Höhepunkt meiner jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit Michael Albert (*). Gemeinsam entwickelten wir das Modell einer partizipativen Ökonomie (*). Das Buch soll vor allem jenen Antworten geben, die wichtige Kritikpunkte gegen die partizipative Ökonomie vorzubringen haben. Es gibt auch Antwort auf wichtige Fragen, die bislang untergingen.

Ich versuche in meinem Buch, unsere Vorstellung von Wirtschaftsgerechtigkeit und von Wirtschaftsdemokratie noch deutlicher zu begründen. Das Buch enthält bahnbrechende neue Vorschläge – sehr konkrete Vorschläge – zum Thema Umweltschutz in einer partizipativen Ökonomie zum Beispiel oder zum Thema internationale Wirtschaftsaktivitäten. Ich versuche, zu einer Reihe von Themen, umfassende Antworten anzubieten – Themen von Menschen, die unsere Werte teilen.

Der wichtigste Punkt: Mein Buch soll Antworten auf zwei Fragen geben, die bei anderen Vertretern der partizipativen Ökonomie zu kurz kamen: 1) Vorausgesetzt, der demokratische Sozialismus war die richtige Antwort auf den Kapitalismus des 20. Jahrhunderts: Welchen Fehler haben Sozialdemokraten und libertäre (undogmatische) Sozialisten gemacht? Wie konnte es dazu kommen, dass Sozialdemokraten aller Couleur am Ende des Jahrhunderts machtloser und verwirrter dastanden als zu dessen Beginn? 2) Wie können wir es besser machen als jene, die im 20. Jahrhundert für wirtschaftliche Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie kämpften? Anders gesagt, wie können wir im 21. Jahrhundert erreichen, was im verklungenen 20. Jahrhundert misslang – nämlich eine Wirtschaft des Wettbewerbs und der Habgier durch eine Wirtschaft der gerechten Kooperation zu ersetzen?

Welche Hoffnungen verbinden Sie mit »Economic Justice and Democracy«? Welchen Beitrag soll Ihr Buch in politischer Hinsicht leisten, was wollen Sie politisch damit erreichen?

Ich hoffe, mein Buch leistet einen Beitrag zu einer ernsthaften Inventur – wie können wir die Ökonomie der Gier und des Wettbewerbs bekämpfen? Wie für eine Ökonomie der gerechten Kooperation einstehen? Ich hoffe, mein Buch hilft den Aktivisten der neuen Generation, die Fehler ihrer Vorgänger zu vermeiden. Gleichzeitig soll diese Generation schätzen lernen, was ihre Vorgänger richtig gemacht haben, worin sie erfolgreich waren. Ja, wir müssen zurück an den Konzeptionstisch, aber es wäre tragisch, wenn wir das Kind mit dem Bade ausschütteten. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden und wertvolle Zeit vergeuden. Und noch etwas hoffe ich, nämlich dass mein Buch einen Beitrag zum konstruktiven Dialog zwischen den Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts und den libertären Sozialisten leistet – damit meine ich vor allem jene, die noch nicht begriffen habe, dass sie sich mit ihrer politischen Analyse und Praxis in eine lange geschichtliche Tradition von Erfolg und Niederlage einreihen müssen. Ich hege die Hoffnung, dass mein Buch Menschen in verschiedenen ökonomischen Reformbewegungen und -kampagnen hilft, konstruktivere Arbeit zu leisten, es soll Leuten, die im Bereich »gerechte Kooperation« experimentieren, zu mehr Erfolgserlebnissen verhelfen. Letzter Punkt, mein Buch will der Linken neue Impulse geben – wie können wir uns (besser) organisieren? Impulse, die produktiver sind als dieses in kleinen politischen Sekten vor sich hin arbeiten. Und letztendlich geht es in meinem Buch auch um einen befriedigenderen Aktivismus in unserem Leben.●

Übersetzt von: Andrea Noll

(*) Anmerkung d. Übersetzung: Zum Thema partizipative Ökonomie siehe unser PARECON-Forum bzw. unsere Sammlung von ZNet-Übersetzungen zu Michael Alberts Parecon-Buch:
www.zmag.de/thema.php?topic=9

Orginalartikel: »Book Interview on Economic Justice«
www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=41&ItemID=7587

EUROMAYDAY-WEEK IN BERLIN

Mayday, Mayday!

Ein Label geht um in Europa. Vor vier Jahren in Italien erfunden, verließ der MayDay im letzten Jahr erstmals italienischen Boden. Am 1. Mai 2004 zelebrierten 200.000 Menschen in Mailand und Barcelona den ersten EuroMayDay in Neuropa. Eine farbige Parade, die unter den Bedingungen der Prekarisierung einen Raum der Subjektivität, Kommunikation und politischen Artikulation öffnet. Als sammelndes Event, das soziale Hintergründe und politische Weltanschauungen in ihrer Vielfalt sichtbar werden lässt, sind Pluralität und fragende Fragwürdigkeit zu konstitutiven Elementen des MayDay's geworden: Gewerkschafter laufen neben Autonomen; Arbeitlose neben prekär Beschäftigten; rote Fahnen neben amorphen Figuren auf Stelzen.

indymedia, 26.4.2005 ● EuroMayday-Week in Berlin: »Eine Woche des Austausch und der Aktion«. Nach drei Tagen Programm scheint dieses Zitat aus der Einladung nicht ganz stimmig, klingt zu sehr nach Event; nach fliessenden Abläufen und Organisation. Angebrachter wäre wohl: »Euromayday-Week in Berlin – Eine Woche der Improvisation und des interessierten Plauschens«.

In der Wüste des Berliner Mauerstreifens scheint ein Raumschiffwrack gelandet zu sein, ein unrealistischer Wurmfortsatz, der sich kurioserweise Halle nennt: genauer Raumerweiterungshalle. Dieser bunte Haufen (ich wollte fast Schrott sagen), ist in dieser Woche Schauplatz verschiedener Workshops, Diskussionsrunden, Filmvorführungen und mehr oder minder subversiven Feierlichkeiten.

Los ging es am Freitag, den 22.4: Frank John von der Gesellschaft für Legalisierung, reiste extra aus Hamburg an, um von den dortigen Mayday-Aktivitäten zu berichten. Ca. 30 interessierte unterhielten sich angeregt über existenzielle Fragen linker Politik: Ist der Prekarisierungsdiskurs massenkompatibel? Was ist das überhaupt, die Masse? Sind wir selber schon Masse? Ist der Mayday agitatorisch? Wie als Linker agitieren, wie überzeugen? Und was folgt? Leistet der Mayday mehr als, bloß undogmatische Linke zu reproduzieren? Am Ende stand fest: Der Mayday 2005 ist ein Anfang, ein europäischer Hoffnungsschimmer, mehr noch nicht. Die Frage nach den globalen Rechten wird sich auch nach dem 1. Mai noch stellen.

Samstag stand die aktive Herstellung sozialer Rechte auf dem Programm: Antirassistisch Einkaufen im Extra am Senefelder Platz – Samba, Street Art, Sonne, Tape-Action, Leere Chipkarten, rassistische Pöbeleien – multikulturelle Antworten, staatliche Ohnmacht, zufriedene Gesichter – kurz: ein schöner, erfolgreicher Nachmittag.

Danach ein starker Hauch von Mayday im weiten Nichts des Mauerstreifens: Tanzende Sambistas; genähte Orange-lila-farbene Stulpen, Röcke und Perücken; Samba spielen mit der interessierten Nachbarschaft. Abends ein Déja-vu: Woher kenne ich diesen Ort? Ist das hier ein Flugplatz? Sind wir in Meck-Pom? Nein! Und dennoch: ausgelassene Stimmung in der überfüllten Raumerweiterungshalle, Elektro-Mucke, brennende Mülltonnen, klarer Himmel, leuchtende Sterne – ganz schön hip wars, vielleicht sogar die angenehmste Tanzfete in dieser kalten Berliner Nacht?

Sonntag: Kaum der Rede wert – hätten nicht die Bullen die Samba-Band verprügelt. Aber das ist eine andere Geschichte.....

Dann kam der Montag: Nachdem die Dimension des Publikums schon irrelevant geworden war, die Selbstreferenzialität unumgänglich, kamen doch noch interessierte Menschen, um den Ausführungen der Absageagentur (siehe CONTRASTE Nr. 247, S.2) zu lauschen. Ihr Anliegen ist kein geringeres als das Verhältnis von Kapital und Arbeit zu verändern. Es geht um gleiche Augenhöhe, statt um Arbeit-flehende Unterwerfung. Das Arbeit keine Notwendigkeit ist, schon gar keine moralische Kategorie; dass auch prekär Lebende und Arbeitende agieren und fordern können, dafür ein Bewusstsein zu schaffen, darum geht es. Ungeachtet der Unsichtbaren Faust des Marktes, Momente des Widerstands und der Reflexion ermöglichen. Ob das nachhaltig ist? Es ist zumindest ein weiteres Lodern, eine weitere Unruhe im neoliberalen Frieden.●

Mehr zum offiziellen EuroMayday in Hamburg unter:
www.prekarisierung.de/mayday
oder unter www.euromayday.tk

KOMMENTAR: WENN DIE NAZIS REVOLUZZERN...

Grenzenloses Glanz und Gloria

Das hatten wir natürlich alles schon mal. Bei Hindenburg war es die Frage der Panzerkreuzer – heute geht es um das Raketenabwehrsystem »Meads«. In Zeiten der Abermillionen Arbeitslosen wird die Konkurrenz der Ökonomien militärisch »gelöst«. Braune Sturmtruppen revoluzzern...

FORTSETZUNG VON SEITE 10

beitsplätze! Denn der soziale Frieden ist die absolut notwendige Voraussetzung für Frieden auf unserer Welt.

Aus Holocaust und Zweitem Weltkrieg haben wir gelernt, dass Faschismus zum Krieg führt, ja dass Faschismus ständigen Krieg bedeutet – Krieg nach innen (d.h. Beseitigung aller politischen und sozialen Grundrechte und blutige Beseitigung von Widerstand, Dissidenten und den zu Feinden und Gegnern erklärten Gruppen der Bevölkerung) – und Krieg nach außen (d.h. Überfälle auf andere Länder mit dem Ziel, diese Länder zum eigenen Wohl auszuplündern). Darum halten wir am Grundkonsens aller Demokraten in Deutschland nach 1945 fest:
Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!●

von Kurt Regenauer aus Dresden ● Unterschätzen wir »unsere« Faschos nicht: sie fordern möglicherweise auch mal was Richtiges und meinen Falsches. Das musste auch die Weimarer KPD erkennen, die noch kurz vor der Machtergreifung Hitlers Aktionsbündnisse mit der SA machte oder aber auch ein Erich Mühsam, der sich zu einem der Strasser-Brüder aufs Podium setzte.

Wenn Nazis die soziale Misere ausschlachten, verstehen sie es durchaus, die Deutschen zu ködern: Kraft durch Freude, gegen das – natürlich jüdische – Finanzkapital, gegen den US-Imperialismus usw. Das Militärische ist dann jedoch immer der Anfang vom Ende und das ist die gefährliche Eselsbrücke, die gebaut wird, wenn auf Militär oder Bündnisse zur »reinen Verteidigung« gesetzt wird. Auch der braune Weg definierte sich in der Geschichte als Verteidigung: gegen das Versailler »Friedensdiktat« – schließlich als Vorwärtsverteidigung für ein »Volk ohne Raum«.

Die »Zärtlichkeit der Völker« dieser Erde ist jedoch militante Solidarität und kann auf jedes Tschingderassabum verzichten.

Wie weit Nazidenken zu sozialen Fragen bis in die etablierte Politik reinwirkt, enthüllte unlängst der hessische Justizminister Wagner. Stolz präsentierte er der CEBIT das »Erfolgsmodell« elektronische Fußfessel, in Hessen seit 5 Jahren erprobt, und schwadronierte weiter, solche segensreichen Disziplinierungen könnten ja auch bei Langzeitarbeitslosen und therapierten Süchtigen eingesetzt werden, um sie einem »geregelten Tagesablauf« zuzuführen: »Hilfe zur Selbsthilfe«.

Später wollte er all das nicht gemeint haben, was er gesagt hatte. Rausgerutscht war es ihm immerhin (es ist ausreichend dokumentiert) und Strafanzeige wegen Volksverhetzung wurde schon gestellt. Es zeigt: kerniges »Arbeitslagerdenken« macht sich auch in der Mitte unserer Gesellschaft wieder breit.

Und dies ist zweifelsohne das Bedrückende an der ganzen Geschichte: »unsere Nazis« revoluzzern keinesfalls vergeblich. Stichworte und Spielbälle sowie überhaupt der ganze unsoziale Sumpf, der uns als »patriotische Standortpolitik« verkauft wird, sind längst öffentliches Gemeingut. Der nächste Schritt wäre die militärische »Konsequenz«...

Ein Sozialforum in Deutschland sollte gegen diese braune Suppe anstinken.●

MAYDAY-HISTORIE

Euromayday basiert auf einer langen Tradition des 1. Mai als ArbeiterInnenkampftag, aber auch als Aktionstag linker und progressiver Bewegungen und als »Feier«-Tag ihrer Geschichte und Erfolge. Die aktuellen Euromayday Mobilisierungen begannen mit einer Maydayparade in Mailand im Jahr 2001, die erstmals das Thema prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Vordergrund rückte und hierfür statt eine traditionelle Demo eine bunte und kreative Parade wählte. In den darauffolgenden Jahren wuchs die TeilnehmerInnenzahl (80.000 im Jahr 2004), aber auch in anderen Städten und Ländern wurden am 1. Mai Paraden der Prekarisierten gestartet. Im Jahr 2004 fanden erstmals in 5 europäischen Städten koordinierte Aktionen statt – unter dem gemeinsamen Label »Euromayday«. Im Jahr 2005 sind es schon über ein Dutzend Städte...

BUCHBESPRECHUNG

Gründungskatechismus für Genossenschaften

Eine neue Veröffentlichung, eine Dissertation aus Nürnberg, informiert über die Gründung von Genossenschaften, in denen Unternehmen kooperieren (aktives Networking). Es hilft auch denen, die als natürliche Personen eine Genossenschaft gründen wollen, sie müssen lediglich ein paar Ergänzungen vornehmen. Der Leitfaden enthält viele übersichtliche Tabellen, die sich bei der Gründung gut als Checklisten benutzen lassen.

Christian Sternberg, Red. Genossenschaften ● Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen liegen im Trend, das haben die genossenschaftlichen Institute erkannt. 2004 stellte die internationale genossenschaftswissenschaftliche Tagung in Münster drei erfolgreiche Beispiele in den Vordergrund: die Genossenschaft der Steuerberater *datev*, die Genossenschaft der Internet-Provider *denic* und die österreichische Presse-Agentur *APA*. Jetzt hat Heino Weller am Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen in Erlangen-Nürnberg einen Leitfaden zur Gründung solcher »hybrider« Unternehmen vorgelegt. Unter dem Titel »Anforderungen im Rahmen der Gründung einer Genossenschaft« veröffentlichte das Institut seine Dissertation als Band 45 der institutseigenen Schriftenreihe. Viele übersichtliche Tabellen machen den Band zu einer nützlichen Quelle für das Consulting und die Gründung.

Startkosten rechnen sich

Die Genossenschaft gilt wegen ihres aufwändigen Prüfungswesens als teuer und unflexibel. Bis zu 2.000 Euro kann die Gründungsprüfung verschlingen, die das Gericht vor der Eintragung ins Register verlangt. Dafür kostet später die Eintragung neuer Gesellschafter oder das Ausscheiden bisheriger Mitglieder nichts, denn die Liste der Eigner führt die Genossenschaft selbst. Für Weller spielt diese Prüfung allerdings keine Rolle für den Erfolg einer Neugründung. Als Gegenwert für die hohen Kosten kann ein Gründerteam von den Prüfungsverbänden demnach nur erwarten, dass sie den perfekten Lotsen durch das Genossenschaftsrecht abgeben.

Den rechtlichen Rahmen und den zeitlichen Ablauf der Gründung stellt Weller in seinem dritten Kapitel anschaulich dar. Seine Übersichtstabellen sind handliche Checklisten, die er im Text ausführlich erläutert. Weller vergleicht die Rechtsform der Genossenschaft mit der GmbH und der Aktiengesellschaft mit Blick auf eine Gründung von Unternehmens-Netzwerken, die über einen rein informellen Verbund hinausgehen. Mit seiner Tabellen-Darstellung gibt er Beratern und Gründern anschauliche Hilfsmittel für die Entscheidung in die Hand.

Phasenmodell der Gründung

Der Gretchenfrage des Buches »Wann lohnt es sich, eine Genossenschaft zu gründen?« geht der Autor im vierten Abschnitt nach. Dazu formuliert er zunächst ein Phasenmodell, das er in die Lebenszyklustheorie über Unternehmen einbettet: Ein junges Unternehmen durchlaufe eine Vorgründungsphase, eine Gründungsphase und eine Nachgründungsphase. Diese Gliederung eignet sich gut für das Consulting. So nutzt auch die Beratungsgenossenschaft *innova eG*, Leipzig, seit einigen Jahren ein Phasenmodell. Sie gliedert die Vorgründungsphase etwas tiefer in Orientierung und Planung, was auf den Erfahrungen des langjährigen Beraters Burghard Flieger zurückgeht.

Welche Leistungsdefizite am Markt eignen sich für eine Kooperation, statt fehlende Güter oder Dienste selbst zu erstellen? Weller prüft innerbetriebliche und unternehmensstrategische Gründe wie auch die Produkteigenschaften. Subjektive Motivationen, Präferenzen der Beteiligten oder gar Argumente, die in den politischen und sozialen Rahmenbedingungen zu suchen wären, berücksichtigt er nicht. Er empfiehlt die Gründung einer Genossenschaft, sofern die Zusammenarbeit über reine Austauschbeziehungen hinausgehen und das Ziel der Leistung spezifisch genug sei und konkret genug beschrieben werden könne. Für die Antwort auf die Gretchenfrage stellt der Autor keine Tabellen mehr auf, nennt aber eine große Zahl qualitativer Argumente, die als Checkliste taugen.

Hilfreiche Checklisten

Ein operational übersichtliches Schema entwickelt der Autor dann wieder für die Wahl der Rechtsform. Er vergleicht die eingetragene Genossenschaft (eG) mit Kapitalgesellschaften und beschreibt ihre Zwitterstellung: Sie vereint Eigenschaften von Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften. Aus der Gegenüberstellung entsteht wieder eine Entscheidungsgrundlage. Daraus leitet Weller eine Reihe von Anforderungen an die Mitglieder ab, die in einer Genossenschaft zusammen wirken wollen. Auch sie lassen sich in praktische Checklisten fassen, was der Leser allerdings selbst leisten muss.

Der Geschäftsplan einer neuen Genossenschaft gilt zwei Zielen. Zum einen dient er der Gründungsprüfung durch den Verband, dem die Genossenschaft angehören will. Zum anderen brauchen die GründerInnen und ihre Gläubiger einen Businessplan, um später ihre gemeinsame Tätigkeit bewerten zu können. Hier hat die Genossenschaft hat eine Reihe von Eigenheiten, auf die Weller ausführlich eingeht: Wird die eG auch Geschäfte mit Nichtmitgliedern machen? Ergänzt ein Förderplan die Geschäftsplanung, um dem gesetzlichen Förderauftrag gerecht zu werden? Gibt es neben dem Leistungsangebot ein Förderportfolio als Maßstab für die Erfüllung des Förderauftrags?

Vernachlässigte Kommunikation

Die Übersicht für eine Gründungscrew wäre perfekt, wenn der Autor an dieser Stelle ein genossenschaftliches Kommunikationskonzept einfordern würde. Weller erwähnt zwar in seinem Plädoyer für einen Förderplan, dass die Genossenschaft eine aktive Kommunikation seitens ihres Managements verlangt. Daraus folgt, dass die Genossenschaft auch ein besonderes Kommunikationskonzept braucht, denn mit üblichen Investor-Relations-Modellen lassen sich eG-Mitglieder nicht abspeisen. Es gibt aktive Kooperationen, deren Mitglieder sich häufig persönlich treffen, anderen genügt ein Internet-Tool, in dem sie Informationen ablegen und abstimmen.

Das Buch könnte mehr, wenn es wollte. Der Autor beschränkt sich eingangs auf Kooperationen von Unternehmen und blendet den Charakter eines Wirtschaftsvereins für viele Menschen mit gleichen Interessen aus. Das entspricht der Praxis der Prüfungsverbände im DGRV (Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband) in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Die DGRV-Verbände selbst weichen immer häufiger von dieser Praxis ab, Bau- oder Selbsthilfe-Genossenschaften allemal. Am Anfang seines Kapitels über die ökonomischen Anforderungen an eine Neugründung betont Weller, dass seine Selbstbeschränkung keinen normativen Charakter habe. Das ist angesichts vieler Juristen im Genossenschaftswesen, die weder kommunikative noch marktökonomische Qualifikationen zu ihren Kernkompetenzen zählen, sehr wichtig.

Guter Ratgeber

Im Verlauf seines Ratgebers verleiht Weller diesen selbst gesteckten Grenzen dann aber normativen Charakter: »Der Gründungsentscheidung geht immer eine Idee zur Leistungserstellung voraus.« Eine Aussage, die sich durch einfache Gegenbeispiele sogar aus Deutschland leicht widerlegen lässt. Hier schränkt der Autor das Potenzial, das im Genossenschaftswesen steckt, unnötig ein. Denn seine Übersichten und Systematiken eignen sich blendend sowohl für BeraterInnen wie auch für akademisch vorbelastete GründerInnen als Gedächtnisstützen bei der Gründung. Auch wer gewohnt ist, GmbHs oder Existenzgründungen zu betreuen, hat mit dem Band einen vielseitigen Leitfaden in der Hand. Ein eG-Katechismus, der gute Dienste leisten kann und eine Lücke im Regal flexibler Gründungs-Berater füllt: Er beantwortet die »Was ist das«-Fragen für die Gründung von Genossenschaften.●

Heino Weller: Anforderungen im Rahmen der Gründung einer Genossenschaft. Ein Gründungsleitfaden, Veröffentlichungen 45, Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 2004, 204 Seiten mit einem Anhang von 59 Seiten, ISBN 3-924677-27-1, 29,90 EUR.

BUCHBESPRECHUNG

Nachhaltige Unternehmenspolitik partizipativ gestalten

Umweltmanagement und ökologische Produktpolitik sind zwei zentrale Ansatzpunkte nachhaltiger Unternehmensentwicklung. Herbert Klemisch, seit vielen Jahren in der anwendungsorientierten Forschung des Klaus-Novy-Instituts tätig, hat hier aus seiner langjährigen intensiven Arbeit die wichtigsten Bausteine zusammengetragen. Dies gilt besonders für seine Pionierfunktion bei der Verknüpfung dieser Instrumente mit unterschiedlichen Partizipationsformen. Herausgekommen ist eine Dissertation, die viel Wissen und Lernstoff für die Bereiche Ökologie und Partizipation in der unternehmerischen Wirtschaft und deren Konkretisierung in der Textil- und Möbelbranche zur Verfügung stellt.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Klemisch erläutert in seiner Veröffentlichung »Umweltmanagement und ökologische Produktpolitik« nach der Einleitung ausführlich die zahlreichen Bewertungsinstrumente, die für eine nachhaltige Unternehmenspolitik zur Verfügung stehen. Ökobilanz, Öko-Controlling, der sozialökologische Unternehmenstest, die Produktlinienanalyse, das MIPS-Konzept, Stoffstrommanagement und Umweltkennzeichnungsverfahren sowie verschiedene Umweltkennzeichnungsverfahren gehören dazu. Nicht nur die Darstellung der Instrumente, sondern auch ihre nicht immer eindeutige Abgrenzung ist gut gelungen, so dass hier ein ausgezeichneter Ein- und Überblick gegeben wird. Entsprechend kann in vielen Fällen auf das aufwendige Studieren der Originärliteratur verzichtet werden.

Artikel- und Produktpass

Abgeschlossen wird dieser Analyseteil mit einem Vergleich der Instrumente und Aussagen zu ihrer Eignung für spezifische Fragestellungen wie Zugang der Information für Interessierte, Nachvollziehbarkeit der Informationen, Verständlichkeit versus Komplexität der Analyse und Bewertung sowie Eignung für eine Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen in Branchendialogen zum nachhaltigen Wirtschaften. Dies geschieht u.a. am Beispiel des »Blauen Engels«, firmeninterner Kennzeichnungen sowie dem Ansatz des Artikel- und Produktpasses (Öko-Control). Am besten bei diesem Vergleich schneidet eindeutig der Artikel- und Produktpass ab.

Im nächsten Schritt führt der Autor anhand der analysierten Instrumente ausführliche Branchen- und Unternehmensanalysen durch. Er konzentriert sich auf die Textil- und Möbelindustrie, in denen relativ große Fortschritte bei einzelnen Unternehmen in Richtung Nachhaltigkeit zu verzeichnen sind. Sie können als Pionierbranchen angesehen werden, wobei Klemisch mit seiner praktischen Arbeit selbst hierzu immer wieder ein Stück beigetragen hat.

Anschauliche Fallbeispiele

Im Mittelpunkt steht die empirische Konkretisierung der Nutzung von betrieblichen und produktbezogenen Umweltinformations- und Umweltmanagementsystemen. Die Palette der Maßnahmen zur ökologischen Qualitätssicherung und ihre Anwendung werden dargestellt. Zentraler Bestandteil sind sechs Fallbeispiele, die ihre Veranschaulichungskraft dadurch erhalten, dass Aspekte wie Marktsituation, ökologische Produktbereiche, Ausrichtung der Instrumente sowie die Art der Umweltkommunikation der Unternehmen systematisch in die Analyse eingebunden sind. Die Darstellung enthält vielfältige Anregungen, die von Imitatoren anderer Branchen genutzt werden könnten.

Abgeschlossen wird die Veröffentlichung mit der Erörterung der Möglichkeiten des gesellschaftlichen Dialogs am Beispiel »Runder Tisch«. Nach einer kurzen Skizzierung ausgewählter Theorieansätze und Begrifflichkeiten zur umweltbezogenen Kooperation folgt eine empirische Darstellung des branchenbezogenen Dialogs zum Thema »Öko- und Soziallabelling«, die Klemisch selbst mitorganisiert hat. Entsprechend schließt er das Kapitel ab mit der Beschreibung des idealtypischen Vorgehens zur erfolgreichen Umsetzung eines Branchendialogs. Seinem Anliegen, praxisorientierte Forschung zu betreiben, wird der Autor damit einmal mehr gerecht.

Lösungsvorschläge

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der innovative Aspekt der Arbeit von Herbert Klemisch liegt darin, auf der Ebene von zwei Branchen das Spannungsfeld von betrieblichem und produktbezogenem Umweltschutz zu entfalten. Dabei präsentiert er Lösungsvorschläge, die Partizipation und Effektivität miteinander verbinden. In beiden Branchen (Textil und Holz) wurde ein Dialog der staatlichen, gesellschaftlichen und betrieblichen Akteure in Form von »Runden Tischen« organisiert. Im Ergebnis sind ökologische Akteursnetzwerke entstanden, die Vorarbeit für entsprechende Branchenvereinbarungen geleistet haben. Empirisch gut fundiert werden zudem die konkreten Umsetzungsbedingungen deutlich, unter denen eine integrierte Produktpolitik Realität werden kann, die einem anspruchsvollen Umweltschutzgedanken verfolgt.●

Herbert Klemisch: Umweltmanagement und ökologische Produktpolitik, München 2004 (Rainer Hampp Verlag), 321 Seiten, ISBN 3-87988-877-9, Preis 29.80 EUR

VertreterInnenversammlung der OekoGeno eG am Samstag, 18.06.05 in Frankfurt/Main

Das neue Leben der alten Ökobank-Genossenschaft

Elisabeth Voß, Berlin ● Die OekoGeno eG führt die Gründungsziele der Ökobank als Beratungs- und Finanzierungsgenossenschaft weiter. Unser neues Geschäftsführungsteam orientiert sich an den Gründungsideen der Ökobank, denn die sind aktueller denn je. Damals ging es vor allem um eine lebenswerte Umwelt, die ökologisch und sozial gestaltet werden sollte.

Heute ist nachhaltiges Wirtschaften Teil des allgemeinen Sprachgebrauchs und findet verstärkt Eingang in die ökonomischen Betrachtungen. Doch die Verwertungslogik der kapitalistischen Marktwirtschaft erzeugt seit Jahren eine anhaltend hohe strukturelle Erwerbslosigkeit. Im Zuge von Sozialabbau und Deregulierung wird ökologisches und soziales Denken und Handeln als Ballast angesehen. Dem möchten wir entgegen wirken.

Die VertreterInnenwahl war ein voller Erfolg. 86 Mitglieder haben zur Wahl als VertreterInnen kandidiert. Die Wahlbeteiligung von 23 Prozent unserer etwa 17.000 Mitglieder war überwältigend. Wir freuen uns über das Engagement und die Bereitschaft zur Mitarbeit an der Zukunft unserer Genossenschaft, und laden die gewählten VertreterInnen, sowie alle anderen interessierten Mitglieder ein zur VertreterInnenversammlung.

Die Liste der gewählten VertreterInnen ist einsehbar unter: www.oekogeno.de
Geschäftsführender Vorstand: Bernd Steyer, Urs Bürkle
Geschäftsführerinnen: Elisabeth Voß, Yvonne Schlechtweg

OekoGeno eG, Herrenstraße 45, D-79098 Freiburg
☎(07 61) 401 12 06
Web: www.oekogeno.de
E-Mail: info@oekogeno.de

VertreterInnenversammlung:
Sa. 18.06.05, 11 bis 16:30 Uhr in Frankfurt/Main

- Prof. Dr. Hans Münkner, Aufsichtsratsvorsitzender: Einführung der neuen VertreterInnen in ihr Amt
- Nachwahl in den Aufsichtsrat (für Ausscheidende)
- Berichte aus der Arbeit des Ökobank-Beirats
- Konstituierung eines Beirats der OekoGeno
- Arbeitsgruppen zur Geschäftsfeldentwicklung (nach Inhalten und Regionen)

GRÜNDERGENOSSENSCHAFT WITTEN

Anders Überleben

»Wir haben rein monetäre Interessen...« sagten sich zehn tapfere Recken und Reckinnen, als sie am 8.11.2004 die erste Gründergenossenschaft aus der Taufe hoben. In Zeiten wackelnder Arbeitsmärkte, einer rasanten globalen Wohlfahrtsverschiebung und der deutschen Züchtung eines neuen Standes: »der Ein-EURO-Sklaven«, schlossen sie sich zusammen, um jeder für sich – und alle gemeinsam – der wild gewordenen Wirtschaft als Selbstständige die Stirn zu bieten.

Eva Ihnenfeldt, Red. Genossenschaften ● Welche Idee steckt hinter diesem zwischenzeitlichen schon erfolgreichem Projekt Gründergenossenschaft Witten? Die verzweifelt nach durchschlagenden Lösungen kämpfende sozialdemokratisch/grüne Regierung erfand (ganz fürsorglich besorgte Mutter der ausgelagerten Produktivkräfte), eine wunderbare Startrampe aus Not und Perspektivlosigkeit: die Ich-AG. »Wer wirklich Arbeit sucht, findet auch welche« konnte so in der Praxis mit ganz neuen Mitteln getestet werden! In der Zwischenzeit ist der Anteil aller aus der Arbeitslosigkeit heraus Gründenden auf über 50% der gesamten Gründer gestiegen... .

Aus allen Branchen

Die Gründergenossenschaft Witten hat die Aufgabe, das erfolgreiche Überleben ihrer Mitglieder, meist Kleinstgründer ohne Eigenkapital, am Markt bestmöglich zu unterstützen. Ganz traditionalistisch im Zeichen von Schultze-Delitzsch vertritt sie die Auffassung, dass wahres soziales Handeln geboren wird aus wirtschaftlicher Einsicht. »Der Barmherzige nützt auch sich selbst, doch der Herzlose schneidet sich ins eigene Fleisch« wusste schon der weise König Salomo – heute nennt man es neudeutsch »networking«. Selbsthilfe, Selbstorganisation, Selbstverantwortung: Die Gründergenossenschaft als Kooperative ist konsequent ausgerichtet auf die Gewinnerzielung ihrer Mitglieder.

Die Genossen kommen aus allen Branchen und mehreren Nationen. Vom Hochschulabsolventen bis zur (sehr erfolgreichen) Putzfrau, von der jungen Friseurmeisterin bis zum altgedienten Buchhalter ist ein buntes Spektrum vertreten, so dass die Genossenschaft bisher noch keinmal absagen musste, wenn ein potentieller Auftraggeber fragte: »Habt Ihr nicht jemanden, der...« Der Vorstand besteht aus zwei Frauen: eine besonnene für den kaufmännischen Teil – und eine sanguinische für die Bereiche: Akquisition, Moderation und Öffentlichkeitsarbeit.

Begleitung im ersten Jahr

Ebenso entscheidend die Unternehmensberatung: ein erfolgreicher renommierter Diplom-Ökonom (und Buchautor zum Thema »Fördermittel«), der es mit seinem guten Ruf kaum vereinbaren könnte, wenn bei der Gründergenossenschaft organisierte Jungunternehmer reihenweise scheitern würden. Um diese Schlüsselpositionen herum rankt sich ein Team von Trainern, die verantwortlich sind für die so entscheidende Betriebsbegleitung im ersten Gründungsjahr. Das so genannte Coaching als Kann-Leistung der Arbeitsagentur, das im östlichen Ruhrgebiet meist in Höhe von 2.000 Euro für ca. 40 Stunden bewilligt wird.

Ein anderes Standbein der Gründergenossenschaft ist die Möglichkeit der Gründer, auf Honorarbasis im Namen der Genossenschaft tätig zu sein. Ob im hauswirtschaftlichen Bereich, bei EDV, Handwerk, Büro, die GG akquiriert die Aufträge, betreibt Kundenpflege und übernimmt das Rechnungswesen. Der Gründer kann sich auf seinen Geschäftsaufbau konzentrieren und durch Honorarstunden das Notwendige für den Lebensunterhalt absichern. Und für die weitere erfolgreiche Positionierung am Markt übernimmt die Gründergenossenschaft schließlich bei Bedarf Buchhaltung und Bürobesetzung, so dass der Unternehmer das Kerngeschäft in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten stellen kann.

Nur bezahlte Leistungen

Seit November 2004 haben sich elf Gründer mit der GG in die Selbstständigkeit begeben, im Coaching-Prozess befinden sich weitere sechs. Zum Januar wurde ein Büro in Universitätsnähe bezogen, die Wirtschaftskraft wächst langsam und beständig. Alle Träger von Rang und Namen im Umkreis von 30 km kennen die GG – die meisten unterstützen diese Initiative, die bewusst auf finanzielle Lockungen verzichtet, die sie binden oder instrumentalisieren könnten. Die GG ist *nicht* basisdemokratisch – es gibt überhaupt keine Hierarchien. Jeder ist selbstständig und für sich selbst verantwortlich. Niemand erhält Weisungen oder kann Weisungen erteilen. Jeder entscheidet auftragsbezogen, ob er mit der GG zusammenarbeiten möchte.

Alle gewünschten Leistungen der GG müssen bezahlt werden. Ihre professionellen Anbieter arbeiten ausschließlich entgeltlich. Nur so bürgt die GG für eine Qualität, die am Markt nachgefragt wird und ihren Genossen nützt.

Genuss der Selbstständigkeit

»Schwierige wirtschaftliche Zeiten erfordern kreative Lösungen« heißt es in den Serienbriefen, mit denen die GG für ihre Buchhaltungs-Dienste bei klein- und mittelständischen Betrieben wirbt. Und dieser Satz ist ihr Programm: immer wieder neu erfinden, immer wieder neue Wege suchen, schöpferisch kooperieren als flinke farbige Fische, die sich fröhlich tummeln im Riesenhaifischbekken, die verstanden haben, dass geben und nehmen verdammt nützlich ist für das wirtschaftliche Überleben in gewaltigen Umstrukturierungsprozessen, die keine Sklaven sein wollen und die an sich und ihre Fähigkeiten glauben.

Wir werden nicht zurückkehren zu den goldenen Zeiten der gewerkschaftlich geschützten Vollbeschäftigung, und wir werden nicht mehr beruhigt zurückgelehnt einem behaglich gesicherten Lebensabend entgegensehen. Doch: Selbstständigkeit kann auch Genuss sein in neuer Zeit: kein Chef, der einem befehlen kann, keine lähmende Routine, kein Mobbing, keine entfremdete Selbsttäuschung. Und wer weiß, vielleicht wird der ein oder die andere sogar in wenigen Jahren einen Lamborghini vor der eigenen Garage stehen haben – und aus lauter Dankbarkeit noch weitere 50 Genossenschafts-Anteile kaufen – sozusagen als Ehrenmitglied ....●

www.gruendergenossenschaft.de

Gründungsversammlung

TERMINE

Neue Genossenschaftsformen – Entwicklungsstand und Gestaltungsbedarf
Auf dem Wochenendseminar werden neue Genossenschaftstypen (Multistakeholdergenossenschaften, Sozialgenossenschaften, Selbsthilfegenossenschaften usw.) in parallelen Arbeitsgruppen vertiefend behandelt. Es geht um fünf verschiedene neue Genossenschaftstypen, die erst noch einer Umsetzung harren oder noch zusätzlichen Gestaltungsbedarf haben. Die TeilnehmerInnen sollen sich in Arbeitsgruppen an der Weiterentwicklung der vorgestellten Ideen beteiligen. Eingeführt wird die Tagung mit einer vergleichenden Betrachtung der Genossenschaftsgründungswelle am Ende der achtziger Jahre mit der heutigen Situation.
Weitere Informationen:
www.innova-eg.de
Termin: 17.-19.6.2005 in Ilmenau
Information & Anmeldung:
agspak, Dieter Koschek, Dorfstr. 25,
D-88142 Wasserburg/Bodensee
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56
E-Mail: agspak@t-online.de
Web: www.agspak.de

STIFTUNG SALECINA

Frauen-Geschichte(n)
Wegbereiterinnen der Frauenbewegung
mit Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Bonn und Marlies Leibitzki, Theaterpädagogin, Bielefeld.
Anhand von ausgewählten Frauenbiografien wollen wir den TeilnehmerInnen, die Zeit zwischen dem Beginn der Industrialisierung und den (frauen)bewegten 1970er Jahren näher bringen. Nach einer Zeitreise werden fünf Frauen aus verschiedenen (Frauen)bewegungen in Text und Bild vorgestellt: Flora Tristan (1803-1844),
Rosa Luxemburg (1870-1919),
Jeanette Wolff (1888-1976),
Klara Marie Fassbinder (1890-1974),
Amalie Pinkus-De Sassi (1910-1996).
Theaterpädagogische spielerische Methoden ergänzen die historischen Vorträge. Ausgehend von den Biografien werden wir kleine Szenen entwickeln und die Geschichte(n) der Frauen in die Gegenwart holen.
Eingeladen sind interessierte Frauen und Männer aller Altersgruppen. Vorkenntnisse im Theaterspiel sind absolut nicht erforderlich.
Termin: 3. bis 10.9.2005
Das Seminar kostet für die ganze Woche alles inclusive CHF 250,--
Information & Anmeldung:
Stiftung Salecina. CH-7516 Maloja
☎0041-81-824 32 39
E-Mail: info@salecina.ch
Web: www.salecina.ch

SIEBEN ARGUMENTE

Genossenschaftsgründungen – Chancenverbesserung für Benachteiligte

Die Gründung von Selbsthilfegenossenschaften kann unter arbeitsmarktpolitischem Blickwinkel als Ziel und Mittel zugleich gesehen werden. Ziel sind sie, weil diese durch die Integration von Benachteiligten am Arbeitsmarkt in Genossenschaften Gleichberechtigung und Partizipation erleben. Der »Mittelcharakter« kommt dadurch zum Ausdruck, dass in keiner anderen Unternehmensform durch das Selbstverständnis und die Strukturen so viele Chanceneröffnungen für Empowerment bestehen: Die individuellen Fähigkeiten und Motivationen werden über die Einbindung mehr als bei anderen Organisationsformen mobilisiert.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Hintergrund für viele positive Möglichkeiten, die in dem Phänomen Genossenschaft stecken, sind die mit dieser Organisation verbundenen Partizipationsmöglichkeiten. Genossenschaften weisen allein schon durch die gesetzlich vorgegebenen Bedingungen demokratische Strukturen auf. Grundlage ist die für die Rechtsform gesetzlich festgelegte Mindestpartizipation.

Seit den fünfziger Jahren wird in verschiedenen industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen über die positiven Wirkungen von Partizipation auf Motivation, Arbeitszufriedenheit, Innovationserfolg, Produktivität und Leistung sowie Fluktuation und Fehlzeiten berichtet. Trotzdem wandte sich die abendländische Ökonomie erst unter dem Eindruck der japanischen Wirtschaftserfolge Anfang der neunziger Jahre dem Thema verstärkt zu. Eine Umsetzung entsprechender Konzepte ist dennoch nur relativ selten gelungen. Der Grund: Von oben verordnete Mitsprache und Beteiligung führen nicht unbedingt zum gewünschten Erfolg. Konzepte der Mitarbeiterbeteiligung bzw. genossenschaftliche Strukturen müssen selbst partizipativ entwickelt und umgesetzt werden. Darauf weisen auch die meisten in den siebziger und achtziger Jahren für den Zweck entwickelten Konzepte der Organisationsentwicklung hin. Erfolgt eine gemeinsame Entwicklung genossenschaftlicher Strukturen, kann bei den meisten Genossenschaften von positiven Folgen der partizipativen Strukturen ausgegangen werden. Insofern lässt sich festhalten, dass Selbsthilfegenossenschaftsgründungen aufgrund ihrer Wirtschaftlichkeit eine sinnvolle Alternative, aber auch Ergänzung zu Einzelgründungen aus der Arbeitslosigkeit nach dem Prinzip »gemeinsam sind wir stärker« darstellen, weil

1) zusätzliche Unternehmen gegründet werden:
Durch die Identität von KapitaleigentümerInnen und Beschäftigten agieren Mitglieder von Genossenschaftsgründungen als GruppenunternehmerInnen, die durch Überschaubarkeit, Vertrauen und gemeinsame Weiterentwicklung zusätzliche Energien freisetzen. Auf diese Weise sind durch Selbsthilfegenossenschaften mit Hilfe der Entwicklung und Mobilisierung der individuellen Fähigkeiten der Mitglieder Unternehmensgründungen möglich, die in anderen Organisationsformen nicht verwirklicht werden können.

2) zusätzliche Ressourcen freigesetzt werden:
Die konsequente Beteiligung möglichst vieler Beschäftigter am Unternehmen ergibt die Chance zu einer breit gestreuten Verantwortungsübernahme. Die Folge ist eine erheblich höhere Bereitschaft, sich während der Aufbauzeit trotz Stress- und Verzichtsbedingungen intensiv einzusetzen und somit eine schwierige Gründungssituation zum Erfolg zu führen.

3) Anfangsrisiken aufgefangen werden:
Als Alternative zur Einzelgründung steht bei Selbsthilfegenossenschaften die Gründung durch ein Team im Vordergrund. In diesen steht ein breiteres Qualifikationsspektrum zur Verfügung als bei Einzelgründungen, so dass Anfangsrisiken effizienter aufgefangen werden können. Hintergrund hierfür sind Synergien, die durch den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit in einer Gruppe entstehen, so dass sich die in der Regel zahlreich vorhandenen verschiedenen Fähigkeiten ergänzen können.

4) soziale Fähigkeiten entwickelt werden:
Die sich in Form einer Genossenschaft zusammenschließende Personengruppe stärkt die Möglichkeiten der Organisation, die auf Gemeinschaft und Soziales gerichteten Fähigkeiten ihrer Mitglieder zu entwickeln. In Gruppen, auch mit schwierigen und benachteiligten Mitgliedern kommt es zu einer Art »Nachsozialisation«, so dass nach einer Übergangszeit nicht Produktivitätsnachteile in Kauf genommen werden müssen, sondern aufgrund der erhöhten Identifikation mit dem Projekt Bereitschaft zur Anpassung und verbesserten Effizienz entsteht.

5) Arbeitsplätze geschaffen werden:
Ist die Gründung von Selbsthilfegenossenschaften erst einmal erfolgt, erhöht das Gruppenprinzip die Wahrscheinlichkeit eines mittelfristigen wirtschaftlichen Erfolges. Dadurch entsteht eine größere Beschäftigungswirkung als bei Unternehmen Einzelner (Ich-AG). Es werden somit Arbeitsplätze für Menschen geschaffen und ausgebaut, die sonst kaum Chancen haben, eine Beschäftigung zu bekommen.

6) lokale Ökonomie entwickelt wird:
Genossenschaften sind immer auch eine lokale Angelegenheit, weil sie kommunal oder regional agieren. Aufgrund einer Mischung von wirtschaftlichem Interesse, bürgerschaftlichem Engagement, Empowerment, Sponsoring und Know-how-Transfer stellen sie einen Gegenpol zur Globalisierung dar mit mehr Verantwortung für die Probleme und deren Lösungen vor Ort.

7) Emanzipation gefördert wird:
Neben der Förderperspektive gilt es auch die Vorteile für die Betroffenen selbst hervorzuheben. Sie erleben sich selbst als Menschen, die gebraucht werden, die über ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse mitentscheiden und sie mitgestalten können. Insofern bedeutet die Gründung von Selbsthilfegenossenschaften immer auch einen wichtigen Schritt zum »mündigen Bürger«, der nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Leben gefordert ist.●

Jean 'Arc mit dem Fotoapparat

Tina Modotti. Ihr fotografisches Werk

Tina Modotti (1896-1942), gebürtige Italienerin, gehörte im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zu den schillernden Figuren die in der Kunstszene, wie in der internationalen Arbeiterbewegung bekannt war. Ihre, oft sozial engagierten, und dabei sehr ästhetischen Fotoarbeiten, setzten ihrerzeit Maßstäbe. Daneben hat die Modotti eine recht bewegte Biographie in einer sehr bewegten Zeit. In einem jetzt erschienen Bildband wird ihr Leben und ihre Arbeit gleichermaßen gewürdigt.

Als 17jährige verließ sie Italien, wie so viele, die der Armut entrinnen wollten und emigrierte in die USA. Mit ihrem ersten Mann, dem Dichter und Maler Roubaix Richey, zog sie nach Los Angeles, wo sie gleich in einer Stummfilm-Produktion die Hauptrolle spielte. Nach dem Tod ihres Ehemannes zog sie 1923 mit dem Fotografen Edward Weston nach Mexiko, wo sie ihm nicht nur als Aktmodel für skandalträchtige Fotos Model stand, sondern auch die Kamera für sich selbst entdeckte. Als »Jean 'Arc mit dem Fotoapparat« (NZZ) fotografierte sie nicht nur den Alltag in Mexiko, neben ihren Stilleben und Architekturaufnahmen dokumentierte sie auch die großen Wandgemälde von Diego Rivera. Sie schließt sich der kommunistischen Partei Mexikos an, und verliebt sich in den kubanischen Revolutionär Mella, der direkt neben ihr einem Attentat erliegt. Daraufhin bereist sie 30 Jahre lang illegal Europa: u.a. Berlin (1930) hier erschienen einige ihrer Fotos in der *AIZ* und *Der Arbeiter-Fotograf*, Madrid (1936-39) während des Spanischen Bürgerkrieges und Moskau (1930-1935), wo es nur einige »Propaganda-Fotos« von 1932 in Farbe gibt. In Madrid und Moskau ist sie hauptsächlich an der Seite des recht umstrittenen Vittorio Vidali als Mitarbeiterin der *Internationalen Roten Hilfe* tätig. Vidali werden einige politische Morde (u.a. in Spanien an Anarchisten und Trotzkisten) nachgesagt, die er im Auftrag Stalins begangen haben soll. Hier ist leider auch nicht immer geklärt, welche Rolle Tina Modotti gespielt hat und die BiographInnen handhaben das nach Gutdünken.

Erst 1939, als die Modotti zurück nach Mexiko kehrt, beginnt sie nach rund neun Jahren wieder zu fotografieren. 45jährig stirbt sie auf ungeklärte Weise, auf der Rückbank eines Taxis, an Herzversagen. Die Zeitungen spekulieren über Vergiftung und politischen Mord. Ihre Berufung zur Fotografin spielt hier keine Rolle, erst 30 Jahre später, nach ihrer »Wiederentdeckung«, als für ihre Fotos rund 165.000 US-Dollar bezahlt werden, erhält diese selbstbewusste Frau auch ihre Anerkennung als große Fotografin.

Ob »Frau mit Fahne« oder »Patronengurt, Sichel und Gitarre«, Fotos, die die Modotti in den 1970er Jahren neben Frieda Kahlo zu den bekanntesten mexikanischen Künstlerinnen werden lassen, oder ihre anderen, egal ob sozial engagiert, oder ästhetisch stilisierte Fotos, sie war ihrer Zeit voraus, und hat ihren Platz in der Geschichte der Fotografie zurecht bekommen.

Dieser schöne Band umfasst ungefähr 150 Fotos von ihr, und ca. 150 Fotos anderer FotografInnen zu ihrer Biographie, sowie 16 Seiten Farbbilder. Neben dem kurzen biographischen Abriss enthält dieser Band noch die Nachrufe auf Tina Modotti u.a. von Egon Erwin Kisch, Anna Seghers, Edward Weston, sowie Texte zur Fotografie von Diego Rivera, Marti Casanovas, oder etwas von Tina Modotti: *Manifest* und *Fotos als Waffe der RH-Agitation*.

Dem Buch beigelegt ist eine DVD mit dem rekonstruierten Stummfilm »The Tiger's Coat«, in dem Tina Modotti eine der Hauptrollen spielt. Für dieses Projekt hat Jasper van't Hof die Klaviermusik komponiert (damit der Stummfilm nicht ganz so stumm daher kommt.) Kernsatz des 1920 entstandenen Hollywood-Streifens: »Die Liebe hat über den Rassendünkel gesiegt.«

Die Modotti bleibt auch in unserer technisierten Welt mit ihrer Person und ihrem Werk eine schillernde Figur, und mag das eine oder andere Schreckliche über sie vielleicht doch noch ans Licht kommen, ihren wunderbaren Fotos wird dieses vermutlich nichts anhaben können.●

Jochen Knoblauch

Tina Modotti. Ihr fotografisches Werk. Herausgegeben von Reinhard Schultz in einer nummerierten und auf 3.400 Exemplaren begrenzten Erstauflage, incl. einer DVD mit dem Stummfilm »The Tiger's Coat« (Hollywood 1920) / Verlag Zweitausendeins Frankfurt/M. 2005 / 240 S. / gebunden / Format: 23,5 x 21,5 / 300 Fotos / 45 EUR

Das Netz

Wenn wir heute den Kindern (oder jungen Erwachsenen) von unseren Kämpfen in den 1980er Jahren gegen Kabelfernsehen und Computern berichten, ernten wir in der Regel nur noch ein müdes Lächeln. Heute ist jede Kritik an der vorhandenen Technologie so weit weg, wie die Berliner Lebensmittel-Motte vom Reissack in der chinesischen Provinz. Wir sind alle längst gefangen im NETZ.

Es gibt Bücher, die einem auf den ersten Blick nicht so doll interessieren. Aber wenn man sich da erst mal eingelesen hat, dann kann es fesseln, mitunter auch beängstigen. So geschehen, bei dem Buch »Das Netz«*, in deren Fänge ich mich während des Lesen verheddert habe, und nicht wusste, wie ich dort wieder heil rauskommen sollte.

Lutz Dammbeck, Maler und Filmemacher aus Dresden, versuchte in seinem gleichnamigen, aus Interviews bestehenden Dokumentarfilm, die Zusammenhänge von Kybernetik, Multimediakunst, LSD-Versuche und Systemtheorie in den USA seit den 40er Jahren, aufzuspüren. Das alles sind allein für sich gesehen schon weite Felder, zusammen genommen ergeben sie ein Geflecht, welches hier kaum im Einzelnen zu beschreiben ist.

Die im Film wiedergegebenen Interviews mit den Größen der Computerszene – typisch Medienkünstler – werden hier halt noch mal in Buchform vorgelegt. Von den 186 Seiten sind 60 Seiten Interviews, sieben Seiten Chronologie und Lebenslauf des »Unabombers« (so, der vom FBI genannte) Ted Kaczynski, sowie das – hier die autorisierte deutsche Übersetzung – Manifest »Die industrielle Gesellschaft und ihre Zukunft« (kurz: Unabomber-Manifest).

So ist das Buch grob auf drei Ebenen eingeteilt: Die Anfänge und ihre vermeintlichen Ziele der Kybernetik (d.h.: Wissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten der technischen und biologischen Regelungs- und Steuerungsvorgängen), die Aneignung und/oder Nutzung der Kybernetik durch die Kunst, und der individuelle Kampf gegen die Kybernetik durch den hochbegabten Mathematiker Ted Kaczynski.

Mich überkam bereits beim ersten Teil, der mit dem zweiten verquickt ist, ein ungutes Gefühl und meine Notizzettel wurden derart zahlreich, dass ich schon wieder ein eigenes Buch darüber schreiben könnte.

Allein die Tatsache, dass die Hippie-Bewegung, neben ihrer Zurück-zur-Natur-Ideologie und den Experimenten zur Bewusstseinserweiterung einen Beitrag zur Computerforschung geleistet hat – und einige der Computer-Pioniere kamen aus der Hippie-Bewegung – will heute eigentlich nicht mehr so recht passen. Im universitären Bereich verbanden sich die Kybernetiker mit LSD-Forschern – und alles unter Aufsicht der CIA. Dass der Computer (auch) ein Kind der Waffenindustrie war, wissen wir wohl alle, aber das die sog. Alternativszene von damals die Versuchskaninchen von CIA und Militär waren, schockt dann doch ein wenig.

Abstrus auch die selbstgenannten Ziele der Kybernetiker, die meinten – z.T. noch am Ende des Zweiten Weltkrieges – durch Bewusstseinsveränderung Rassismus und Antisemitismus in den Köpfen der Menschen verändern zu können. (geblieben ist: 1,2,3 ... meins). So naiv dies klingt, so gefährlich empfinde ich es heute, die »Lust« dieser Pioniere in den Köpfen der Menschen rumzufuhrwerken.

In diese Zeit fällt auch der Beginn der Karriere von Ted Kaczynski, der als 16jähriger 1958 das Studium der Mathematik an der Harvard-Universität beginnt. Bereits in der heißen Phase der US-Studentenbewegung ist er Assistenz-Professor in Berkeley, der Hochburg studentischer Unruhen und für ihn gleichzeitig das Ende und der Aufstieg aus Karriere und »Zivilisation«. Kaczynski nahm auch an Timothy Leary's LSD-Projekten teil, heute sind alle Akten zu Ted Kaczynski verschwunden.

Die Veröffentlichung des Manifests, welches durch selbstgebastelte Bomben erzwungen wurde und Menschenopfer forderte, scheint mir recht wirr, aber durchaus diskutabel. Das Individuum Kaczynski verhaspelt sich oft in subjektive Betrachtungen, die zwar nicht falsch, aber eben auch nicht generell übertragbar sind. Der Wissenschaftler als Lamentierer.

Dieses Buch ist ein kleiner Blick zurück zu den Anfängen der Heute für eine Unzahl von Menschen schlichtweg unentbehrlich gewordenen Technologie wie Computer, Handy, Kabelfernsehen oder Navigationssystemen. Der Blick nach vorn – nur noch »Horror vom feinsten« – Projekte wie Nano-Technologie, wo Wissenschaftler davon träumen, elektronisch gesteuerte Insekten als Biobomben einzusetzen, oder schlichtweg das menschliche Gehirn mit (Zentral-)Computern zu vernetzen. Utopie? Kein Mensch hatte vor 30 Jahre eine Vorstellung vom Internet. Die Allmachtsphantasien von Wissenschaftlern sind noch nie so groß gewesen. »Dr. Frankenstein«, das war Utopie, die auf die Verkommerzialisierung der Elektrizität beruhte. Heute ist dieser Grusel von 1815 nur noch Kinderkram. Wir sind schon längst einen Schritt über den Abgrund.

Ich kann dieses Buch nur auf's Schärfste empfehlen.●

Jochen Knoblauch

P.S.: Selbstredend gibt es den Film kaum in den gängigen Verkaufsstellen für DVD's, sondern unter dem Hinweis: »Die Website zu Film und Buch ist:
www.t-h-e-n-e-t.com« (sic!)

* **Lutz Dambeck:** Das Netz – die Konstruktion des Unabombers. Edition Nautilus Hamburg 2005 / 36 Fotos / 186 S. / 13,90 EUR

Gegen-Hegemonie

»Globalisierung« scheint zur großen Erzählung des 21. Jahrhunderts zu werden. Globalisierung ist aber kein richtungsloser Prozess. Schon seit Jahren versuchen dominante gesellschaftliche Kräfte, neoliberale Projekte gesellschaftlich zu verankern. Zudem wird seit einigen Jahren deutlich, dass offene Gewalt eine wichtiger werdende Rolle im globalen Kapitalismus spielt. Aber es gibt Risse und gegen-hegemoniale Strategien:

- die neuen internationalen Protestbewegungen der Weltsozialforen, die regionalen Treffen, die Proteste in Seattle, Genua und anderswo;
- die Kritik herrschender Nachhaltigkeit, die Konflikte um die Privatisierung öffentlicher Güter und die Inwertsetzung der Natur;
- die Debatten um Global Governance, die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGO), das Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancún und Walden Bellos Vorschlag einer »De-Globalisierung«;
- die Suche nach neuen Formen radikaler Politik wie der globale Widerstand der Zapatistas in Chiapas (Mexiko);
- aber auch die globalen sozialen Bewegungen in europäischen Ländern (Attac etc.);
- Alternativen und die Diskussionen um eine »post-neoliberale Agenda«.

Ulrich Brand, Dr. phil., hat in Ravensburg, Frankfurt/Main, Berlin und Buenos Aires Tourismus und Politikwissenschaft studiert. Er ist Assistent am Fachgebiet Globalisierung und Politik, Universität Kassel, aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Er ist Autor und Herausgeber mehrerer Bücher über NGOs, soziale Bewegungen, Umweltpolitik und internationale Politik. Derzeit arbeitet er an seiner Habilitation mit dem Arbeitstitel »Kritische Theorie internationaler Politik«.

Dieses Buch könnt ihr wie einige andere Publikationen auch (siehe www.buko.info) über die BUKO-Geschäftsstelle bestellen. Damit erhaltet ihr nicht nur ein interessantes Buch, sondern unterstützt gleichzeitig auch noch die BUKO.●

diego

Ulrich Brand: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. 224 Seiten; 13,80 EUR, ISBN 3-89965-116-2

Abel Paz und die Spanische Revolution

Fast 70 Jahre ist es her, dass bewaffnete ArbeiterInnen in Teilen Spaniens einen faschistischen Putsch zunächst siegreich niedergerungen haben. Durch die Unterstützung Italiens und Deutschlands und der Nichteinmischung Frankreichs und Englands war letztendlich der faschistische Putsch erfolgreich. Die Mehrheit der spanischen Arbeiterschaft war in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT vertreten. Am Vorabend des 2. Weltkrieges strömten aber auch tausende Arbeiter aus allen Ländern der Welt nach Spanien um den Faschismus zu bekämpfen. Eine einzigartige freiwillige Mobilisierung, die – wäre sie erfolgreich gewesen – den Lauf der Geschichte sicherlich geändert hätte.

Von der Faszination dessen, was hätte sein können, wenn sie letztendlich siegreich gewesen wären, hat dieses sozialrevolutionäre Experiment wenig verloren. Mythen und Legenden ranken sich um diese Zeit, die in vielen Bereichen eine regelrechte Tragödie war. Es war der bisher größte Versuch Anarchie in die Tat umzusetzen und auf möglichst vielen Ebenen revolutionäre Veränderungen umzusetzen. Nur noch Wenige, die diese Zeit miterlebt haben, leben noch. Abel Paz ist einer der wenigen. Bekannt geworden ist er durch die lesenswerte Chronik über den legendären Anarchisten Durruti. Aber auch sein eigenes Leben ist interessant genug für eine Biographie. Bis heute ist der 1921 geborene Abel Paz ein unbeugsamer Anhänger und Kämpfer für anarchistische Ansichten.

In diesem Buch finden sich Vorträge und Interviews, die mit Paz in den letzten Jahren geführt worden sind. Es spricht für ihn, das er trotz der fortwährenden Angriffe und Denunziationen, die die anarchistische Bewegung gerade auch im Nachhinein erleben musste, einen kritischen Blick auf die damalige Zeit weitestgehend bewahrt hat. Nun ja, manchmal geht es auch etwas mit ihm durch. Dafür sei hier auf das außergewöhnliche Vorwort der Herausgeber hingewiesen, das sich in der Kürze sehr kritisch mit der anarchistischen Legendenbildung auseinandersetzt. Es war ein einzigartiger Versuch im letzten Jahrhundert das Leben der Menschen zu verändern. »Wir haben die Revolution gewonnen. Was wir verloren haben, ist der Krieg.« sagt Paz an einer Stelle. Trotz der vielen Niederlagen ist Paz bis heute optimistisch geblieben: »Ich glaube der Anarchismus wird wiederauferstehen, weil wir noch immer rebellisch sind.« Also, auf was warten wir? Das Buch gibt einen guten, kleinen Einblick in die Geschehnisse und zeigt einen imponierenden Abel Paz. Ausgezeichnet ist die umfangreiche Bibliographie am Ende des Buches.●

Meikel F

Aus terz Nr. 03-05, autonome Stadtzeitung für Politik und Kultur in Düsseldorf und Umgebung

Abel Paz und die Spanische Revolution von Bernd Drükke, Luz Kerkeling, Martin Baxmeyer (Hg.); Verlag Edition AV; 116 S. für 11 EUR

Hans und Grete

Bilder der RAF 1967-1977

Fotos der Schleyer Entführung oder aus dem Knasthof von Ulrike Meinhof haben mittlerweile Kultstatus. Der RAF-Stern mit der AK47 finden sich auf Mode-Shirts. »Prada-Meinhof« ist zum geflügelten Wort geworden. Die RAF ist im kontextlosen Pop angekommen. Ironie der Geschichte, kamen die ersten Mitglieder doch selber aus einem subkulturellen Umfeld. Doch nur Musik und Drogen reichten auf Dauer nicht. Die Bilder aus dem Vietnamkrieg, der tote Benno Ohnesorg, das Attentat auf Dutschke sorgten für den politischen Anschub für erste Aktionen. Und dennoch wäre vielleicht alles anders gekommen, wenn sie nicht für eine Reststrafe hätten in den Knast gehen sollen. Sie tauchten in Paris unter und fingen den bewaffneten Kampf an. Dort nahmen Gudrun Ensslin und Andreas Baader die Namen Hans und Grete an. Das Ende ist bekannt: Es endete mit Mord oder Selbstmord, das lässt sich wohl kaum noch klären, in Stammheim. Aus dieser ersten Zeit der RAF stammen die im Buch enthaltenen Fotos. Unter ihnen die wohl letzten Fotos von Ensslin und Baader, die sie mit einer in den Knast geschmuggelten Kamera aufnahmen. Hauptsächlich sind es offizielle Fotos – von Presse oder Polizeifotografen aufgenommene. Im Gegensatz zur heutigen Mediengesellschaft in der das Bild alles, das Wort aber wenig gilt, missachtete die RAF die Macht über die Bilder komplett. Sie überließ sie der anderen Seite.

Doch schon früh wurden RAF-Fotos berühmt. Noch in den 80er Jahren war ein RAF Fahndungsplakat begehrtes Kultobjekt für viele Wohngemeinschaften. Die Fotos bringen einen zurück in eine nunmehr unbekannte Zeit, die für Deutschland prägend wurde. »Sie zeugen vom Tod in einem nicht erklärten Bürgerkrieg, sie zeugen von Tragik. Sie bringen unmittelbar zum Ausdruck, wie sich aus einer spontanen Rebellion, auf die der Staat mit überzogener Härte reagierte, ein gnadenloser sinnloser Kampf entwickelt hat.« So Astrid Proll, die diese Fotosammlung zusammengestellt hat. Sie kam Ende der 60er Jahre zur RAF und saß mehrere Jahre im Knast. Heutzutage lehrt sie in Berlin Freie Kunst und Fotografie. Sie hat ein sehr eindringliches kurzes Vorwort geschrieben, das sich mit ihrer Geschichte und der RAF eingeht, sowie auf die mediale Präsenz der RAF und der Bilder von ihnen. Das ist aber der einzige Text. Neben den Fotos steht nur das Ereignis, das Datum und die abgebildeten Personen. Die Fotos stehen im kontextlosen Raum. Nichts wird erklärt, nirgendwo wird ein Zusammenhang hergestellt oder gar Hintergrund beleuchtet. Das ist nicht nur schade, sondern ärgerlich. Jüngere dürfte die Zu- und Einordnung fast unmöglich fallen. Fatal ist das beim abgebildeten Mahler (der Sympathisant, nicht Mitglied der RAF war), der heutzutage NPD Mitglied ist. Da sind Erklärungen nötig. Andrerseits fehlen Protagonisten, wie z.B. der RAF-Anwalt Schily, heutzutage reaktionärer SPD Innenminister, bei dem es selbst der CDU schwer fällt ihn mit sicherheitspolitischen Forderungen zu übertreffen.

Letztendlich wird einer Petitionisierung, wie es sich auch in der momentanen RAF Ausstellung in Berlin zeigt Vorschub geleistet. Ein sicherlich nicht gewollter Effekt. Zumal es auch insofern erstaunlich ist, da der Anspruch erhoben wird, der Interpretationshoheit der herrschenden Meinung etwas entgegensetzen zu wollen. Eine Auseinandersetzung mit einer der bedeutendsten und blutigsten Momenten der jüngeren deutschen Geschichte findet nicht im Ansatz statt. Der leiseste Ansatz, wie beispielsweise die ursprüngliche Konzeption der RAF-Ausstellung wird vehement medial und politisch bekämpft. Gerade deswegen ist das Buch dennoch wichtig. Immerhin zeigen die Fotos die Sicht der Dinge nicht von außen auf die RAF, sondern von innen. Das Buch ist ein einzigartiges zeitgeschichtliches Fotodokument und geben ein persönliches Bild von Astrid Proll.●

Meikel F

Aus terz Nr. 04-05, autonome Stadtzeitung für Politik und Kultur in Düsseldorf und Umgebung

Hans und Grete. Bilder der RAF 1967-1977. Astrid Proll, Aufbau Verlag, 160 S. für 19.90 EUR

Zu Fuß durch die Pyrenäen

Mit den beiden neuerschienen Wanderführern »Zu Fuß durch die Pyrenäen« – »Der Westen« (von San Sebastian nach Bagnéres de Luchon) und »Der Osten« (von Bagnéres de Luchon nach Collioure) lassen sich die Pyrenäen vom Atlantik bis zum Mittelmeer in ca. 72 Tagen durchwandern. Jeder der Bände beschreibt elf 1-5 tägige Touren, welche durch das französisch-spanische Grenzgebiet entlang des Pyrenäenhauptkamms, mal auf der französischen, mal auf der spanischen Seite entlang führen und deren Start- und Zielpunkte alle mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar sind. Die abwechslungsreiche Landschaft der Pyrenäen, durch weite Buchenwälder und unwegsame Karstlandschaften, vorbei an zahlreichen Seen, in Gesellschaft von Geiern und Gemsen machen diese Route zu einem echten Naturerlebnis. Die Touren sind so gewählt, das die Strecken neben der sowieso schon grandiosen Natur auch zu Sehenswürdigkeiten in Ortschaften und am Ende einer jeden Tagesetappe immer zu einer Herberge und einer warmen Mahlzeit führen.

Angaben wie Charakter und Schwierigkeit, Länge und Dauer der Strecken sowie Zimmerpreise und Restaurants fehlen natürlich nicht. Die Beiträge zu Geschichte, Kultur und Politik vervollständigen die Bände zu nicht nur praktischen sondern auch lesenswerten Reiseführern.

Francois Meienberg: Zu Fuß durch die Pyrenäen, Der Westen: ISBN 3-85869-287-5, Der Osten: ISBN 3-85869-288-3, Rotpunktverlag, jeweils 288 Seiten, Broschur, 24 EUR

Wer auf einer solchen Wanderung abends noch zwei Augen offen halten kann, könnte sich bei der Lektüre von »Ein Pyrenäenbuch« von Kurt Tucholsky amüsieren, welches die Landschaft mit ihren Menschen, Stierkämpfen und Klöstern schildert. Auf vergnügend satirische Weise berichtet er desweiteren über Touristen, die anreisen um sich in der »heiligen Quelle« reinzuwaschen und über angebliche Heiligtümer, die zugunsten des Massentourismus vermarktet werden.

Ein Pyrenäenbuch, Rowohlt, 160 S, Tb., ISBN 3-499-10474-1, 5,90 EUR

Naturbegeisterten sei das Buch »Reiseführer Natur, Spanien« von Roberto Cabo, wärmstens empfohlen. Es informiert mit zahlreichen Fotos über Lage, Geologie, Klima, Großlandschaften, Ökologie, Tier- und Pflanzenwelt Spaniens. Wer etwas weniger Wert auf genaue Wegbeschreibungen legt und sich hauptsächlich für Fauna und Flora Spaniens interessiert, wird an diesem Werk seine Freude haben.

Hrsg.: BLV Verlagsgesellschaft, 15,95 EUR, ISBN 3405140781●

Laura

JOBS

OffsetdruckerIn in Stuttgart gesucht!
☎(07 11) 46 30 05
E-Mail: mail@uws-druck.de

PROJEKTE

Ökologisches Paar, 45J., mit Resthof 2,3ha, in Mecklenburg bei 19370 Parchim, sucht Gleichgesinnte (Nichtraucher, kein Handy, Bio-Ernährung), die sich im Bereich Ökologisches Bauen, Vertrieb von ökologischen Produkten und Gesundheitsberatung, praktisch wie auch finanziell in unsere Gemeinschaft einbringen wollen. Wir sind auch für andere ökologische Ideen offen.
☎(03 87 24) 2 00 33
E-Mail: BaubiologieMV@aol.com

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2005 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Literatur für eine freie und solidarische Welt
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 3 Euro
Dr. Ulrich Klemm
Francisco Ferrer. Ein libertärer Schulreformer
50 Seiten, 3 Euro
Uwe Timm
Gesammelte Schriften von 1955 - 2002
288 Seiten, 18,50 Euro
http://www.utespero.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: **info@abfallgut.de**; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionbureau@t-online.de, **Internet**: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Nekkarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal**: Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK**: **68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und **27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: **finkenburg@verden-info.de**; **Umweltschutz von unten**: **35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag**, **35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann**, ☎(0711) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 3.-5.6.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

LOS GEHT'S 2005

Kapitalismus überwinden, selbstbestimmt leben, Gemeinschaften gründen
Diese Gesellschaft braucht Alternativen. Gemeinschafts-Interessierte treffen Gleichgesinnte zum Austausch und zur Initiierung neuer Gruppen. Bestehende Gemeinschaften stellen sich vor und beantworten Fragen zu ihrer Praxis.
Vom 13. bis 18. Mai 2005 findet in der Kommune Waltershausen das Los geht's 2005 statt, Mitveranstalter: Villa Lokomuna und die Kommune Niederkaufungen.
Information & Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 8 00 70
www.losgehts2005.de

AKTIONSTAG

Ein-Euro Aktionstag
Die Initiative Agenturschluss ruft zur Teilnahme am bundesweiten Aktionstag gegen die Beschäftigungs- und Koordinierungsstellen von Ein-Euro-Jobs am **20. Mai 2005** auf. Dazu sollen regional bedeutende Beschäftigungsträger besucht, belagert und besetzt werden. Insbesondere sollen die »Zwischenhändler«, die im Auftrag der ARGE die Vergabe der Ein-Euro-Jobs koordinieren und das Profiling durchführen, ins Visier genommen werden. Mit diesem Aktionstag wollen die InitiatorInnen die Demütigung und das Gefühl von Ohnmacht punktuell überwinden und die Wut sichtbar werden lassen.
Eine Mobilisierungszeitung zum Ein-Euro Aktionstag am 20. Mai inklusive Untersuchungsbogen ist einsehbar unter:
www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/agenturzeitung.pdf

AG SPAK

Neue Genossenschaftsformen – Entwicklungsstand und Gestaltungsbedarf
Auf dem Wochenendseminar werden neue Genossenschaftstypen (Multistakeholdergenossenschaften, Sozialgenossenschaften, Selbsthilfegenossenschaften usw.) in parallelen Arbeitsgruppen vertiefend behandelt. Es geht um fünf verschiedene neue Genossenschaftstypen, die erst noch einer Umsetzung harren oder noch zusätzlichen Gestaltungsbedarf haben. Die TeilnehmerInnen sollen sich in Arbeitsgruppen an der Weiterentwicklung der vorgestellten Ideen beteiligen. Eingeführt wird die Tagung mit einer vergleichenden Betrachtung der Genossenschaftsgründungswelle am Ende der achtziger Jahre mit der heutigen Situation.
Weitere Informationen:
www.innova-eg.de
Termin: 17.-19.6.2005 in Ilmenau
Information & Anmeldung:
agspak, Dieter Koschek, Dorfstr. 25,
D-88142 Wasserburg/Bodensee
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56
E-Mail: agspak@t-online.de
Web: www.agspak.de

JUNGE LINKE

Aufstand der Zeichen?
Seminar zu Postmoderne und Politik
In den späten sechziger Jahren entstand in Frankreich eine philosophische Richtung, die inzwischen unter dem Label Postmoderne oder Poststrukturalismus Furore gemacht hat. Im Namen des Vielfältigen, Unabgeschlossenen trat man gegen das philosophische Erbe der Aufklärung an – egal, ob dieses im staatstragenden oder marxistischen Gewande daherkam. Dieser antitotalitäre radical chic übt bis heute eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Linken aus, fasziniert hornbrillentragende Kulturwissenschaftsstudenten wie Globalisierungsgegner gleichermaßen und eröffnet scheinbar das Feld für eine Menge neuer, phantasievoller und irgendwie sexy daherkommender Politikformen.
Um zu klären, wie ein solches Politikverständnis mit dem aufklärungskritischen Programm der radikalen Immanenz zusammenhängt, wollen wir auf diesem Wochenendseminar versuchen, anhand der gemeinsamen Lektüre von Grundlagentexten (Lyotard, Foucault) zu erarbeiten, welches Verständnis von Geschichte und Gesellschaft der Postmoderne zugrunde liegt. Dabei wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit durch politische Strategien, die sich nur auf der Ebene symbolischer Formen bewegen, überhaupt eine grundlegende Gesellschaftskritik geübt werden kann. Ein Reader wird vor dem Seminar verschickt.
Termin: 20.-22.5.2005, Hannover

Fuck you, I won't do what you tell me
Seminar zur Kritik des Anarchismus
Anarchisten oder Anarchie haben in der hiesigen Gesellschaft einen ziemlich schlechten Ruf. Da fallen Worte wie Chaos(tage), Terror, Bomben, »Sozialschmarotzer« mit gefärbten Haaren und schlechten Manieren. Und fast jeder weiß, dass in der Anarchie jeder dem anderen den Kopf einschlagen würde, was derzeit durch den Staat und die durch ihn gewährte Ordnung verhindert wird.
Solcherlei Kritik ist unsere Sache nicht. Zunächst können wir nicht erkennen, dass das Aussehen der politischen Akteure eine Auskunft über den vertretenen politischen Inhalt gibt. Desweiteren sind Gewalt oder Bomben als Mittel politischer Akteure keine Erfindung von Anarchisten, sondern schon immer auch Mittel demokratischer Staaten gewesen, um ihre Interessen innen- oder außenpolitisch durchzusetzen. Somit ist das Abstellen auf Gewalt von Fans demokratischer Staaten, wenn sie Anarchisten und deren Utopie kritisieren, kein taugliches Kriterium für eine Kritik bzw. pure Heuchelei.
Wir wollen auf dem Seminar diese Sorte Herrschaftskritik daher inhaltlich, also auf deren Stimmigkeit betrachten. Dabei sollen einerseits einige »Klassiker« des Anarchismus wie etwa Michail Bakunin, Pjotr Kropotkin oder Rudolf Rocker Gegenstand sein, die aber nicht einfach nur historisch eingeordnet oder ausgelegt werden. Vielmehr geht es darum, vor allem die Kritiken der Klassiker, die heute noch für Anarchisten aktuell sind und vertreten werden, zu untersuchen. Dies wird entweder thesenhaft oder anhand der Lektüre selbst geschehen.
Was ist also dran an Freiheit? Ist das Lob auf diese berechtigt? Welche Gedanken machen sich Anarchisten zum Staat und woraus folgt die Ablehnung dieser und jeglicher anderen Herrschaft? Wie soll die Ordnung ohne Herrschaft, die Anarchie ja bedeutet, aussehen? Was war (und ist) die Kritik von Anarchisten an kommunistischer Kritik des Kapitalismus und was stimmte an ihr und was nicht?
Andererseits wollen wir aktuelle Inhalte anarchistischer, aber auch anarcho-syndikalistischer Gruppen wie z.B. der »Freien ArbeiterInnen Union« – kurz FAU – untersuchen. Welche Kritik wird da an den bestehenden Verhältnissen artikuliert? Was wird strategisch vorgeschlagen und was taugt davon und was nicht?
Schließlich wollen wir uns einigen Kritiken des Anarchismus zuwenden und diese selbst kritisieren. Weniger die Kritik von besorgten Spießbürgereltern, sondern vielmehr von Personen, die Herrschaftslosigkeit selbst im Programm hatten, also sich im Resultat eigentlich mit Anarchisten einig waren und letztere trotzdem politisch und militärisch bekämpften, namentlich »Marxisten-Leninisten«.
Termin: 24.-26.6.2005 in Berlin

Vom Arbeitshaus zum 1-Euro-Job
Über die Geburt der modernen ArbeiterIn und die Entdeckung des arbeitslosen Faulpelzes
Kapitalistische Gesellschaften kennen unterschiedliche Formen, mit ihrem überzähligen Menschenmaterial umzugehen. Stets sind die vom Kapital nicht angewendeten Arbeiter aber ein Problem des Staates, das einer besonderen Fürsorge bedarf und nach eigentümlich kreativen Lösungen verlangt. Staatliche Fürsorge, ob nun in Form von sozialstaatlichen Zwangsanstalten oder von staatlich gefördertem Suppenküchenwesen ist somit immer an kapitalistischen Notwendigkeiten ausgerichtet und Wohlfahrt sollte deswegen nicht mit einem kollektiven Trip hin zum größtmöglichen Glück von Menschen verwechselt werden.
Der Staat versucht sich dabei an einer Verwaltung der aktuell im Arbeitsprozess nicht benötigten Menschen und hält sie für den Arbeitsmarkt als Reserve fit. Wenn es dagegen von den Überzähligen zu viele gibt und die Reserve schon voll besetzt ist, besteht die Fürsorge nur noch darin, die Überflüssigen ruhig zu halten. Wie dies über die Geschichte hinweg ausgesehen hat und welchen Richtlinien die verschiedenen Programme gefolgt sind, soll in diesem Seminar Thema sein. Wir wollen einen weiten historischen Bogen schlagen. Von der Armutsverwaltung in den Anfängen der kapitalistischen Gesellschaft bis zum heute durch Hartz IV reformierten Sozialstaat.
Armenhäuser waren Disziplinierungsanstalten. Was mit ihnen gewollt wurde, sagt viel darüber aus, was es heißt, von Lohnarbeit leben zu müssen und was einem blüht, wenn man niemanden findet, der einen anwendet. Und das selbe gilt für die Hartz IV-Gesetze: Warum werden Menschen, für die es auch in absehbarer Zeit keine kapitalistische Anwendung gibt, vom Staat zur Arbeit in den sogenannten 1-Euro-Jobs gezwungen? Und sind diese »Arbeitsgelegenheiten« wirklich fast das selbe wie der Reichsarbeitsdienst im Nationalsozialismus? Wie ist das Verhältnis von Zwangsarbeit zur Lohnarbeit?
Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist die Armutsverwaltung ein Thema von besonderer Wichtigkeit geblieben. Zwei Legislaturperioden rot-grüner Regierung haben den alten Sozialstaat reformiert. Wir wollen in diesem Seminar die Auswirkungen der neuesten Reformen besprechen und ergründen, welche Kontinuität der Zwecke (oder welche wichtigen Änderungen) vollzogen und welche Lösungswege dabei eingehalten wurden. Die Frage wird sein, wie die Armuts- und Arbeitslosenverwaltung des 21. Jahrhunderts aussieht und wie sich darin die prekäre Lage der Lohnarbeiter zeigt. Zu guter letzt wird es darum gehen, dass die Disziplinierung der arbeitslosen Menschen immer Thema kapitalistischer Armutsverwaltung war.
Unsere These, die wir in diesem Seminar diskutieren wollen, ist daher: An der kapitalistischen Armutsverwaltung lässt sich aufzeigen, wie zynisch dieses ökonomische System mit den Menschen umgeht, die dazu gezwungen sind, sich zum Mittel des Kapitals zu machen.
Termin: 3.-5.6.2005 in Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

Israel-Seminar
Der Staat Israel. Konsequenz aus dem deutschen Vernichtungskrieg und zahlreichen Progromen. Auf diesem Seminar wird es um die Geschichte des Staates Israel gehen, um Antisemitismus, Antizionismus und um die deutsche Öffentlichkeit und deren Darstellungen, des »Judenstaates«. Ein Aspekt wird auf den Debatten über Israel, speziell innerhalb der deutschen Linken liegen, wo sich unversöhnliche Positionen gegenüberstehen.
Termin: 11.-13.6.2005
Information & Anmeldung:
JD/JL BB, Stahnsdorfer Str. 100,
D-14482 Potsdam
☎(03 31) 704 93 63
E-Mail: post@jdjl-brandenburg.de

SOMMERAKADEMIE

Attac-Sommerakademie in Göttingen
Die diesjährige Sommerakademie ist die zentrale Fortbildungsveranstaltung im Attac-Jahr, auf der neugierige Menschen mit und ohne Attac-Erfahrung, thematische Einsteiger als auch Profis miteinander lernen, diskutieren und neue Anregungen für ihr eigenes Engagement finden. In dieser knappen Woche gibt es auf 35 parallel laufenden mehrtägigen Seminaren und mehr als 170 Workshops die Möglichkeit, das gesamte Spektrum der politischen Arbeit in Attac kennen zu lernen.
Auf den zentralen Abendveranstaltungen kann man mit Vertretern aus der internationalen globalisierungskritischen Bewegung über globale Regulierung, Alternativen zur neoliberalen Globalisierung und über Strategien für eine starke soziale Bewegung diskutieren. Das umfangreiche Kulturprogramm mit Theater, Kabarett und Musik bietet zudem einen unterhaltsamen Rahmen. Nähere Informationen zum Programm sind ab Mai unter www.attac.de verfügbar.
Termin: 9.-14.8.2005

»Global – Regional – Lokal – Zwischen Konkurrenz und Kooperation«
Bereits zum vierten Mal veranstaltet Attac Österreich die Sommerakademie. Attac Österreich ist eine junge NGO und Teil einer internationalen globalisierungskritischen Bewegung. Nähere Infos sind zu finden unter www.attac.at. Die Attac-Sommerakademie steht allen Interessierten offen, die zentralen Ziele sind Weiterbildung und Vernetzung. Plenarreferate und -diskussionen sollen die Wissensbasis verbreitern, Workshops bieten zusätzlich Raum für Fragen, Diskussionen und Kreativität. Das Rahmenprogramm sorgt dafür, dass soziale Komponenten und Spaß nicht zu kurz kommen. Veranstaltungsort wird Ebensee in Oberösterreich sein, der genaue Termin ist der **13. bis 17.7.2005**.

KONGRESS

McPlanet.com – Konsum – Globalisierung – Umwelt
Wie hängen Umweltzerstörung und Globalisierung zusammen? Und was habe ich damit zu tun? Kann ich so leben, wie ich will – und reicht es, meinen Müll zu trennen? Wie viel kann ich überhaupt verändern angesichts von Konzernmacht und politischen Blockaden? Oder steckt der Fehler bereits im System? Was geht verloren in der globalen Wirtschaftslogik? Was sind die Alternativen und was kann ich dafür tun?
Rückblick: McPlanet.com 1.0 im Sommer 2003 hat in Berlin mehr als 1.600 TeilnehmerInnen unter dem Motto »Die Umwelt in der Globalisierungsfalle« in Debatten um Globalisierungskritik und Ökologie verwickelt. Die Neuauflage geht diesen Weg weiter und stellt die Frage nach zukunftsfähigen Lebensstilen in einer globalisierten Welt. McPlanet.com spannt das Drahtseil zwischen der Verantwortung der Einzelnen, der Macht der Konzerne und den scheinbaren Grenzen der Politik.
Programm: Mit über hundert Veranstaltungen, Debatten, Aktionen, Kunst, Kultur und vielen internationalen Gästen: McPlanet.com provoziert, engagiert und inspiriert. Global und lokal.
Termin: 3.-5. Juni 2005 in der Universität Hamburg
E-Mail: info@mcplanet.com
Web: www.mcplanet.com

TKDV

Bundestreffen zur Totalen Kriegsdienstverweigerung
Das Treffen soll der Vernetzung, dem Erfahrungs- und Gedankenaustausch von Totalverweigerern und solchen, die es werden wollen, aber auch der Diskussion von aktuellen politischen Ereignissen und der Weiterentwicklung von Strategien dienen. Es findet im AZ Conni in Dresden statt.
Termin: 20.-22.5.2005
Information & Anmeldung:
TKDV-Initiative Dresden,
c/o Jörg Eichler, Hoyerswerder Str. 31,
D-01099 Dresden
☎(03 51) 563 58 42
E-Mail: joerg.eichler@so36.net
Web: www.butte.bamm.de

MEDIEN

Computerwissen für die politische Arbeit
Wer heute politisch arbeitet, braucht spezielle Computerkenntnisse. Diese Seminarreihe (an 2 Tagen, jeweils von 10-16 Uhr) ist speziell für politisch Aktive konzipiert. In praktischen Übungen am PC kann das erworbene Wissen sofort umgesetzt werden.

Webseiten bauen mit HTML
Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 4.-5.6.2005

Webdesign mit Dreamweaver
Multimediales Kommunizieren politischer Arbeit ist Inhalt dieses Workshops: die Integration von Bild-, Text- und Sound-Dateien. Sie lernen, ein professionelles Online-Angebot für die politische Arbeit zu erstellen: Sie arbeiten mit geteilten Bildschirmen (Frames), gestalten einen Bildaustausch (Rollover), anklickbare Bilder (Imagemaps), mehrere Ebenen (Layers) und vieles mehr. Voraussetzung: Grundkenntnisse von HTML.
Termin: 9.-10.7.2005
Information & Anmeldung: Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06

FAIRKEHR

Mobil ohne Auto am 19.6.2005
Bundesweit an möglichst vielen Orten. Aktionstag zur Werbung für die Verkehrsmittel des Umweltverbundes.
Informationen:
UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin
☎(0 30) 492 74 73
E-Mail: info@umkehr.de
Web: www.mobilohneauto.de

BREMEN

Kulturcafe »W(here) is Utopia?!«
Das Kulturcafe »W(here) is Utopia?!« mit dem Schwerpunktthema Arbeit findet ab Mai einmal im Monat Sonntags statt. Es bietet Raum für Gesellschaftskritik, Utopien gegen die kapitalistische Realität, alternative Lebensweisen und gelebte Projekte kennen lernen, diskutieren und Kontakte knüpfen, dazu Tee, Kaffe und Kuchen. Zum Abschluss Film, Kabarett oder Musik.
Die erste Veranstaltung mit dem Thema »Die Arbeitsgesellschaft in der Krise« am **22.5.2005** beginnt um 15 Uhr mit einer Ausstellungseröffnung mit dem Titel: »Arbeit auf Teufel komm raus, Sinn und Unsinn von Erwerbsarbeit«. In dem anschließenden Vortrag formuliert Jürgen Willmer von der »Solidarischen Hilfe« seine Kritik an der aktuellen Arbeitssituation. Nach der Diskussion gibt es bei Charlie Chaplin, Moderne Zeiten, Gelegenheit über die Arbeitsgesellschaft in der Krise zu lachen.
Ort: Kulturzentrum Lagerhaus, Schildstrasse, 28203 Bremen

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg